



Befragung der wahlwerbenden Parteien zur Salzburg Landtagswahl 2023 durch Scientists for Future Salzburg

Scientists for Future sind eine Bewegung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die die Klimabewegung Fridays for Future faktenbasiert unterstützt. Mitglieder der Salzburger Regionalgruppe haben anlässlich der Landtagswahl am 23. April 2023 einen Fragenkatalog an die wahlwerbenden Parteien verfasst. Dieser umfasst die Bereiche Energie, Mobilität, Wohnen und Artenvielfalt. Zudem werden die Einschätzung der aktuellen Energie- und Klimastrategie 2050 des Landes sowie die Klimamaßnahmen im öffentlichen Bereich und die strukturelle Verankerung von Klimapolitik abgefragt.

Der Hintergrund: Am 1. Februar 2023 hat ein Bericht des renommierten Hamburger Climate, Climatic Change and Society Clusters Clicca das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels als „nicht mehr plausibel“ beschrieben, da nicht genug gegen den menschengemachten Klimawandel unternommen wurde. Gleichzeitig hat der Salzburger Fortschrittsbericht 2022 der Arbeitsgruppe Klimawandelanpassung darauf hingewiesen, dass klimawandelbedingte Veränderungen „rascher fortschreitend und für Salzburg relevanter“ werden.

Die folgende Auswertung enthält die Antworten inklusive einer Zusammenfassung, eine Einschätzung durch Scientists for Future sowie eine Punktebewertung von 1 – 10. In der Skala bedeutet 0 Punkte „Auf dem Weg in die Klimakatastrophe“, 5 Punkte „Weiter so wie bisher“ und 10 Punkte „Kompatibel mit dem Abkommen von Paris“ mit den jeweiligen Abstufungen. Die Ergebnisse werden auch publiziert auf www.klimawahlen.at des österreichischen Klimavolksbegehrens.

Unterstützt wird die Befragung von Fridays for Future Salzburg

Rückfragen:

Dr. Gunter Sperka (Redaktion Bewertung), g.sperka@gmx.net

Dr. Markus Gastinger (Redaktion Fragenkatalog), markus.gastinger@plus.ac.at

Mag. Hans Holzinger (Redaktion Bewertung, Öffentlichkeitsarbeit), hans.holzinger@jungk-bibliothek.org

Für Hinweise danken wir: Stefan Kienberger, Jana Petermann, Andreas Tribsch, Verena Winiwarter.



Gesamtbewertung

Da die Klimawirkung bei den einzelnen Fragen unterschiedlich ist, lässt sich aus dem Gesamtscore der Punkte nur bedingt eine Rangfolge hinsichtlich Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen ableiten. Die qualitative Bewertung bezieht sich auf die Gesamtbewertung der jeweiligen Partei.

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++-----	+++++-----
Bewertung	<p>Die ÖVP bekennt sich zur Klima+Energiestrategie des Landes mit Klimaneutralität 2050 sowie zum Masterplan 2030 und den dort festgeschriebenen Zielen für den Ausbau der erneuerbaren Energie. Windenergie wird mittlerweile befürwortet. Die thermische Sanierung von Bestandsbauten soll vorangetrieben werden, eine Sanierungsrate wird nicht genannt, auch nicht, wo sonst noch Energie eingespart werden könnte.</p> <p>Im Bereich des Verkehrs wird der Ausbau des Radwegnetzes auf 12.000 km befürwortet, die Klimatickets um 365 Euro sollen weiter gefördert werden, die Reduzierung des Motorisierten</p>	<p>Die SPÖ plädiert für Klimaneutralität bereits 2040, den Ausbau von Fotovoltaik sowie Wind- und Wasserkraft laut Masterplan sowie für eine Sanierungsrate bei Gebäuden von 1,5 Prozent im Bereich Energie. Verfahren sollen beschleunigt werden, eine PV-Pflicht für öffentliche Gebäude eingeführt und die UV-Prüfung bereits vor der Widmung erfolgen. Weitere Energiesparmaßnahmen werden nicht genannt.</p> <p>Im Bereich Verkehr gibt es ein Bekenntnis zum Ausbau der Radinfrastruktur sowie des ÖV. Beim Budgetbedarf wird auf die Expertise des Landes vertraut. Vorgeschlagen werden 9-Euro-Monats und 108 Euro-Jahrestickets, was einer weiteren starken Vergünstigung entspräche. Der S-Link ist für die SPÖ</p>	<p>Die GRÜNEN sind für Klimaneutralität 2040, sie nennen mit 50.000 Fotovoltaikanlagen und 50 Windrädern konkrete Ausbauziele für Erneuerbare Energien und die vorgeschlagene Sanierungsrate von jährlich 5 Prozent ist ambitioniert. Weitere Energiesparmaßnahmen werden auch hier nicht genannt.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radinfrastruktur inklusive Förderung von Gemeinden, der Ausbau des ÖV inklusive S-Link befürwortet. Hinsichtlich Reduzierung des MIV wird auf eine Raumordnung der kurzen Wege und auf Nahversorgung verwiesen. Die bestehenden Klimatickets werden als ausreichend angesehen. Das laut Masterplan geplante Jahresbudget für ÖV und Radverkehr soll gemäß</p>	<p>DIE NEOS bekennen sich zur Klima+Energiestrategie des Landes mit Klimaneutralität 2050 sowie zum Masterplan 2030 und den dort festgeschriebenen Zielen für den Ausbau der Erneuerbaren Energie sowie der Wärmewende. Auf Bewusstseinsbildung für mehr Energiesparen wird gewiesen.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radinfrastruktur sowie eines attraktiven ÖV befürwortet. Zu den Ticketpreisen gibt es keine Angaben. Der S-Link wird befürwortet. Die Förderung der E-Mobilität muss treffsicher sein, der Ausbau der Ladeinfrastruktur wird befürwortet. Das Jahresbudget für ÖV und</p>	<p>Die FPÖ ist zwar für den Ausbau der Erneuerbaren Energie, hält ein Ziel für Klimaneutralität aber nicht für notwendig. Windenergie wird für Salzburg abgelehnt. Zahlen für den Ausbau der Erneuerbaren sowie zum Energiesparen gibt es nicht.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radwege am Land befürwortet, eine Förderung der ÖV-Tickets durch das Land wird ebenso abgelehnt wie der Ausbau der E-Mobilität. ES soll bessere ÖV-Angebote und Mitnahmemöglichkeiten von Rädern und E-Scootern geben.</p>	<p>Die KPÖ+ schlägt Klimaneutralität bis 2045 mit Zwischentappen alle 5 Jahre vor – bisher 10 Jahre. Im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energie wird besonders auf neue Organisationsformen wie Energiegenossenschaften hingewiesen, bei Energieeinsparung auch auf das Potenzial im Verkehrsbereich. Weitere Vorschläge gibt es nicht.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radinfrastruktur sowie des ÖV befürwortet und ein Citybike-System für die Stadt gefordert. Der S-Link wird befürwortet gekoppelt mit oberirdischen Maßnahmen. Am weitesten geht der Vorschlag eines Nulltarifs für in Salzburg Wohnende, das Budget soll deutlich</p>



<p>Individualverkehrs durch bessere ÖV-Angebote erreicht werden. Gesetz wird auch auf den S-Link und ein höheres Budget für ÖV und Radinfrastruktur. Der Individualverkehr soll Verbesserungen bei der „letzten Meile“ begrenzt werden. Es geht um eine Verkehrswende, keine umfassende Mobilitätswende. E-Mobilität soll weiter gefördert werden.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird auf den Baustoffholz, die bereits bestehenden hohen Standards sowie die neuen Vorgaben durch EU-Richtlinien und das Erneuerbare Wärme Gesetz verwiesen. Raumordnungsfragen werden nicht thematisiert.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen des Landes wird auf bisherige Erfolge verwiesen, der Ausbau der Personalkapazität nur bei neuen Aufgaben empfohlen, ein Klimarat nicht explizit befürwortet. Die Änderung des Gesellschaftsvertrags der Parkgaragengesellschaft hinsichtlich neuer Mittelnutzungen werde derzeit</p>	<p>nicht prioritär, vorgeschlagen werden oberirdische Maßnahmen wie die Stieglbahn. Jedenfalls soll es eine Bürgerbefragung geben. Die E-Mobilitätsförderung wird als Förderung der Reichen kritisch gesehen, zudem würden E-Autos immer günstiger.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird erneut auf thermische Sanierungen und Erneuerbare Energieanlagen verwiesen, die eine Handwerkeroffensive nach dem Vorbild der Aktion 20.000 der Bundes-SPÖ erfordere. Eine soziale Abfederung wird ebenfalls gefordert. Raumordnungsfragen werden nicht thematisiert.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden Potenzialerhebungen aller Unternehmen mit Landesbeteiligung sowie die Förderung des ÖV aus Erträgen der Parkgaragengesellschaft gefordert. Eine Erhöhung der Personalkapazitäten des Landes im Bereich Klima wird befürwortet.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität wird die Begrünung von Städten, die Erprobung von Fernkälte, die Anpassung des Wintertourismus sowie der Rückbau von</p>	<p>Inflationsanpassung ausgeweitet werden. E-Mobilität soll vom Bund weiter gefördert werden, der Ausbau der Ladeinfrastruktur auch vom Land.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird auf die Ziele des Erneuerbare Wärme-Gesetzes des Bundes mit Öl- und Gaskesseltausch bis 2040 verwiesen. Befürwortet werden soziale Abfederungen sowie die Notwendigkeiten einer Qualifizierungsoffensive. Thermische Sanierungen sollen mit dem Tausch alter Heizanlagen verbunden werden. Die Raumordnung wird bei Verkehr erwähnt.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden ein Klimacheck für alle Vorhaben des Landes, ein Klimabericht sowie verbindliche Klimaschutzprogramme für Unternehmen mit Landesbeteiligung gefordert. Erträge der Parkgaragengesellschaft sollen für den ÖV und für Verkehrsberuhigung eingesetzt werden. Ein Klimarat wird befürwortet.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität fordern die Grünen eine Anpassung der Katastrophenpläne, eine</p>	<p>Radinfrastruktur von 170 Mio. Euro wird als angemessen bezeichnet.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird auf die Erfolge der letzten Legislaturperiode verwiesen. Fotovoltaik setze sich durch, weil diese ökonomisch immer attraktiver werde. Betont wird eine Qualifizierungsoffensive, der Aufbau einer Wohndatenbank sowie die Abschaffung von Doppelgleisigkeiten zwischen Energie- und Wohnbauförderung.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden transparente Treibhausgasbudgets für alle Ressorts sowie ein Klimarat befürwortet. Klimaschutz soll Teilziel bei der Ausschüttung von Gewinnen der Parkgaragengesellschaft sein. Statt einer Erhöhung der Personalkapazitäten im Bereich Klima werden bessere Qualifizierungen vorgeschlagen.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität gibt es allgemeine Bekenntnisse. Die 2019 erfolgte Erhöhung der Mittel für</p>	<p>Im Bereich Wohnen wird auf das Potenzial von Holz verwiesen, das auch bei Sanierungen eingesetzt werden soll. Fristen für den Austausch von Öl- und Gaskesseln werden abgelehnt.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen wird auf bisher Erreichtes, bei Fernwärme auf Industrieabwärme verwiesen. Eine Erhöhung der Personalkapazitäten für den Klimabereich wird ebenso abgelehnt wie ein Klimarat. Mittel der Parkgaragengesellschaft sollen für die Förderung des ÖV verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität wird eine Anpassung der Waldbewirtschaftung vorgeschlagen. Es gibt aber ein klares Nein zur Europäischen Biodiversitätskonvention und zum Green Deal. Vorgeschlagen wird das Prinzip „Schutz durch Nutzung“.</p>	<p>ausgeweitet werden, E-Mobilität wird begrenzt befürwortet.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird v.a. auf leistbaren Wohnraum gedrängt, was der Zersiedelung entgegenwirken würde. Die zweckentfremdeten Wohnbaumittel sollen für thermische Sanierungen eingesetzt, Maßnahmen sozial abgedeutet werden. Verwiesen wird auch auf Mobilitätseffizienz bei der WB-Förderung.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden Anreize für klimaschonende Mobilität für MitarbeiterInnen, eine Erhöhung der Personalkapazitäten sowie verbindliche Maßnahmen für Unternehmen mit Landesbeteiligung gefordert. Ein Klimarat wird befürwortet. Gewinne der Parkgaragengesellschaft sollen für den Wohn-, Energie- und Verkehrsbereich verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität gibt es Vorschläge für mehr heimischen Tourismus, die Anpassung der Architektur & Stadtplanung an die Erwärmung der Städte, die</p>	<p>ausgeweitet werden, E-Mobilität wird begrenzt befürwortet.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird v.a. auf leistbaren Wohnraum gedrängt, was der Zersiedelung entgegenwirken würde. Die zweckentfremdeten Wohnbaumittel sollen für thermische Sanierungen eingesetzt, Maßnahmen sozial abgedeutet werden. Verwiesen wird auch auf Mobilitätseffizienz bei der WB-Förderung.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden Anreize für klimaschonende Mobilität für MitarbeiterInnen, eine Erhöhung der Personalkapazitäten sowie verbindliche Maßnahmen für Unternehmen mit Landesbeteiligung gefordert. Ein Klimarat wird befürwortet. Gewinne der Parkgaragengesellschaft sollen für den Wohn-, Energie- und Verkehrsbereich verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität gibt es Vorschläge für mehr heimischen Tourismus, die Anpassung der Architektur & Stadtplanung an die Erwärmung der Städte, die</p>
---	--	---	---	--	---	---



<p>geprüft. Die Fernwärme soll laut Plan der Salzburg AG ausgeweitet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität wird die Fortführung bestehender bewährter Maßnahmen befürwortet. Ein Klimaschwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit wird gutbefunden, die Mittel sollen wie bisher fließen.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebenen erfolgen.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung wird vorsichtig befürwortet.</p> <p>Resümee: Die Antworten stehen für "weiter wie bisher" mit einigen kosmetischen Korrekturen; so wird die erforderliche Systemtransformation nicht gelingen.</p>	<p>Monokulturen durch geändertes Förderregime vorgeschlagen. Zudem sollen die Biotop-Kartierungen für Tier-Lebensräume ausgeweitet werden. Der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen verdoppelt werden.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen im Bereich Verkehr und Industrie erfolgen.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung wird vorsichtig befürwortet.</p> <p>Resümee: In den Ansagen - Klimaneutralität bis 2040, ÖV-Ausbau, Biotopkartierung, Verdoppelung des Budgets der Entwicklungszusammenarbeit - teils recht fortschrittlich, aber wenig konkrete Aussagen; keine Ansätze Richtung Systemtransformation. Betonung des sozialen Ausgleichs.</p>	<p>Begrünung der Städte, die Anpassung der Wälder und der Landwirtschaft, Managementpläne für Natura-2000-Gebiete, Revitalisierung Wälder, Moore, Auen sowie mehr Bewusstseinsbildung. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen auf 0,7 Prozent des BIP erhöht werden, was knapp einer Verdoppelung entspricht.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebenen erfolgen.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung ist für die Grünen klar.</p> <p>Resümee: Die Ideen gehen in die richtige Richtung, die Vorschläge ist allerdings nicht geeignet, die Klimaziele zu erreichen. Die Antworten deuten eher auf „much more of the same“ und nicht in die Richtung der erforderlichen Transformationschritte auf allen Ebenen.</p>	<p>Entwicklungszusammenarbeit wird für ausreichend befunden, ein Klimafokus für sinnvoll erachtet.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen in allen Bereichen erfolgen. Erwähnt wird nochmals die Qualifizierungsoffensive.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung wird vorsichtig befürwortet.</p> <p>Resümee: Die Antworten legen ein "weiter wie bisher" nahe; keine fortschrittlichen inhaltlichen Ansagen, keine Vision, wie der Klimakatastrophe begegnet werden soll, rechtliche Vorgaben werden nicht forciert, es sei Eigeninitiative der Bürger*innen gefragt. In jede Richtung koalitionskompatibel.</p>	<p>Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe vor Ort wird befürwortet, nicht ein Klimafokus.</p> <p>Für das Schließen der THG-Einsparlücke wird keine Notwendigkeit gesehen.</p> <p>Klimaschutz ist keine Koalitionsbedingung.</p> <p>Resümee: Hart am Rande der Leugnung des Klimawandels, jedenfalls keine Priorität für Klimaschutz, Energie-wende, Klimawandelanpassung und Biodiversitätsschutz. Der Weg der FPÖ hieße tatsächlich Abbiegen in Richtung Klimakatastrophe. Nur die Tatsache, dass der Einfluss der Landespolitik auf die Treibhausgasemissionen beschränkt ist, verhindert eine noch schlechtere Bewertung.</p>	<p>Schaffung/Vernetzung von Schutzgebieten, Mooren & Auen. Biodiversität & Raumordnung sollen verbunden werden, um dem Flächenfraß entgegenzuwirken. Die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wird befürwortet.</p> <p>Für das Schließen der THG-Einsparlücke wird nochmals auf die Nutzung von leerstehenden Wohnungen verwiesen, weil dies durch weniger Neubau THG spare.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung ist für die KPÖ+ klar.</p> <p>Resümee: Gute Ansätze, zum Teil aber nicht ausgereifte Antworten und Lösungsansätze. Das Erfordernis der Systemtransformation wird teilweise angesprochen, aber nicht näher argumentiert.</p>
---	--	--	---	---	--



Thema	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
1. Klimaneutralität Mehr S. 8	2050	2040	2040	2050	Kein Ziel	2045
2. Erneuerbare Energie Mehr S. 10	Ziele Masterplan 2030* *25 Windräder gg. SN	Ziele Masterplan 2030, Wind + Wasserkraft	50.000 Fotovoltaikanlagen 50 Windräder	Ziele Masterplan 2030	Nein zu Windenergie	Keine Zahlen, Energiegenossenschaften
3. Energiesparen Mehr S. 13	Keine Zahlen	1,5% Sanierungsrate	5% Sanierungsrate	Keine Zahlen	Keine Zahlen	Keine Zahlen, Verkehr
4.1 Radweg Mehr S. 15	Ausbau auf 12.000 km, Gemeinden unterstützen	Ausbau, Neuverteilung Verkehrsflächen	Ausbau, Gemeinden unterstützen	Ausbau	Ausbau am Land	Ausbau, Citybike-System
4.2. Öffentlicher Verkehr2 Mehr S. 17	Ticketpreise wie bisher fördern - 365 Euro Jahresticket	9-Euro Monats und 108 Euro Jahresticket	Ticketpreise wie bisher fördern - 365 Euro-Jahresticket	Keine Angabe zu Ticketpreisen	Ablehnung Förderung Ticketpreise durch das Land	Nulltarif für Menschen mit Hauptwohnsitz Salzburg
4.3. S-Link Mehr S. 19	Dafür	Nicht I. Priorität, Bürger:innenbefragung	Dafür	Dafür	Dafür	Dafür mit oberirdischen Maßnahmen
4.4. Reduzierung MIV Mehr S. 21	Bessere ÖV-Angebote	Bessere ÖV-Angebote	Bessere Raumordnung	Mobilitätskonzept	Bessere ÖV-Angebote	Bessere ÖV-Angebote
4.5 E-Mobilität Mehr S. 23	Weitere Förderungen, Ladeinfrastruktur	Förderung = für Reichere Ladeinfrastruktur	Bundesförderung ja, Ladeinfrastruktur	Treftsichere Förderung, Ladeinfrastruktur	E-Auto-Ziel wird abgelehnt	Nur wo ÖV nicht greift, in Stadt keine Lösung
4.6 Budget Radverkehr/ ÖV Mehr S. 25	Mehr als 170 Mio. nötig	170 Mio. lt. Expertise	Erhöhung wegen Inflation	170 Mio. angemessen	95 Mio. für ÖV	Bedarf deutlich höher



5. Maßnahmen Wohnen Mehr S. 27	Potenzial von Holz nutzen	Qualifizierung Handwerker	Thermische Sanierung mit neuer Heizanlage verbinden	Qualifizierung Handwerker	Potenzial von Holz nutzen	Leistbares Wohnen gegen Zersiedelung
5.1 Bestandsbauten Mehr S. 29	Thermische Sanierung ausbauen	Aktion 20.000 für Qualifizierungsoffensive	Qualifizierungsoffensive, Öl- und Gaskesseltausch bis 2040, Sozialförderung	Abschaffung Doppelgleisigkeiten bei Förderungen	Holz auch bei Sanierung	Zweckentfremdete Wohnbau-Fördermittel hier einsetzen
5.2 Neubauten Mehr S. 31	Hohen Anforderungen gemäß EU-Richtlinien weiterentwickeln	s. o.	Verbot Gasheizungen lt. EWG, Photovoltaik verpflichtend	Neben Vorreiterrolle bei Energie Kreislaufwirtschaft bei Bauen	Holz bei gefördertem Wohnbau s.o.	Ambitionierte Lösungen für Energie- und Mobilitätseffizienz
5.3. Ersatz Ölkessel Mehr S. 33	Verweis auf EWG, Beratung, Förderung	s.o.	Lt. EWG Ölanlagen bis 2035, Gas bis 2040	Ausbau Wohndatenbank Rauchfangkehrer-Hilfe	Förderungen ja, keine gesetzlichen Fristen	Verbindliche Austausch-Fristen sozial abfedern
6.1 Maßnahmen landesintern Mehr S. 35	Verweis auf bisher Erreichtes	Verweis auf bisher Erreichtes	Klimacheck für Vorhaben, Klimabericht, Beschaffung	Transparente Treibausgas aller Ressorts	Verweis auf bisher Erreichtes, Nein zu THG-Budgets	Anreize für Klimaschonende Verkehrsmittelwahl
6.2 Ausbau Personalkapazität Mehr S. 37	Nur bei neuen Aufgaben	Erhöhung wird befürwortet	Erhöhung wird befürwortet	Bessere Qualifizierung, keine Erhöhung	Klare Absage an Erhöhung	Erhöhung wird befürwortet
6.3. Klimarat Mehr S. 39	Wird nicht befürwortet	Keine Antwort	Wird befürwortet	Wird befürwortet	Wird abgelehnt	Wird befürwortet
7. Unternehmensbeteiligungen Mehr S. 41	Verweis auf aktuelle Praxis	Unternehmen sollen Potenziale erheben	Verbindliche Klimaschutz-Programme	Unterstützung ja, Verpflichtungen nein	Keine Antwort	Verbindliche, maßgeschneiderte Vorgaben
7.1. Gesellschaftsvertrag Parkgaragensellschaft Mehr S. 43	Verweis auf Prüfung neuer Mittelwidmung	Förderung des Öffentlichen Verkehrs	Förderung des ÖV und Verkehrsberuhigung	Klimaschutz als Teilziel	Förderung des Öffentlichen Verkehrs	Mittel f. Wohn-, Energie-Verkehrsbereich

7.2. Fernwärme durch Salzburg AG Mehr S. 45	Ziele des Masterplans 2030 umsetzen	Keine Antwort	Ziele des Masterplans 2030 umsetzen, Gemeinden unterstützen	Allgemeine Befürwortung ohne konkretes Ziel	Abwärme aus Industrie nutzen	Allgemeine Befürwortung ohne konkretes Ziel
8. Entwicklungszusammenarbeit & Klima Mehr S. 47	Verweis auf bisherige Erhöhung & Klimafokus	Verdoppelung der Mittel	Erhöhung auf 0,7% des BIP wie von NGOs gefordert	Verweis auf bisherige Erhöhung, Befürwortung Klimafokus	Hilfe vor Ort ja, aber kein Klimafokus	Deutliche Erhöhung statt Prestigeprojekte
9. Klimawandelanpassung Mehr S. 49	Mehr Beratung für Gemeinden, Betriebe, Gebietskörperschaften Hinweis auf Moore	Begrünung von Städten, Erprobung Fernkälte, Anpassung Wintertourismus	Resistente Wälder und Landwirtschaft, Anpassung Gefahrenzonenpläne, Begrünung von Städten	Prävention, um Klimaschäden vorzubeugen	Neue Strategien der Waldbewirtschaftung	Mehr Tourismusangebote f. Salzburger: innen, Anpassung Architektur & Stadtplanung
10. Biodiversität Mehr S. 51	Fortführung bestehender Naturschutzgebiete, regionales Wiesensaatgut, Projekt „Natur in Salzburg“	Rückbau Monokulturen durch geändertes Förderregime, Ausweitung von Biotop-Kartierungen für Tier-Lebensräume	Managementpläne für Natura-2000-Gebiete, Revitalisierung Wälder, Moore, Auen, Bewusstseinsbildung	Hinweis auf Anträge zu Raumordnung, Biodiversitätsschutz und Ökologisierung des Steuersystems	Nein zur Europäischen Biodiversitätskonvention und zum Green Deal, Prinzip „Schutz durch Nutzung“	Stopp Flächenfraß, Schaffung/Vernetzung von Schutzgebieten, Moore & Auen, Biodiversität & Raumordnung verbinden
11. Reduktionslücke im Masterplan 2030 Mehr S. 53	Großteil liegt beim Bund, weitere Schritte in allen Sektoren	Ausbau Fernwärme & Erneuerbare Energie, Mobilitätswende	Bund, Land und Gemeinden gemeinsam, gesetzliche Reduktionsverpflichtungen	Transparente Schritte, um Blockaden zu lösen, Ausbau Fachkräfte	Keine Verpflichtung, Lücke zu schließen, da Salzburg kleines Land	Leerstehende Wohnungen nutzen, spart CO ₂ bei Verkehr&Neubauten
12. Klimaschutz als Koalitionsbedingung Mehr S. 55	Klimaschutz untrennbarer Bestandteil von Vision für Salzburg	Klimaschutz wichtig, da nur Reiche sich schützen können, v.a. Windkraft	Ambitionierte & verbindliche Klimaziele sind absolute Koalitionsbedingung	Beteiligung in Regierung soll sich auf ambitionierte Klimaziele stützen	Keine Bedingung, Erneuerbare Energie & Regionalität wichtig	Ambitionierte Klimaziele und verbindliche Maßnahmen sind Bedingung
Weitere Anmerkungen von Parteien Mehr S. 58						

- Hinsichtlich Einschätzung S-Link gibt es innerhalb der Scientists for Future unterschiedliche Einschätzungen.



Frage I: Der Zielpfad der aktuellen Klima- und Energiestrategie 2050 des Landes Salzburg sieht folgende Teilziele vor: 2030: -50% Treibhausgase (in Bezug auf 2005) und 65% Anteil erneuerbarer Energien 2040: -75% Treibhausgase und 80% Anteil erneuerbarer Energien 2050: -100% Treibhausgase und 100% Anteil erneuerbarer Energien. Würde ihre Partei diese Ziele anders gestalten? Wenn ja, wie genau? Ab welchem Jahr soll Salzburg klimaneutral sein?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ plus
Zusammenfassung	Die Ziele der Klimastrategie werden als ambitioniert („politischer Kraftakt“) bezeichnet. Diese sollen Schritt für Schritt abgearbeitet werden. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 wird aber nicht infrage gestellt - weder nach oben noch nach unten.	Klimaneutralität wird bereits 2040 angestrebt, als wesentlicher Hebel wird dabei der Ausbau Erneuerbarer Energien ausgemacht.	Klimaneutralität und Energieautonomie sollen bereits 2040 erreicht werden, der „Masterplan Klima+Energie 2030“ muss dafür adaptiert werden. Salzburger Klima- und Energiegesetz ein, in dem Ziele und Maßnahmen verbindlich verankert sind.	Für private Personen, die Öffentlichkeit sowie die Wirtschaft werde der Zeitraum bis 2050 benötigt, um sich einzustellen. Wichtig dabei seien die angesetzten Zwischenschritte von 2030 und 2040 um Fortschritte und verpasste Chancen zu erkennen.	Die aufgestellten Teilziele des Landes Salzburg seien unrealistisch und werden aufgrund dessen ohnehin regelmäßig verfehlt. Die 100%ige Klimaneutralität wird als populistische Ansage gesehen.	Klimaneutralität soll bis 2045 erreicht werden; alle 5 Jahre sollen Zwischenziele formuliert werden. Denn die bisherigen Ziele wurden verfehlt.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+-----	+++++-----
Bewertung S4F	Fachlich wünschenswert wäre ein steilerer Zielpfad Richtung Klimaneutralität. Angesichts der Gesamtpositionierung der Bundes-ÖVP ist aber ein Festhalten an den Zielen schon positiv. Noch dazu, wo eine beträchtliche Zielabweichung jetzt schon gegeben ist.	Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zeigt, dass das Problembewusstsein grundsätzlich vorhanden ist. Konkrete Maßnahmen, die eine Annäherung an eine Klimaneutralität 2040 ermöglichen würden, fehlen aber. Ohne tiefgreifende Transformation UND der Einforderung entsprechender Maßnahmen auf Bundesebene ist ein Erreichen derzeit schwer denkbar.	Je schneller Klimaneutralität erreicht wird, desto besser – nur müssen die Forderungen auch konkret in Maßnahmenvorschläge umgesetzt werden. Der bestehende (unter grüner Ressortverantwortlichkeit) erstellte „Masterplan 2030“ stellt auf die Erreichung der Zwischenziele 2030 der bestehenden Klimastrategie ab – der Zielpfad müsste entsprechend angepasst werden.	Die Ziele der Klima- und Energiestrategie sind fachlich fundiert und – entsprechenden politischen Willen und Budgets vorausgesetzt – umsetzbar. Viele andere Länder gehen allerdings Richtung 2040, wenn auch sehr oft ohne klare Beschreibung, wie das umsetzbar ist.	Klimaneutralität als populistisch zu bezeichnen und die im Lichte der Entwicklung der Klimakrise zwar realistischen, aber nicht übertriebenen Ziele der Klimastrategie in Frage zu stellen, führt in die exakt falsche Richtung, verweigert auch Klimagerechtigkeit.	Grundsätzlich ist die Neuausrichtung gut, aber ohne massive Eingriffe in das bestehende System ist Klimaneutralität auch 2045 nicht erreichbar. Der Hinweis auf den nötigen steileren Abfall der Emissionskurve ist korrekt, offenbleibt, wie dies erreicht werden soll.

Antworten

ÖVP: Die Klima- und Energiestrategie 2050 war ein umweltpolitischer Kraftakt und wird in ihrer Umsetzung eine große Herausforderung, die wir alle gemeinsam meistern wollen. Es ist kein Widerspruch, ein vollumfängliches Bekenntnis zu Klimaschutz einem realistischen Blick auf das tatsächlich Machbare zu unterziehen und dies konsequent abzuarbeiten. Eine hundertprozentige Energiegewinnung aus Erneuerbaren und völlige Klimaneutralität kann nicht von heute auf morgen gelingen. Die in der Klima- und Energiestrategie 2050 festgeschriebenen Ziele sind sehr ambitioniert und machbar, dazu bekennen wir uns und diese arbeiten wir Schritt für Schritt ab.

SPÖ: Wir wollen die Salzburger Klima- und Energiestrategie so anpassen, dass unser Bundesland bereits im Jahr 2040 und nicht wie aktuell vorgesehen erst 2050 klimaneutral wird. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, den Anteil erneuerbarer Energiequellen auszubauen.

Grüne: Raus aus teurem Öl und Gas, rein in die erneuerbare Energiezukunft: Salzburg braucht mehr Tempo bei der Energiewende im Strom- und Wärmesektor. Ein klimaneutrales und energieautonomes Salzburg soll bis spätestens 2040 Realität werden. Wir setzen uns für eine neue Klima- und Energiestrategie SALZBURG ein. Dazu muss auch der aktuelle „Masterplan Klima + Energie“ deutlich verschärft und konkretisiert werden. Zudem setzen wir GRÜNE uns für ein Salzburger Klima- und Energiegesetz ein, in dem unter anderem die Reduktion der Treibhausgasemissionen, die Erhöhung des Anteils von Erneuerbarer Energie und die nachhaltige Beschaffung verbindlich verankert sind.

NEOS: Am besten gleich heute, aber uns ist bewusst, dass dies nicht machbar ist. Die Klimaziele wurden so sachlich ausgearbeitet, damit auch jedem die Möglichkeit gegeben wird, sich auf eine klimaneutrale Zukunft vorzubereiten. Für private Personen, die Öffentlichkeit sowie die Wirtschaft wird der Zeitraum bis 2050 benötigt, um sich auf ein klimaneutrales Salzburg einzustellen. Wichtig dabei sind die angesetzten Zwischenschritte von 2030 und 2040 um Fortschritte und verpasste Chancen zu erkennen. Wir sind uns im Klaren, dass der Klimawandel nicht bis 2050 warten wird, trotzdem ist es für uns wichtig einen schnellstmöglichen Fließenden Übergang zur Klimaneutralität zu gestalten.

FPÖ: Die aufgestellten Teilziele des Landes Salzburg sind aus unserer Sicht unrealistisch und werden aufgrund dessen ohnehin regelmäßig verfehlt. Die 100%ige Klimaneutralität ist eine populistische Ansage, die sich nicht umsetzen lässt, da es immer energieintensive Industrien geben wird, die beispielsweise auf Gas angewiesen bleiben werden. Eine Lösung wäre die Deindustrialisierung Salzburgs, Österreichs und letztlich Europas, was diesen Kontinent hunderttausende Arbeitsplätze kosten wird, während uns wiederum andere Kontinente, für die Natur- und Umweltschutz ein Fremdwort ist, überholen und die Exporte aus diesem Land nach Europa steigen. Dass Salzburg allerdings den Anteil der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien ausbauen muss, ist für uns Konsens. Potenziale wie etwa die heimische Wasserkraft und für PV-Anlagen geeignete Dächer sind in Salzburg nach wie vor bei weitem nicht ausgeschöpft.

KPÖ plus: Die Salzburger Landesregierung hat schon bisher die eigenen Klimaziele deutlich verfehlt. Das Ziel, die Emissionen bis 2020 um 30% zu senken, wurde nicht erreicht. Die für 2030, 2040 und 2050 formulierten Ziele der Landesregierung – dass pro Jahrzehnt exakt ein Viertel der CO₂-Emissionen eingespart werden – mögen medial gut verkaufbar sein, wirken aber etwas willkürlich. Da nicht nur das Erreichen der Klimaneutralität zu einem späten Zeitpunkt, sondern auch der Weg dorthin im Sinne der Gesamtemissionsmenge wichtig ist, gehört die Emissionskurve früher gesenkt. KPÖ PLUS würde den Zielpfad ambitionierter formulieren, Zwischenziele im 5-Jahres-Intervall setzen und die Klimaneutralität binnen zwanzig Jahren – bis 2045 – anpeilen.



Frage 2: Erneuerbare Energien spielen eine zentrale Rolle für den Klimaschutz. Im Masterplan Klima- und Energie 2030 sind bislang folgende Maßnahmen vorgesehen: Wasserkraft +220 GWh; Windkraft +250 GWh; Photovoltaik +500 GWh; Wärmekraft +80 GWh. Als Mittelbedarf wird dort von 10 Millionen Euro jährlich ausgegangen. Wie bewertet ihre Partei diese Ziele? Würde ihre Partei Ziele höher ansetzen? Wie plant Ihre Partei diese Ausbauziele zu erreichen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Die Ziele aus dem Masterplan 2030 zum Ausbau von Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft werden bestätigt. Gefordert werden eine Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigungen bei Anlagen.	Windkraftausbau 250 GWh wird als Ziel bestätigt; zudem werden beschleunigte Verfahren, UVP schon vor der Widmung sowie PV-Pflicht für öffentliche geeignete (Dach)flächen gefordert. Bekenntnis zum Ausbau der Wasserkraft ohne Zahlenangaben.	Vorgeschlagen werden 50.000 Sonnenkraftwerke sowie 50 Windkraft-Anlagen in den geplanten Vorrangzonen für Salzburg bis zum Jahr 2030. Alle landes- und gemeindeeigenen Dachflächen müssen für die Stromerzeugung genutzt oder für Energiegemeinschaften zur Verfügung.	Die Ziele aus dem Masterplan 2030 zum Ausbau von Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft werden bestätigt. Notwendig sei das Erreichen in allen Ressorts, wichtig der Ausbau von Photovoltaik und die Umsetzung von Windkraft, Verfahren sollen einfacher werden.	Wichtig sei ein Energiemix und der Ausbau der Infrastrukturen, um die erforderlichen Netzkapazitäten zu erreichen. Windkraft wird für Salzburg skeptisch beurteilt, da es anders als in Ostösterreich wenig Wind gäbe.	Nur Aussagen (allerdings nicht quantitativ zu Wind); Hinweise auf Arten, wie eine Veränderung des Energiesystems erreicht werden könnten (Genossenschaften, Gewinnbeteiligung). Keine Aussagen zu anderen Energieträgern und Zielen.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++---	+++++-----	++++-----	+++++---
Bewertung S4F	Ziele erscheinen machbar; bei entsprechendem politischem Willen wäre bei Wind und Wasserkraft etwas mehr Ambition wünschenswert. Es gibt keine Aussage zum Mittelbedarf des Landes. Detaillierte Angaben, wie die Ziele erreicht werden sollen, etwa zur Anzahl von Windrädern, werden nicht gemacht.	Geht grundsätzlich in die richtige Richtung, es besteht zumindest kein formulierter Widerspruch zu den Zielen des Masterplans. Allerdings wird nicht gesagt, wie die um 10 Jahre frühere Klimaneutralität und Energieautonomie umgesetzt werden soll. Ob eine UVP vor Widmung (noch ohne konkretes Projekt) derzeit rechtlich möglich ist, wird angezweifelt.	Grundsätzlich gute Ansätze bei Photovoltaik Richtung Netzanschlüsse, Nutzung aller öffentlichen Dachflächen. 50 Windkraftanlagen bis 2030 als Ziel genannt sind gut, es fehlen aber Angaben zu den angepeilten GWh. Der Ausschluss ökologisch sensibler Zonen ist zu befürworten, erschwert allerdings die Zielerreichung. Eine klare Positionierung insbesondere zu Wasserkraftausbau (wo, wie) fehlt.	Die Ziele im Masterplan sind - politischen Willen vorausgesetzt - realistisch und erreichbar; fachlich wäre ein steilerer Zielpfad wünschenswert. Die Hinweise zum Ausbau von Photovoltaik und Windkraft sind sinnvoll.	Keine Aussagen zu Ausbauzielen, keine Angabe zu angestrebtem Energiemix. Die Aussage, dass Windräder im ökologischen Sinne den "extremsten und irreparabelsten" Eingriff darstellen, kann nicht geteilt werden. Die Position entspricht einer Prolongierung des Stillstandes in der Energiedebatte.	Die Ansätze zum Umbau des Energiesystems sind positiv; es fehlen aber die abgefragten Zielwerte. Die KPÖ verfügt aufgrund ihrer Kleinheit kaum über Personalressourcen, weswegen weniger Detailaussagen als zB bei den regierenden Parteien erwartbar und eher die grundsätzlichen Positionierungen zu bewerten sind.

Antworten

ÖVP: Der Masterplan Klima- und Energie 2030 wurde unter der Führung von Landeshauptmann Wilfried Haslauer erarbeitet und nimmt eine zentrale Position für die Erreichung unserer Klimaziele und den Klimaschutz ein. Wie bereits oben festgehalten sind diese Ziele sehr ambitioniert und machbar. Ein immens wichtiger Faktor bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung dieser Klimaziele ist das Tempo. Wir brauchen dringend deutliche Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigungen, sowohl bei der Errichtung als auch Optimierung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien.

SPÖ: Als SPÖ wollen wir die Ausbauziele ambitionierter setzen. Ein Plus an 250 GWh entspricht in etwa 36 Windrädern und sollte unserer Meinung nach idealerweise 2030, jedenfalls aber noch deutlich vor dem Jahr 2040 angestrebt werden. Damit dieses Ziel realistisch wird, setzen wir uns für beschleunigte Genehmigungsverfahren ein. Konkret sollen Umweltverträglichkeitsprüfungen schon vor und nicht wie aktuell der Fall erst nach der Widmung durchgeführt werden können. Überall da, wo es in den elf ausgewiesenen Zonen sinnvoll, sprechen wir uns für die Errichtung von Windkraftwerken aus. Aber auch das Energiepotential der Salzburger Dachflächen wird noch viel zu wenig genutzt. Wir sprechen uns daher für verpflichtende Photovoltaikanlagen bei öffentlichen und gewerblichen Neubauten aus. Aber auch auf bestehenden Dachflächen von Supermärkten, Landwirtschaftsbetrieben oder Hallen bzw. sogar bei den Lärmschutzwänden entlang der Autobahn gibt es Potential. Mit Blick auf die Wasserkraft vertreten wir folgende Position: Auch, wenn Salzburg bei der Wasserkraft schon jetzt Vorreiter ist, müssen wir in Zukunft auch die weiteren unge nutzten Potentiale nutzen. Daher bekennen wir uns zum Kraftwerksprojekt Stegenwald und der Umsetzung von Wasserkraftwerken an weiteren geeigneten Standorten.

Grüne: Für uns GRÜNE ist klar, dass wir beim Umstieg auf grüne Energie schneller sein müssen und ambitioniertere Ziele brauchen. Das größte Potential gibt es aus unserer Sicht bei Wind- und Sonnenkraft. Alle landes- und gemeindeeigenen Dachflächen müssen für die Stromerzeugung genutzt oder für Energiegemeinschaften zur Verfügung gestellt werden. Der Landesenergieversorger, die Salzburg AG, muss rasch den Netzanschluss auch größerer Photovoltaik-Anlagen im ländlichen Raum sicherstellen. Der Ausbau der Sonnenkraft hat in den letzten Jahren stark an Fahrt gewonnen. Alleine zwischen den Jahren 2019 und 2022 konnte die Zahl der Anlagen in Salzburg von rund 8.000 auf fast 16.000 gesteigert werden. Die installierte Leistung wurde von knapp 100 GWh auf über 200 GWh mehr als verdoppelt. Und das ist erst der Anfang. Unser Ziel sind 50.000 Sonnenkraftwerke für Salzburg bis zum Jahr 2030. Außerdem ist für uns klar: Salzburg ist nur mit Windrädern vollständig. Windenergie ist notwendig, um Wasserkraft, Sonnenstrom und Biomasse zu ergänzen. In den Wintermonaten steht die Sonne niedrig und scheint kurz, die Gewässer führen Niedrigwasser. Auch das kann die Windenergie ausgleichen, die im Winterhalbjahr rund zwei Drittel ihres Jahresertrages bringt. Für uns GRÜNE ist auch die Windkraft notwendig, um die Energie- wende zu schaffen und energieautonom zu werden. Denn nicht Windräder, sondern die Folgen des Klimawandels stellen die größte Bedrohung für unseren Lebensraum und unsere Artenvielfalt dar. Gleichzeitig gibt es für uns Tabuzonen: In den sensibelsten Zonen in den Alpen (z.B. Nationalpark) sollen sich keine Windräder drehen. Aber überall dort, wo es geeignete Standorte gibt, setzen wir uns für die Nutzung der Windkraft ein. In den im Landesentwicklungsprogramm ausgewiesenen Vorrangzonen ist die Errichtung von 50 Windrädern möglich. Unser Ziel ist es, dass sich in Salzburg bis 2030 mindestens diese 50 Windräder drehen!

NEOS: Wir NEOS Salzburg sind der Meinung, dass die im Masterplan Klima- und Energie 2030 angeführten Ziele mit dem vorgesehenen Budget machbar sind. Diese Ziele wurden sorgfältig ausgearbeitet, um ein bestmögliches Ergebnis in Zukunft zu erreichen. Für uns NEOS gilt es, damit diese Ziele erreicht werden können, ist es wichtig, dass jedes Ressort seine Klimaziele erreicht, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Für eine übergreifende Verbesserung ist es nötig, die Windenergie voranzubringen, die seit Jahren von anderen Parteien verhindert wird. PV-Anlagen sollen endlich auf möglichst vielen öffentlichen Gebäuden angebracht werden, sowie, die doppelte Nutzung von Parkplätzen und Ackern, mit der Überdachung von PV-Anlagen. Grundsätzlich soll es einfach werden für die private Bevölkerung Erneuerbare Energien zu nutzen, indem die Verfahren verkürzt und Auflagen vereinfacht werden.

FPÖ: Wir wollen jedenfalls einen Energiemix sicherstellen und Abhängigkeiten entgegnetreten. Erneuerbare Energien müssen für uns sozial verträglich und auch sicher sein, was die Versorgungssi- cherheit und etwaige Ausfälle betrifft. Zunächst muss also jedenfalls die Infrastruktur für die benötigte erneuerbare Energie ausgebaut werden, insbesondere die Netzkapazitäten, die den Entwick- lungen in Salzburg jedenfalls hinterherhinken. Wir Freiheitliche stehen Windkraftprojekten in Salzburg kritisch gegenüber, denn im Gegensatz zum Osten Österreichs ist Salzburg kein Windkraft- land und die Windverhältnisse in unserem alpinen Bereich auch nicht derart prädestiniert, wie das im Osten der Fall ist. Windräder sind zudem der extremste und irreparabelste Eingriff in die Natur, da es nicht nur das sichtbare Windrad braucht, sondern eine Freifläche für den Masten von 0,2 bis 1 Hektar, die gerodet werden muss. Dazu kommt die erforderliche Infrastruktur wie Stromtrassen und Zufahrtswege, die dauerhaft für schwere Fahrzeuge befahrbar sein müssen. Geschlossene Wälder werden dadurch zerstückelt und wertvolle Lebensräume zerstört. Windräder sind zudem tödlich für den Artenschutz. Wir sollten forcieren, wo wir in Salzburg stark sind: Wasserkraft, Sonnenergie, aber auch beim nachhaltigen Rohstoff Holz als Biomasse.



KPÖ plus: Allein die geplanten acht Windräder in Flachau würden bereits die Hälfte der Windkraftziele bis 2030 abdecken. In diesem Sektor und bei der Solarkraft ist mehr möglich. Um den nötigen politischen Willen vor Ort zu erreichen, sollte Salzburg dem Vorbild der belgischen Stadt Eeklo folgen und auf Genossenschaften in den Händen der BürgerInnen setzen. Anstatt Energiekonzernen den roten Teppich auszurollen, können in Eeklo die BürgerInnen den Strom zu günstigen Herstellungskosten beziehen und werden an etwaigen Gewinnen beteiligt. Das Land Salzburg könnte neben der gewinnorientierten Salzburg AG z.B. eine Windradgenossenschaft aufbauen. Baut diese in einer Gemeinde eine Windkraftanlage, können die Gemeinde-BewohnerInnen ihr beitreten und vom lokal erzeugten Strom profitieren. Das dreht in Gemeinden, deren Bürgermeister bisher ablehnend waren, den Spieß um: Dann machen die BürgerInnen Druck von unten und die BürgermeisterInnen müssen sich bemühen, die günstigere erneuerbare Energie in ihre Gemeinde zu holen. Potenzial könnten auch dezentrale Kleinwindkraftanlagen bieten.



Frage 3: Im Vergleich zu 2005 konnte Salzburg den Endenergieverbrauch um 9% reduzieren und ist damit auch Spitzenreiter unter den Bundesländern. Um die Energie- und Klimaziele zu erreichen, muss der Energieverbrauch aber weiter reduziert werden. Um wie viel sollte der Energieverbrauch bis 2030 reduziert werden? Wie will Ihre Partei dieses Ziel konkret erreichen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ plus
Zusammenfassung	Salzburg wird als Spitzenreiter bei Energieeffizienz bezeichnet. Erreicht werde dies durch die kostenlose Energieberatung. Diese wichtige Institution sei auch für die Zukunft weiterhin personell und budgetär zu stärken.	Die EU-Einsparverpflichtungen für den Endenergieverbrauch werden 2024 auf 1,5% pro Jahr für alle Mitgliedsstaaten erhöht, im öffentlichen Sektor auf 1,7%. In Salzburg erreichbar v.a. durch Maßnahmen bei Verkehr und Industrie.	Eine Sanierungsquote von 5 % pro Jahr wird als wesentlicher Beitrag zur Energieeffizienz gesehen. Im Wohnbereich wird die Unterstützung der Sanierungen durch Wohngelder des Landes, bei Gewerbebauten durch Kleingewerbekredite und Wirtschaftsförderungsmittel des Landes, gefordert.	Die öffentliche Hand müsse beim Energiesparen sowie der Energieeffizienz von Gebäuden vorangehen. Die Bürger und Bürgerinnen sollen noch mehr Beratung bekommen, der effiziente Umgang mit umweltfreundlichem Strom soll durch Abflachung der Verbrauchsspitzen erreicht werden.	Sanierungsoffensiven, vor allem im Bereich der Dämmung von Häusern, die das Land unterstützt und fördert, werden als ein erster Schritt genannt, bevor der zweite Schritt getan wird, das Achten auf Energiesparen. Die Nennung einer Reduktionszahl sei unseriös, Zwangsmaßnahmen seien abzulehnen.	Vorgeschlagen werden Maßnahmen im Bereich der Gebäudeeffizienz und im Bereich der Mobilitätswende. Niedrigeres Bevölkerungswachstum und die geringere Industriequote komme Salzburg zu Hilfe, als größter Energieverbraucher müsse der Verkehr umgebaut werden.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Keine Antwort auf die gestellte Frage, offenbar ist Energiesparen nicht im Fokus. Keine Hinweise auf die mittelbar wirksame Konsumreduktion.	Einige sehr pauschale Ansatzpunkte genannt. Grundsätzliche Richtung durch Übernahme des jährlichen EU-Österreich-Reduktionszieles auf Salzburg ist positiv; keine konkrete Angabe, wie es erreicht werden soll. Keine Hinweise auf die mittelbar wirksame Konsumreduktion.	Keine bewertbare Aussage zur gestellten Frage. Die hier angepeilte Sanierungsquote von 5% pro Jahr der Gebäude ist sehr ambitioniert und über Förderinstrumente kaum zu verwirklichen. Keine Hinweise auf die mittelbar wirksame Konsumreduktion.	Staat und Politik müssen bei (Strom)sparen mit gutem Vorbild vorangehen und unterstützen. Es wird Teilaspekt (Raumtemperatur) angesprochen, aber immerhin wird dem Energiesparen eine gewisse Priorität eingeräumt. Keine quantitative Aussage. Keine Hinweise auf die mittelbar wirksame Konsumreduktion.	Es wird die Sanierung im Wohnbau angesprochen, generelle Aussage fehlt, keine Aussagen zu allen anderen Sektoren. Das würde einen tatsächlichen Rückschritt in der Energiepolitik des Landes bedeuten. Keine Hinweise auf die mittelbar wirksame Konsumreduktion.	Keine konkrete Zielaussage; Fokussierung auf Mobilität, eher vage Hinweise auf Gebäudeeffizienz und Mobilität, keine quantifizierte Aussage, kein Ansatz Richtung Systemänderung. Keine Hinweise auf die mittelbar wirksame Konsumreduktion.



Antworten

ÖVP: Salzburg ist als Spitzenreiter in diesem Bereich bereits auf einem sehr guten Weg, den wir daher konsequent weitergehen wollen. Diese Spitzenposition konnte nur durch gezielte Maßnahmen wie die unabhängige und kostenlose Energieberatung des Landes erreicht werden, es ist daher unsere Absicht, diese wichtige Institution auch für die Zukunft weiterhin personell und budgetär zu stärken.

SPÖ: Laut Aussagen des Umweltbundesamtes (13. Umweltkontrollbericht, 2022) konnte der Energieeinsatz in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten nicht reduziert werden. Das steht einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Eine kurzfristige Reduktion wurde 2020, pandemiebedingt, erreicht. Im „Fit for 55“ Paket der EU-Kommission zum Klimaschutz (Ziel: Europa soll bis 2050 erster klimaneutraler Kontinent der Welt werden), wird eine Senkung des Primärenergieverbrauches (Erdgas oder Erdöl) um 9% gegenüber 2020 vorgeschlagen. Die maßnahmenbezogenen Einsparverpflichtungen für den Endenergieverbrauch werden 2024 auf 1,5% pro Jahr für alle Mitgliedsstaaten erhöht, im öffentlichen Sektor auf 1,7%. Diese Vorgaben hat Österreich (und somit auch Salzburg) zu erreichen. Da Erdöl mit mehr als einem Drittel der weiterhin am stärksten eingesetzte Energieträger ist, ist es sinnvoll bei Einsparungen hier anzusetzen. Vor allem der Verkehr und die Industrie treiben seit 1990 den Zuwachs an Energieverbrauch an. Ein Schlüssel zum Erfolg wird die Steigerung der Energieeffizienz sein. Z. B. durch: · Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene; Umfassende thermische Sanierung von Gebäuden; Recycling statt Produktion aus Rohstoffen (Glas, Metalle ...); Verbesserung von industriellen Verfahren; Ausbau erneuerbarer Energieträger.

Grüne: Nur ein rascher Umstieg auf erneuerbare Energien zusammen mit Energiesparen und mehr Energieeffizienz kann den Treibhausgas-Ausstoß so weit senken, dass wir die Erderwärmung einbremsen. Dabei ist zwischen den verschiedenen Sektoren zu differenzieren. Ein großer ist der Gebäudebereich. Das Land Salzburg verfügt über ca. 290.000 Wohneinheiten. In der Gebäudesanierung ist eine Sanierungsquote von fünf Prozent notwendig, um die Klima- und Energieziele bis 2040 zu erreichen. Dämmen, Fenstertausch, Heizungsumstellungen, hier liegen die größten Hebel für den Klimaschutz. Für die Sanierung der Wohnbauten sind selbstverständlich Wohnbaugelder des Landes einzusetzen. Zur Sanierung von Gewerbebauten können Kleingewerbekredite und Wirtschaftsfördermittel des Landes zu Hilfe genommen werden.

NEOS: Das Ziel für 2030 muss es sein 50% der Treibhausgase zu reduzieren sowie 65% Anteil an Erneuerbaren Energien setzen. Wir NEOS wollen auf Treffsicherheit bei Energienutzung setzen sowie auch Anreize schaffen, um umweltfreundlichen Strom zu sparen. Der Staat und die Politik müssen unterstützen und mit gutem Beispiel vorangehen und wo es möglich ist auf Energiesparen setzen: In öffentlichen Gebäuden sollte es möglich sein, die Temperatur auf maximal 19 Grad zu senken, überall, wo es umsetzbar ist. Dort, wo das nicht machbar ist, müssen rasch Wege gefunden werden, um diese Möglichkeit zu schaffen, zum Beispiel durch Investitionen in den Einsatz von erneuerbaren Energien im öffentlichen Gebäudebestand. Es ist auch die Aufgabe des Staates und staatlicher Behörden ausreichend darüber zu informieren, wie man den Verbrauch am besten eindämmt, um die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen zu erleichtern. Die Menschen müssen über all ihre Möglichkeiten Energie zu sparen informiert werden, um anhand ihrer Gewohnheiten die besten Entscheidungen treffen zu können. Insbesondere Energieverbrauchsspitzen, und damit der besonders erhöhte Bedarf an fossilen Brennstoffen, müssen durch Verteilung auf andere Tages- und Nachtzeiten reduziert werden.

FPÖ: Was nützt ein modernes Heizsystem aus erneuerbaren Energien, wenn Dämmung und Isolierung des Gebäudes unzureichend sind? Es ist daher immer mitzudenken, dass ein Energieverlust auch einen höheren Energieverbrauch zur Folge hat. Sanierungsoffensiven, vor allem im Bereich der Dämmung von Häusern, die das Land unterstützt und fördert, wären somit ein erster Schritt, bevor der zweite Schritt getan wird. Letztlich wäre es auch hier unseriös, eine Zahl zu nennen, da die Reduktion nur über praktische Maßnahmen und nicht über Zwang passieren kann.

KPÖ plus: Beim Rückgang des Endenergieverbrauchs kommen Salzburg das vergleichsweise niedrige Bevölkerungswachstum und der kleine Industriesektor zugute, während beim Verkehr noch beträchtlicher Handlungsbedarf besteht (hier liegt das Bundesland laut der AEA-Studie deutlich hinter Vorarlberg und Tirol). Anders als beim EEV schneidet Salzburg bei der Reduktion der CO₂-Emissionen im selben Zeitraum unterdurchschnittlich ab (-5% statt -9% im österreichischen Schnitt gegenüber 2005). Neben den Maßnahmen im Bereich der Gebäudeenergieeffizienz und Stromproduktion sollte Salzburg bis 2030 den EVV durch schwerpunktmäßige Maßnahmen im emissionschweren Verkehrsbereich senken. Dazu braucht es eine Mobilitätsoffensive im urbanen und im ländlichen Raum.



Frage 4: Laut dem Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz liegt im Bereich Verkehr der „steilste Reduktionspfad bis 2030“ und es sind „daher tiefgreifende Maßnahmen“ notwendig. Gerade hier muss die nächste Landesregierung den Klimawandel also mit aller Entschlossenheit angehen.

4.1 Wie würde Ihre Partei das Radfahren attraktiver gestalten? Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei vor?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Bis 2035 wird der Ausbau des Radwegenetzes auf 1.200 Kilometer vorgeschlagen. Gemeinden, Arbeitgeber, Vereine und Bildungseinrichtungen sollen verstärkt als Multiplikatoren wirken.	Der Radwegeausbau ist zu forcieren, der Raum für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) zu begrenzen, Dies erfordert eine Neuverteilung des verfügbaren Verkehrsflächen, dazu wird der Ausbau des ÖV gefordert.	Gefordert wird eine nachhaltige Fahrradoffensive, der Ausbau von getrennten Radwegen und von Radboxen. Der Umstieg auf das Rad bei kurzen Distanzen ist zu forcieren, es brauche Förderprogramme für den Radwegeausbau in Gemeinden.	Vorgeschlagen wird ein massiver Ausbau von sicheren und baulich getrennten Fahrradinfrastrukturen sowie Gehwegen, um die Mobilitätskultur im öffentlichen Raum zu verbessern.	Das Radwegenetz in der Stadt wird für gut befunden. Am Land müssen die Gemeinden im Ausbau der Radwege unterstützt werden. Die Beförderung von Rädern und E-Scootern im ÖV sei zu verbessern.	Entscheidend sei der Ausbau von Radwegen und wo immer möglich eine räumliche Trennung vom Autoverkehr. Das erleichtert vielen Bevölkerungsgruppen das Radfahren. Ergänzend wird ein flächendeckendes City-Bike-System vorgeschlagen.
Punkte	+++++-----	++++++---	++++++-----	+++++-----	++++-----	++++++-----
Bewertung S4F	Der Hinweis auf den Ausbau der Radinfrastruktur ist gut, aber nicht ausreichend. Ein Hinweis, ob dem MIV Platz genommen werden sollte, fehlt. Der Hinweis auf die budgetäre Versorgung ist gut, einer Erhöhung daraus nicht ablesbar.	Die Grundsatzaussagen sind positiv; es fehlen aber konkrete Maßnahmen (zB Richtung Alltagsverkehr, Abstellanlagen...) Die Qualität der Radwege ist oft unzureichend und va nicht auf Elektroräder abgestimmt. Überland gibt es sehr viele touristische Angebote, aber wenig für den Alltagsverkehr. Die Flächenkonkurrenz wird angesprochen.	Grundsätzlich werden die richtigen Maßnahmen zum Ausbau der Radinfrastruktur vorgeschlagen, aber sie werden im bestehenden Mobilitätssystem gedacht. Die bestehenden Nutzungskonflikte werden nicht angesprochen, insbesondere ob dem MIV Platz genommen werden sollte.	Ausbau getrennter Radinfrastruktur ist sinnvoll. Es gibt keine neuen Aspekte, keine Einschränkung des MIV, es wird im bestehenden Mobilitätssystem gedacht.	Die Verbesserung der Bedingungen für Rad- und Fußgänger*innenverkehr ist essentiell für die Mobilitätswende. In der Aussage ist kein Wille dazu erkennbar.	Es werden räumlich getrennte Radverkehrsanlagen und City-Bike-System gefordert. Das ist richtig, aber nicht ausreichend. Es gibt keine Aussage zB zu Konflikten MIV/Rad etc. Wie die Menschen zum Umstieg animiert werden sollen, wird nicht ausgeführt.



Antworten

ÖVP: Um die Attraktivität des Radfahrens weiter voranzutreiben, muss der Ausbau der Radwege und Radinfrastruktur konsequent fortgesetzt werden. Verkehrslandesrat Stefan Schnöll hat in der aktuellen Legislaturperiode das Budget für den Radweg-Bau von 2,5 Millionen Euro im Jahr 2018 auf über 5,5 Millionen Euro angehoben. Bis 2035 soll das Radwegenetz auf 1.200 Kilometer anwachsen, dazu braucht es auch weiterhin ausreichend budgetäre Vorsorge. Weiters sollen Gemeinden, Arbeitgeber, Vereine und Bildungseinrichtungen verstärkt als Multiplikatoren auftreten und zum Radfahren motivieren – speziell sollen dabei die Vorteile für die eigene Gesundheit und die Umwelt im Fokus stehen.

SPÖ: Wir wollen die Geh- und Radwege ausbauen und sicherer machen: Vorrang für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Weniger Raum für den motorisierten Individualverkehr sowie eine Reduktion der Parkplätze in der Verkehrsplanung. Wir setzen uns für die Errichtung von Verkehrsflächen ein, auf denen Autos gegenüber allen anderen Verkehrsteilnehmenden Nachrang haben. Trotzdem gilt: Als Individualverkehrsmittel ersetzt das Fahrrad nicht den dringend benötigten Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

Grüne: Viele unserer Wege sind kürzer als fünf Kilometer und damit eine ideale Fahrrad-Distanz. Häufig wird dafür aber das Auto genutzt. Es ist nicht nur die Gewohnheit, oft fehlt es noch an sicheren, baulich abgetrennten Radwegen, damit mehr Menschen – egal ob jung oder älter – ihre Alltagswege mit dem Fahrrad zurücklegen. Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige Fahrradoffensive ein: den Ausbau von baulich getrennten Radwegen und der Radinfrastruktur (Parken, Wegweisung, Radboxen, flächendeckende Ladestationen für E-Bikes), die Ausweitung von Haupttrassen, ein Förderprogramm für Gemeinden Radwegeausbau, die Ausweitung des Förderprogramms für (e)Lastenfahräder, die Stärkung des Vorrangs der aktiven Mobilität bei allen relevanten Landesprojekten, die Verbesserung der Radwege zu und Radparkinfrastruktur bei Landesgebäuden.

NEOS: Konkret wollen NEOS, einen massiven Ausbau von sicheren und baulich getrennten Fahrradinfrastrukturen sowie Gehwegen, um die Mobilitätskultur im öffentlichen Raum zu verbessern.

FPÖ: Die Stadt Salzburg verfügt bereits über umfangreich ausgebaute Radwege. Am Land müssen die Gemeinden bei der Radwegeschließung unterstützt und übertriebene verkehrstechnische Hindernisse seitens der Behörden reduziert werden. Gerade die Beförderung von Fahrrädern bzw. E-Scootern im Öffentlichen Verkehr muss verbessert werden, da diese gerade für die letzte Meile oft genutzt werden.

KPÖplus: Entscheidend ist der Ausbau von Radwegen und wo immer möglich eine räumliche Trennung vom Autoverkehr. Das erleichtert vielen Bevölkerungsgruppen das Radfahren. Ergänzend ist ein flächendeckendes City-Bike-System sinnvoll.



Frage 4.2. Gerade beim ÖPNV müssen viele Menschen kurzfristig vom Umstieg auf Bus und Bahn überzeugt werden. Unterstützt ihre Partei z.B. einen kostenlosen ÖPNV oder wie will ihre Partei einen viel attraktiveren ÖPNV gewährleisten?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Salzburg habe österreichweit das günstigste Jahresticket unter den Bundesländern. Ein Nulltarif beim ÖV wird nicht unterstützt, die Attraktivität soll durch ein verbessertes Fahrplanangebot, Park & Ride-Plätze, Bike-Sharing und Micro-ÖV erreicht werden.	Vorgeschlagen wird ein monatliches 9-Euro sowie ein 108-Euro-Jahresticket für alle sowie Freifahrt für Schüler:innen und Studierende, weiters der Ausbau des Angebots, eine Verdichtung des Taktverkehrs, auch an den Tagesrandzeiten.	Der Umstieg auf öffentlich Verkehrsmittel gelinge durch attraktive Preise, Taktverdichtungen und ein dichteres Streckennetz. Mit dem Klimaticket und einer Investitionsoffensive in die Öffis seien wichtige Schritte gesetzt worden. Weitere Vergünstigungen werden nicht angesprochen.	Vorgeschlagen wird ein gesamtheitliches Mobilitätskonzept, welches einen massiven Ausbau von Radwegen, Bahnverkehr sowie eine gesamtheitliche, massive Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Gratis Öffis werden nicht unterstützt.	Die Millionensubventionen des Landes für einen günstigen ÖV werden kritisiert. Wichtiger sei der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, da sonst das Pferd von hinten aufgezäumt werde.	Vorgeschlagen werden Gratis-Öffis im öffentlichen Nahverkehr für alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Salzburg, da bereits jetzt zwei Drittel des Öffi-Budgets aus öffentlichen Mittel stammen. Tourist:innen sollen weiterhin für Tickets zahlen.
Punkte	+++++++---	+++++++--	+++++++---	+++++++---	+++++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Richtig ist, dass die Tarifgestaltung und die Taktverdichtung sich positiv auswirken. Das Busnetz der Stadt ist aber unzureichend, da die Taktung P&R wurde ausgebaut. Insbesondere aber im ländlichen Raum im Vergleich zu Tirol und Vbg sehr schlechte Frequenzen der Busse. Ansätze sind richtig, aber eine Umstellung des Mobilitätsverhaltens ist so nicht erreichbar.	Die Vorschläge zur Taktverdichtung sowie zu den weiteren Vergünstigungen von Monats- und Jahrestickets würden das Umsteigen auf den ÖV weiter verbessern. Die Vorschläge werden sehr positiv bewertet, wenn dieser hohe Anspruch auch umgesetzt wird.	Klares Bekenntnis zum ÖV und zu "attraktiven Preisen", mit Fokus auf Schienenprojekte. Keine quantitativen Aussagen. Zur Frage nach kostenlosem ÖV keine Antwort, implizit aber Absage ("attraktive Preise"). Die Maßnahmen bewegen sich innerhalb der derzeitigen Logik des Mobilitätssystems, obgleich eine konsequente Bevorrangung des ÖPNV im Masterplan 2030 enthalten wäre.	Der Ausbau ganzheitlicher Mobilität und massive Investitionen in den ÖV würde grundsätzlich Verbesserung zum Status Quo bringen, allerdings im bestehenden Mobilitätssystem gedacht und unkonkret; keine kostenlose Benützung des ÖPNV.	Es gibt einen Hinweis, dass der Angebotsausbau zuerst erfolgen sollte, kostenfreie Öffis werden abgelehnt. In Summe kein klares Bekenntnis zum ÖPNV, keine Maßnahmen in Richtung Intermodalität etc.	Gefordert wird gratis ÖV für alle mit Hauptwohnsitz in Salzburg, weiterhin Preise für Tourist:innen. Nur kostenfreier ÖV wird nicht ausreichen (Mindestbedienstandards etc); Hinweis auf "Anreize" ist vage, keine Ausbaupläne genannt.



Antworten

ÖVP: Die Salzburger Volkspartei unterstützt einen günstigen Öffi-Tarif und die Landesregierung hat unter der Ressortführung von Landesrat Stefan Schnöll deshalb österreichweit das günstigste Jahresticket für das gesamte Bundesland eingeführt. Die Tickets sind für Seniorinnen und Senioren, Studentinnen und Studenten, Menschen mit Behinderung sowie für alle unter 26 Jahre im Vergleich zum Standard-Preis nochmals reduziert. Einen viel attraktiveren ÖPNV wollen wir gewährleisten, indem die Infrastruktur ausgebaut, ein besseres Fahrplanangebot umgesetzt wird und vor allem Angebote zur Bewältigung der letzten Meile geschaffen werden, zum Beispiel mit gut ausgebauten Park-and-Ride-Plätzen, Bike-Sharing oder Mikro-ÖV in den Gemeinden. Darüber hinaus ist es wichtig, weiterhin an einem besseren Komfort zu arbeiten, zum Beispiel mit der Anschaffung von neuen und nachhaltigen Fahrzeugen im Bahn- und Busbereich.

SPÖ: Wir wollen sowohl das Angebot ausbauen als auch an der Preisschraube drehen. Wo es bereits öffentliche Verbindungen gibt, fordern wir eine Verdichtung des Taktverkehrs, auch an den Tagesrandzeiten. Nur dann, wenn ein öffentliches Verkehrsmittel regelmäßig kommt, ist es attraktiv. Zwischen 5 und 24 Uhr muss bei Bussen mindestens ein 30-Minuten-Takt und bei schienengebundenen Fahrzeugen ein 15-Minuten-Takt angepeilt werden. Der Obus soll tagsüber nicht seltener als alle 10 Minuten fahren. Gleichzeitig wollen wir das öffentliche Verkehrsnetz auch im ländlichen Raum ausbauen. Unser Ziel: Innerhalb von 15 Gehminuten sollen überall öffentliche Verkehrsverbindungen zur Verfügung stehen, 24 Stunden am Tag und 7 Tage pro Woche. Salzburg muss ein Bundesland werden, in dem man mühelos von einem Ort zum anderen kommt. Mit Blick auf die preisliche Gestaltung sprechen wir uns in unserem Wahlprogramm für ein monatliches landesweites 9-Euro-Ticket bzw. ein Klimaticket Salzburg um 108 Euro aus. Für Schüler:innen, Studierende sowie Menschen in Ausbildung wollen wir im Land Salzburg die Freifahrt einführen.

Grüne: Der Verkehr ist Salzburgs größter Klimasünder. Er ist für fast ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der höchste Anteil der Emissionen im Verkehr ist auf den Straßenverkehr und hier insbesondere auf den PKW-Verkehr zurückzuführen. Viel zu lange wurden in Salzburg viele Milliarden Euro in den Bau von Straßenprojekten gepumpt und damit rückwärtsgerichtete Verkehrspolitik betrieben. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Zeit für eine Mobilitätswende ist jetzt! Das GRÜNE Mobilitätsprinzip lautet: Vermeiden, Verlagern, Verbessern. Die Mobilität von morgen ist klimaschonend, emissionsfrei, leistbar und gut vernetzt. Im Fokus der GRÜNEN Mobilitätspolitik steht der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. Dank der Grünen Regierungsbeteiligung konnten mit dem Klimaticket und einer Investitionsoffensive in die Öffis wichtige erste Schritte für einen Kurswechsel gesetzt werden. Der Umstieg auf öffentlich Verkehrsmittel gelingt durch attraktive Preise, Taktverdichtungen und ein dichteres Streckennetz. Dabei haben Schienenprojekte für uns oberste Priorität, wenn es darum geht, Salzburg zu bewegen.

NEOS: Wir stehen für ein gesamtheitliches Mobilitätskonzept, welches einen massiven Ausbau von Radwegen, Bahnverkehr sowie eine gesamtheitliche, massive Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs vorsieht. Sowie die Qualität und Quantität im ÖPNV zu verbessern, wir sind aber gegen ein gratis Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel.

FPÖ: Das Land Salzburg subventioniert die Tickets für den Öffentlichen Verkehr mit Millionenbeträgen. Eine vollkommene Subvention würde sicherlich die Möglichkeiten des Budgets sprengen. Diese sehen den Ausbau und die Taktverdichtung, speziell im Innergebirg, vor. Denn ohne optimale Taktung – vor allem zu den Tagesrandzeiten – wird niemand auf das Auto verzichten. Die Landesregierung hat dementsprechend das Pferd von hinten aufgezäumt und zuerst Millionensubventionen für die Fahrkarten ausgegeben, aber nicht für ausreichendes Angebot gesorgt.

KPÖ plus: KPÖ PLUS tritt als einzige Partei für gratis Öffis im öffentlichen Nahverkehr ein. Das ist ein echter Anreiz zum Umsteigen und bedeutet für viele SalzburgerInnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Internationale Vorbilder zeigen: Das geht. Außerdem kommen schon jetzt zwei Drittel des Öffi-Budgets von der öffentlichen Hand. Für alle mit Hauptwohnsitz sollte der Nahverkehr kostenfrei sein; für die Millionen an TouristInnen braucht es weiterhin kostenpflichtige Tickets und Anreize, die Öffis zu nutzen.



Frage 4.3: Unterstützt Ihre Partei den S-Link? Wie bewertet Ihre Partei dieses Projekt aus Klimasicht?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ
Zusammenfassung	Der S-Link wird als leistungsfähiges Rückgrat des ÖV im Zentralraum unterstützt, darüber hinaus der weitere Ausbau des Schienenverkehrs angestrebt (Messebahn, Stieglbahn, Königsseebahn, Verlängerung der Lokalbahn nach Eggelsberg).	Der S-Link steht nicht an erster Stelle, der Ausbau der Obusse und der Stieglbahn belasten das Budget weniger und brächten eine zeitnahe Verkehrsberuhigung. Die Planungen sollten aber ergebnisoffen weitergeführt werden. Zustimmung gebe es nur bei Planungssicherheit und Gewissheit über die Kosten. Eine Bürgerbefragung wird befürwortet.	Der S-Link wird befürwortet als Ausbau bis Hallein, die finanzielle Unterstützung durch Klimaministerin Gewessler halte die Kosten für Land und Stadt machbar. Die Ergebnisse einer Studie der Betreibergesellschaft, dass die Klimabilanz spätestens in 20 Jahren, im besten Fall schon in fünf Jahren positiv sei, wird als plausibel angesehen.	Die Realisierung des Projekts S-LINK als Nord-Süd-Verbindung im Schienenverkehr und als integraler Bestandteil für die Mobilitätswende im Bundesland Salzburg wird als unverzichtbar gesehen.	Der S-Link wird ebenfalls unterstützt als Bahn, die bis Hallein führt. Eine Mini-U-Bahn würde keine Probleme lösen. Salzburg habe bei Großprojekten, etwa der U-Bahn in Wien mitgezahlt, nun sei Salzburg selbst einmal dran.	Gemeinsam mit dem Ausbau des kaputtgeparten innerstädtischen Obus-Systems, einem Stopp der Zersiedelung im Speckgürtel der Stadt Salzburg und einer Verkehrsberuhigung an der Oberfläche wird die Verlängerung der Lokalbahn als sinnvoll angesehen. Alternative Verwendungen der Mittel etwa für kostengünstigen Wohnraum seien zu prüfen.
Punkte	+++++++---	+++++-----	+++++++---	+++++++---	+++++++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Ein schienengebundenes System durch die Stadt wird von der überwiegenden Mehrheit der Verkehrsexpert*innen positiv gesehen. Diskussionen gibt es im Wesentlichen zur Frage der Weiterführung im Süden der Stadt (wie weit unterirdisch, Trassenführung).	S-Link wird nicht als prioritär eingeschätzt. Die Planung ergebnisoffen weiterzuführen, könnte bedeuten, das Projekt zu Grabe zu tragen. Kein klares Bekenntnis zu schienengebundenem ÖV durch die Stadt.	Ein schienengebundenes System durch die Stadt wird von der überwiegenden Mehrheit der Verkehrsexpert*innen positiv gesehen. Diskussionen gibt es im Wesentlichen zur Frage der Weiterführung im Süden der Stadt (wie weit unterirdisch, Trassenführung).	Ein schienengebundenes System durch die Stadt wird von der überwiegenden Mehrheit der Verkehrsexpert*innen positiv gesehen. Diskussionen gibt es im Wesentlichen zur Frage der Weiterführung im Süden der Stadt (wie weit unterirdisch, Trassenführung).	Grundsatzbeschluss wird mitgetragen mit Hinweis, dass dies nur sinnvoll ist, wenn die Trasse bis Hallein geführt wird. Hinweis ist korrekt, es werden aber keine weiteren Rahmenbedingungen angesprochen.	Positiv ist vor der Hinweis, dass es nicht reicht, nur ein schienengebundenes System zu errichten, sondern dass es auch Rahmenbedingungen Richtung Verminderung des Mobilitätsdrucks zB aufgrund der Wohnkosten bedarf.

Anmerkung: Hinsichtlich Einschätzung S-Link gibt es innerhalb der Scientists for Future unterschiedliche Einschätzungen.



Antworten

ÖVP: Die Salzburger Volkspartei unterstützt den S-LINK und sieht ihn als wichtiges und leistungsfähigstes Rückgrat im öffentlichen Verkehr im Zentralraum Salzburg. Es soll darüber hinaus der weitere Ausbau des Schienenverkehrs angestrebt werden (Messebahn, Stieglbahn, Königsseebahn, Verlängerung der Lokalbahn nach Eggelsberg). Vor allem aus Klimasicht ist es wichtig, die Infrastruktur entsprechend auszubauen, um viel bessere Kapazitäten bereitstellen zu können. Damit kann auch ein nachhaltiger Umstieg der Menschen auf den Öffentlichen Verkehr gewährleistet und damit eine schrittweise Abkehr vom treibhausgasintensiven Individualverkehr im Zentralraum geschafft werden.

SPÖ: Für uns steht der S-Link nicht an erster Stelle. Projekte wie die Ausweitung des Obusses in alle Umlandgemeinden der Stadt Salzburg oder die Messebahn belasten das öffentliche Budget weniger und sind mit Blick auf eine zeitnahe Verkehrsberuhigung dringender. Wir sprechen uns aber dafür aus, die Planung ergebnisoffen weiterzuführen. Bedingung für unsere Zustimmung zur Umsetzung ist Planungssicherheit und Gewissheit über alle anfallenden Kosten. Wichtige Investitionen (Bildung, günstigen Wohnraum, Pflege, Krankenhäuser etc.) dürfen dem S-Link nicht zum Opfer fallen. Aufgabe der Landesregierung ist es, mit dem Bund in weitere Verhandlungen über die Aufteilung der Errichtungskosten (aktuell 50 %) und der laufenden Instandhaltungskosten zu treten. Einer möglichen Bürger:innenbefragung stehen wir offen gegenüber.

Grüne: Wir GRÜNEN treten für den raschen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere für den Bau des S-Link bis nach Hallein ein. Dank der finanziellen Unterstützung durch die GRÜNE Klimaministerin Leonore Gewessler ist eine Finanzierung dieses Großvorhabens auch für Stadt und Land Salzburg machbar. Wie eine wissenschaftliche Untersuchung der S-Link Projektgesellschaft ergeben hat, ist die Klimabilanz spätestens nach 20 Jahren positiv - im besten Fall sogar schon nach nur fünf Jahren. Diese Ergebnisse erachten wir als plausibel.

NEOS: Ja NEOS unterstützt das Projekt S-Link. Wir haben uns im Salzburger Landtag zur Unverzichtbarkeit der Realisierung des Projekts S-LINK als Nord-Süd-Verbindung im Schienenverkehr und als integraler Bestandteil für die Mobilitätswende im Bundesland Salzburg bekannt.

FPÖ: Die Freiheitlichen haben einem Grundsatzbeschluss zum Projekt S-Link im Salzburger Landtag zugestimmt. Wir haben in Salzburg jahrelang in Richtung Wien für große Infrastrukturprojekte, wie etwa auch die dortige U-Bahn, gezahlt. Jetzt ist es auch an der Zeit, dass große Projekte in Salzburg vom Bund mitfinanziert werden. Das Projekt macht aber nur dann Sinn, wenn es als „unterirdische Verlängerung der Salzburger Lokalbahn“ (S-LINK) als Nord-/Südverbindung im Schienenverkehr auf der Achse Salzburg Hauptbahnhof/Lokalbahn – Mirabell – Altstadt – Nonntal – Alpenstraße – Anif – Grödig/Hangender Stein – Hallein Bahnhof umgesetzt wird. Eine Mini U-Bahn wird keine Probleme lösen.

KPÖ+: Wenn sie einem Ausbau des kaputtgesparten innerstädtischen Obus-Systems, einem Stopp der weiteren Zersiedelung im Speckgürtel der Stadt Salzburg und einer Verkehrsberuhigung an der Oberfläche einhergeht, ist die Verlängerung der Lokalbahn sinnvoll. Aus einer klimapolitischen Sicht sollte die Landesregierung Zahlen auf den Tisch legen, wie groß der Nutzen eines alternativen Einsatzes der Mittel wäre (z.B. Schaffung von leistbarem Wohnraum in der Stadt, um weitere Zersiedelung zu vermeiden – es ist einfacher, Verkehr zu vermeiden, als zu verlagern).



Frage 4.4: Wie kann das Land Salzburg Menschen dazu zu bewegen, den motorisierten Individualverkehr zu verringern? Wie steht Ihre Partei zu Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ plus
Zusammenfassung	Attraktive Alternativen von der ersten bis zur letzten Meile könnten den motorisierten Individualverkehr verringern und dazu führen, dass Menschen mögliche Einschränkungen zur Verkehrsberuhigung in Kauf nehmen.	Öffis und Individualverkehr seien gemeinsam zu denken und besser miteinander zu verzahnen, etwa durch attraktive P+R-Parkplätze. Jene, die auf das Auto angewiesen sind, dürften nicht bestraft werden. Die Messe- oder Stieglbahn könne Staus reduzieren.	Eine aktive Verkehrspolitik beginne bei der Raumplanung, um die Zersiedelung zu stoppen. Gemeinden und Städte müssen als Lebensräume für die Menschen gestaltet werden und Gehen und Radfahren ins Zentrum rücken. Wohnortnahe Versorgung sei dafür wichtig, um Wege zu verkürzen und Verkehr zu vermeiden.	Es wird die Ausarbeitung eines umsetzungsreifen Verkehrs- und Mobilitätskonzepts gefordert. Begrenzende Maßnahmen für den MIV werden abgelehnt, gesetzt wird auf freiwilligen Umstieg durch bessere ÖV-Angebote.	Um die Menschen dazu zu bewegen, öfter auf Rad oder Öffis umzusteigen, müsse vor allem das Angebot vorhanden und attraktiv sein, dann wird freiwillig auf das Auto verzichtet.	Notwendig seien attraktive und leistbare Alternativen zum jetzigen Verkehrs-Chaos, in dem viele SalzburgerInnen wertvolle Lebenszeit im Stau verlieren. Dann seien auch Regeln sinnvoll, die Verkehrsmittel bevorzugen, die Menschen und Umwelt schonen.
Punkte	++++-----	+++++++---	+++++++---	++++-----	+++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Ohne entsprechende Rahmenbedingungen zB in der Raumordnung und Einschränkungen für den MIV (insbesondere im Zentralraum) sind die Ziele des Masterplanes im Mobilitätssektor nicht erreichbar. Mikro ÖV hilft nicht, den MIV wesentlich einzudämmen, sondern ist eher für mobilitätseingeschränkte Personengruppen am Land hilfreich.	Bekanntnis zum Ausbau des ÖV, keine klare Positionierung zur Einschränkung des MIV. Es ist jedoch ein integriertes Mobilitätsdenken gefordert. Ohne entsprechende Rahmenbedingungen zB in der Raumordnung und Einschränkungen für den MIV (insbesondere im Zentralraum) sind die Ziele des Masterplanes im Mobilitätssektor nicht erreichbar.	Hinweis auf Raumordnung, Bevorrangung von Fuß- und Radmobilität, "Stadt der kurzen Wege"; Paradigmenwechsel "Altstadt autofrei" sind positiv. Die Pendler*innenfrage wird nicht angesprochen, zudem keine klare Aussage zur Beschränkung des MIV mit Ausnahme des autofrei-Ma-chens der Salzburger Altstadt.	Ohne entsprechende Rahmenbedingungen zB in der Raumordnung und Einschränkungen für den MIV (insbesondere im Zentralraum) sind die Ziele des Masterplanes im Mobilitätssektor nicht erreichbar. Offenbar sind nur kosmetische Änderungen im Bereich des MIV Politiklinie.	Ohne entsprechende Rahmenbedingungen zB in der Raumordnung und Einschränkungen für den MIV sind die Ziele des Masterplanes im Mobilitätssektor nicht erreichbar. Mikro ÖV hilft nicht, sondern ist eher für mobilitätseingeschränkte Personengruppen am Land hilfreich.	Hinweise auf erforderliche Änderung des Mobilitätssystems weg vom MIV, auch mit rechtlichen Regelungen, sind korrekt. Antwort zu Einschränkungen des MIV ist etwas verklausuliert.



Antworten

ÖVP: Indem man attraktive Alternativen von der ersten bis zur letzten Meile schafft. Das geht nur durch einen umfassenden Ausbau der Infrastruktur und einer weiteren Erhöhung der Takte im gesamten Fahrplan-Angebot, um entsprechende Kapazitäten zu schaffen. Dazu sollen auch spezielle Angebote wie Mikro-ÖV helfen, um vor allem die ländlicheren Regionen besser anzubinden. Wenn das Angebot im öffentlichen Verkehr passt, sind die Menschen auch bereit umzusteigen und mögliche Einschränkungen zur Verkehrsberuhigung hinzunehmen.

SPÖ: Es braucht ein Bekenntnis zum Ausbau der Öffis, ohne jene zu bestrafen, die auf das Auto angewiesen sind. Gerade im ländlichen Raum ist das noch sehr häufig der Fall. Studien bestätigen: Wo es eine gute Anbindung gibt und man sich auf die Öffis verlassen kann, steigen die Menschen gerne darauf um. Gleichzeitig ist Pragmatismus gefragt: Wir sprechen uns dafür aus, Öffis und Individualverkehr gemeinsam zu denken und besser miteinander zu verzahnen. Etwa durch attraktive P+R-Parkplätze, die so gut mit der Stadt Salzburg verbunden sind, dass man innerhalb kurzer Zeit vom Parkplatz am Hauptbahnhof ist. Mit der Messebahn oder auch einer Öffnung der Stieglbahn für den Personenverkehr inklusive einer Erweiterung bis zum Flughafen gibt es Möglichkeiten, den täglichen Stau zu reduzieren.

Grüne: Eine aktive Verkehrspolitik beginnt bei der Raumplanung. Wir GRÜNE haben vor zehn Jahren begonnen, eine Wende in der Raumordnung einzuleiten und die Zersiedelung zu stoppen, damit unnötiger Verkehr erst gar nicht entsteht. Denn alle Wege beginnen und enden am Wohnort. Um die Mobilitätswende voranzutreiben, ist es notwendig, klimafreundliche Mobilität möglichst attraktiv und bequem vor der Tür zu haben. Erst dann bekommen die Öffis im Vergleich zum Auto eine faire Chance. Leider müssen wir hier noch mit vielen Sünden aus der Vergangenheit leben. Die Verkehrsplanung der Zukunft denkt Städte und Gemeinden in erster Linie als Lebensräume für die Menschen und rückt Gehen und Radfahren in das Zentrum der Überlegungen. Durch die Stärkung der Ortskerne schaffen wir eine wohnortsnahe Versorgung, die wiederum Wege verkürzt und Verkehr vermeidet. Für die Menschen schaut dadurch mehr Lebensqualität raus: weniger Stau, weniger Lärm und bessere Luft. In der Stadt Salzburg unterstützen wir das Vorhaben, die Altstadt endlich autofrei zu machen.

NEOS: Von uns NEOS wird eine Ausarbeitung eines umsetzungsreifen Verkehrs- und Mobilitätskonzepts gefordert. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf Eigeninitiative der Salzburger:innen. Wir wollen ausreichende alternative Möglichkeiten anbieten, um in Zukunft vom umweltschädlichen, motorisierten Individualverkehr weg zu kommen.

FPÖ: Um die Menschen dazu zu bewegen, öfter auf Rad oder Öffis umzusteigen, muss vor allem das Angebot vorhanden und attraktiv sein, dann wird auch freiwillig umgestiegen werden. Siehe 4.1, 4.2 und 4.3. Eine verordnete Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs lehnen wir ab.

KPÖ+: Die Politik hat die Verantwortung, die Rahmenbedingungen für individuelles Handeln zu gestalten. Dazu gehört, attraktive und leistbare Alternativen zum jetzigen Verkehrs-Chaos zu schaffen, in dem viele SalzburgerInnen wertvolle Lebenszeit im Stau verlieren. Anstelle des Kaputtsparens des Ö-Bus und einer Politik im Interesse mächtiger Auto-Konzerne braucht es eine Verkehrspolitik, die die Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Dann sind auch Regeln sinnvoll, die Verkehrsmittel bevorzugen, die Rücksicht nehmen auf Mitmenschen und die Umwelt.



Frage 4.5: Durch welche konkreten Maßnahmen (rechtliche Regelungen, Förderungen...) will Ihre Partei sicherstellen, dass die angestrebten 83 000 E-Autos zeitgerecht auf Salzburgs Straßen unterwegs sind?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Vorgeschlagen wird die Fortführung der E-Mobilitätsförderungen des Bundes sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Aus einer vom Land Salzburg in Auftrag gegebenen E-Mobilitätsstrategie seien demnächst konkrete Maßnahmen abzuleiten.	Die bisherige E-Autoförderung wird überspitzt als Reichenförderung gesehen, in Zukunft werde E-Mobilität aber günstiger. Das Land solle Gemeinden zu 100 Prozent bei der Errichtung von Ladestationen mit mehr als 50kW unterstützen. 2030 soll es ein flächendeckendes E-Tankstellennetz geben.	Wo Vermeiden von Verkehr oder die Verlagerung auf Öffis, Zu Fuß-Gehen und Radfahren nicht möglich sei, brauche es emissionsfreie E-Autos. Da es in Zukunft genügend auch leistbare E-Autos geben werde, seien über die Bundesförderungen hinaus keine Landesförderungen nötig.	Die Fahrschulen sollen als Multiplikatorinnen für umweltfreundliche E-Mobilität wirken und dafür gewonnen werden. Zudem werden attraktive Ladestationen sowie treffsichere Förderungen (nicht mit der Gießkanne) gefordert.	E-Mobilität sei nicht der Weisheit letzter Schluss, es werde andere Antriebe geben, die Zahl von 80.000 E-Autos in Salzburg wird daher nicht angestrebt.	E-Autos seien in Städten keine Lösung des Verkehrsproblems. Sie seien ein lukratives Geschäftsfeld für Auto-Konzerne, aber verbrauchen wertvollen innerstädtischen Platz. In ländlichen Gebieten ohne ÖV wird E-Mobilität befürwortet.
Punkte	++++-----	+++++++---	+++++++---	+++++-----	+++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Vorgeschlagen werden Förderungen für Betriebe und Private, aber es gibt keine Aussage, ob eigene Landesförderung angedacht ist. Die Bundesförderung und das Warten auf eine E-Mobilitätsstrategie werden der Sache nicht wesentlich weiterhelfen - angesichts der Lücke sind diese Aussagen als Rückschritt zu werten.	Die MIV-Umstellung ist ein zwar wichtiger, aber doch ein Nebenschauplatz in der Mobilitätswende und auch von Rahmenbedingungen auf Bundesebene abhängig. Insofern ist die Absage an eine zusätzliche Landesförderung und ein Hinwenden zum Aufbau besserer Ladeinfrastruktur verständlich. Es werden einheitliche Tarife gefordert.	MIV-Umstellung ist ein zwar wichtiger, aber doch ein Nebenschauplatz in der Mobilitätswende und auch von Rahmenbedingungen auf Bundesebene abhängig. Insofern ist die Absage an eine zusätzliche Landesförderung und ein Hinwenden zum Aufbau einer besseren Ladeinfrastruktur verständlich. Nicht angesprochen wurde das Problem der Tarifierung beim Laden.	Fahrschulen als Multiplikatoren sind gut. Aber es werden keine konkreten Maßnahmen des Landes genannt; unklar bleibt ob Förderungen auch auf Landesebene gemeint sind, iVW weiter wie bisher.	Auch wenn korrekt ist, dass die E-Mobilität wahrscheinlich einen Zwischenschritt darstellt, ist sie zur gebotenen raschen Verminderung der THG-Emissionen unverzichtbar. Ein Warten auf andere Technologien löst die Probleme nicht.	Position ist grundsätzlich korrekt, aber in der Übergangszeit braucht es E-Autos, um die Klimaziele zu erreichen. Hier wird die Zeitdimension ausgeblendet; E-Autos sind so etwas wie die Energiesparlampe der Mobilität: zwischenzeitlich erforderlich, die Systemumstellung wird Zeit brauchen.



Antworten

ÖVP: Die Salzburger Volkspartei setzt sich weiterhin dafür ein, dass es E-Mobilitätsförderungen für Betriebe und Privatpersonen gibt – österreichweit stehen 2023 95 Mio. Euro für die E-Mobilitätsinitiative zur Verfügung. Andererseits muss auch die dafür benötigte Infrastruktur stetig ausgebaut werden, es braucht mehr öffentliche Ladepunkte für E-Autos und eine flächendeckende Infrastruktur. In diesem Zusammenhang darf überdies auf die von Landeshauptmann Haslauer angestoßene und im Masterplan 2023 verankerte Elektromobilitätsstrategie verwiesen werden, die derzeit von einem Konsortium aus Umweltbundesamt und AustriaTech im Auftrag des Landes erarbeitet wird. Nach Vorliegen der Ergebnisse, die im März 2023 erwartet werden, können daraus schrittweise konkrete Maßnahmen abgeleitet werden.

SPÖ: Die bisherige E-Auto-Förderung hat sich überspitzt gesagt als Reichenförderung erwiesen. E-Mobilität wird in den kommenden Jahren günstiger werden. Wir sehen die Verantwortung des Landes darin, die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Unser Vorschlag: Das Land soll 100 Prozent der Kosten übernehmen, wenn sich eine Gemeinde dazu entscheidet, in ihrem Ort E-Schnellladestationen mit mehr als 50 kW zu errichten. Unser Ziel ist bis spätestens 2030 der Aufbau eines flächendeckenden öffentlichen E-Tankstellennetzes mit einheitlichen Tarifen.

Grüne: Überall dort, wo das Vermeiden von Verkehr oder die Verlagerung auf Fuß- und Radverkehr oder Öffis nicht möglich ist, muss der verbleibende Individualverkehr in Zukunft emissionsfrei betrieben werden. Aktuell beläuft sich der Bestand an E-Autos (per Dezember 2022) auf knapp 9.000 Fahrzeuge. Davon wurde etwa ein Drittel allein im Jahr 2022 zugelassen (genau 3.238). In den letzten Jahren ist hier eine exponentielle Steigerung zu beobachten. Da bereits (fast) alle großen Hersteller den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 oder spätestens 2035 angekündigt haben, ist nicht davon auszugehen, dass es am Angebot entsprechender Fahrzeuge mangeln wird. Wir sehen auch keine Notwendigkeit, neben der Förderung des Bundes weitere Ankaufsförderungen auf Landesebene einzuführen. Wir wollen dafür ein flächendeckendes Netz an Lademöglichkeiten mit Strom aus erneuerbaren Energien auf Parkplätzen, in Garagen von Mehrfamilienhäusern und Wohnanlagen sowie bei Betrieben vorantreiben und fördern.

NEOS: Dafür muss schon früh begonnen werden, unter anderen in den Fahrschulen. Jedes Jahr erwerben mehr als 80.000 Fahrschülerinnen und Fahrschüler in Österreich einen Führerschein. Die Fahrschulen sind damit die idealen Multiplikatoren, um die zukünftigen Autofahrerinnen und Autofahrer von Anfang an mit umweltverträglichen Elektrofahrzeugen vertraut zu machen. Das Kennenlernen der neuen Technologie der Elektroautos in der Fahrschule ist somit eine gute Gelegenheit, die Vorteile der E-Autos für Umwelt und Klima zu veranschaulichen. Ebenso wichtig ist uns die nötige Infrastruktur für E-Autos, um möglichst vielen Personen den Umstieg auf ein Elektro-Auto zu ermöglichen, müssen ausreichend E-Tankstellen errichtet werden sowie auch die Möglichkeiten für jede Privatperson. Bei Förderungen ist es uns wichtig, dass nicht mit der Gießkanne durch das Land gegangen wird und Probleme mit Geld zugeschüttet werden, jeder weiß, die Förderungen von heute sind die Steuererhöhungen von Morgen. Treffsicherheit ist uns im Bereich der Förderungen bei E-Autos wichtig, dazu sollen Förderungen transparent aufgelistet werden und für jeden ersichtlich und nachvollziehbar angeführt werden.

FPÖ: Wir sind der Meinung, dass die E-Mobilität nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann und es Technologien geben wird, die E-Autos künftig wiederum ablösen werden. Unter anderem deshalb streben wir auch die erwähnte Zahl nicht an.

KPÖ+: E-Autos sind in Städten keine Lösung des Verkehrsproblems. Sie mögen ein lukratives Geschäftsfeld für Auto-Konzerne sein, aber verbrauchen wertvollen innerstädtischen Platz, werfen Fragen bei der Produktion und Entsorgung auf, und kosten viel Geld. Hier sollte man dem öffentlichen Verkehr der Vorzug geben. Bei unbedingt notwendigen Fahrten und in ländlichen Gebieten, wo öffentliche Verkehrsmittel wenig genutzt würden, könnten E-Autos eine Lücke füllen.



Frage 4.6: Der Masterplan Klima- und Energie 2030 sieht im Bereich Ausbau Öffentlicher Verkehr & Radverkehr 170 Millionen Euro jährlich vor. Sieht Ihre Partei das auch so oder würde sie einen anderen Bedarf veranschlagen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Es seien definitiv deutlich mehr als die geplanten 170 Millionen Euro notwendig, um eine spürbare Wirkung im öffentlichen Verkehr zu bewirken und um den Radwegeausbau zu forcieren.	Ein Ausbau bei ÖV und Radwegen sei nötig. Bei der Kalkulation der 170 Mio. Euro jährlich für ÖV und Radverkehr wird auf die Expertise der Fachleute des Landes vertraut.	Öffis- und Radwegeausbau Ausbau sei jedenfalls günstiger als EU-Strafzahlungen bei Nicht-Erreichen der Reduktionsziele. Erhöhung sei wegen der Inflation erforderlich. Konkrete Zahlen zu prognostizieren sei aber unseriös.	Die Ziele sowie die angeführten finanziellen Mittel, die vorgesehen werden von der Landesregierung, werden als angemessen angesehen. Eine Erhöhung sei nicht nötig.	Vorgeschlagen wird ein Ausbau des Öffentlichen Verkehrs mit zusätzlichen 95 Millionen Euro pro Jahr. Konkrete Zahlen seien aber nur mit Projekten zu nennen.	Der Betrag von 170 Millionen jährlich wird als deutlich zu niedrig angesehen. Großer Bedarf besteht bei O-Bussen, Radwegen, Park & Ride-Plätzen sowie günstigeren ÖV-Tarifen.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Der Investitionsbedarf wird höher als bisher geplant gesehen, ohne eine konkrete Zahl zu nennen. Unklar bleibt, wie der erhöhte Bedarf bedeckt werden soll; die Errichtung des S-Link wird sehr hohe Investitionen brauchen, es besteht die Gefahr, dass die Mittel bei weniger spektakulären, aber notwendigen und wirksamen Vorhaben fehlen werden.	Die Position geht davon aus, dass der Bedarf im Masterplan korrekt benannt wurde. Es gibt keine Aussage zu einer Erhöhung der Mittel. Wenn eine Klimaneutralität 2040 gefordert wird, ist von einem höheren Budgetbedarf auszugehen.	Der Investitionsbedarf wird höher als bisher geplant gesehen, ohne eine konkrete Zahl zu nennen. Unklar bleibt, wie der erhöhte Bedarf bedeckt werden soll; die Errichtung des S-Link wird sehr hohe Investitionen brauchen, es besteht die Gefahr, dass die Mittel bei weniger spektakulären, aber notwendigen und wirksamen Vorhaben fehlen werden.	Bedarf wird zur Zielerreichung (es sind nur mehr 7a Zeit) sicher höher sein, wie hoch er eingeschätzt wird, wäre eine interessante Maßzahl zur Einordnung.	Die Zahl wird implizit wohl als zu hoch angesetzt gesehen, da mit dieser Rechnung 75 Mio € pro Jahr für den Radwegeausbau blieben. Eine Mobilitätswende sieht anders aus.	Höherer Bedarf wird mit Beispielen untermauert, was umgesetzt werden müsste, keine quantifizierte Aussage.



Antworten

ÖVP: Mit den geplanten Ausbaumaßnahmen im öffentlichen Verkehr und im Radverkehr in Salzburg wird dieser Betrag mindestens notwendig sein, um eine spürbare Wirkung im öffentlichen Verkehr zu erreichen. Vor allem das Radwegenetz soll bis 2035 auf 1.200 Kilometer anwachsen und dafür sind ebenfalls entsprechende Investitionen notwendig. Für die Salzburger Volkspartei ist es daher klar, dass definitiv deutlich mehr als die geplanten 170 Millionen Euro notwendig sein werden, die in diesen Bereichen jährlich investiert werden müssen.

SPÖ: Wir gehen davon aus, dass die zu Rate gezogenen Fachleute (im Amt der Landesregierung und darüber hinaus) in bestem Wissen kalkuliert haben. Als politische Partei in Opposition sind wir auf die Expertisen und das fachliche Know-How der Spezialist:innen ebenso angewiesen, wie die Regierungen im Bund oder den Ländern (denen aber der gesamte amtliche Apparat zur Verfügung steht). Fix ist: Der öffentliche Verkehr und der Radverkehr muss ausgebaut, verbessert und sicherer (Radverkehr) gemacht werden.

Grüne: Angesichts der stark gestiegenen Inflation ist nicht davon auszugehen, dass damit das Auslangen gefunden werden kann. Konkrete Zahlen zu prognostizieren ist in der aktuellen Situation unseriös. Investitionen in den Öffi-Ausbau sowie in den Radverkehr sind jedoch ohne Alternative. Und jedenfalls günstiger als die Strafzahlungen, die uns bei Nicht-Erfüllung der Klimaziele erwarten.

NEOS: Wir finden die Ziele in ihrer Ausarbeitung zurzeit ausreichend, auch die angeführten finanziellen Mittel, die vorgesehen werden von der Landesregierung, sind angemessen.

FPÖ: Unser Anfang 2020 vorgestelltes Verkehrskonzept 2030 sieht einen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs mit alleine dort zusätzlichen 95 Millionen Euro pro Jahr vor. Durch diesen von uns gemeinsam mit Experten errechneten Betrag leistet man einen Beitrag zur besseren Erreichbarkeit in Salzburg. Konkrete Zahlen können jedoch nur an konkrete Vorhaben gebunden sein.

KPÖ+: Der Bedarf liegt deutlich höher. Allein beim Obus in der Stadt Salzburg muss ein millionenschwerer Investitions-Rückstau gelöst werden. Die Salzburg AG hat die Verkehrssparte jahrelang kaputtgespart – bei Fahrzeugen und Geräten, der Infrastruktur, den Lagerbeständen und beim Personal. Großer Handlungsbedarf herrscht auch bei den Park-and-Ride-Anlagen, dem Ausbau von Radwegen, City-Bike-Systemen, Mini-Bussen am Land, sowie einer Senkung der Nahverkehrstarife mit dem Ziel der Freifahrt für Menschen mit Hauptwohnsitz. Wenn allein für die Erweiterung der Festspielhäuser 335 Mio. Euro an öffentlichen Geldern fließen, muss auch beim Verkehr als klimapolitisches Schlüsselthema mehr möglich sein.



Frage 5: Welche Maßnahmen kann das Land setzen, um den Klimaschutz im Bereich Wohnen zu verbessern?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Das Potenzial des Holzlandes Salzburg soll weiter gestärkt werden; das in nachhaltiger Forstwirtschaft produzierte Naturprodukt soll weiterhin als erneuerbar gelten und bestmöglich genutzt werden.	Wenn bis 2040 kein Haushalt mehr mit Öl oder Gas heizen soll, sind österreichweit jeden Tag 300 Heizsysteme zu tauschen. Dafür brauche es qualifizierte Arbeitsplätze und Unterstützungen für einkommensschwache Haushalte beim Tausch von Heizkesseln. Verwiesen wird auf die Klimakation 20.000 der Bundes-SPÖ.	Die Sanierungsquote sei deutlich zu steigern, was den Energieverbrauch drastisch reduziert. Der Einbau klimaneutraler Heizsysteme solle idealerweise mit der Installation einer Photovoltaik-Anlage verbunden werden.	Im geförderten Mietwohnbau würden bereits jetzt 100% der Gebäude mit Photovoltaikanlagen gebaut. Dies passiere aufgrund der Wirtschaftlichkeit dieser Form der Energieerzeugung mit zielgerichteten Fördermaßnahmen. Eine Sanierungsrate lasse sich nicht seriös angeben, der Fachkräftemangel sei ein Problem.	Das Land soll auf die Verwendung nachhaltiger heimischer Rohstoffe, wie etwa Holz aus der Region, zurückgreifen und diese im geförderten Wohnbau einsetzen. Der Anteil von Holz im geförderten Wohnbau muss erhöht werden.	Der beste Klimaschutz sei, leistbares Wohnen in den Städten zu ermöglichen.
Punkte	++++-----	+++++-----	++++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Die Antwort fokussiert lediglich auf die - begrüßenswerte - Mehrnutzung von Holz im Wohnbau. Es gibt keine Aussagen zu brennenden Themen wie Abkehr von fossilen Energien etc. Wenn mit der Antwort der Brennstoff Holz (mit)gemeint ist, ist über nachhaltigere Verwendungen zu diskutieren.	Positiv sind Hinweise auf Qualifizierungsoffensive/Arbeitsplätze sowie Weiterführung der Förderung für einkommensschwache Haushalte bei Kesseltausch über 2025 hinaus. Aussagen zu angestrebten Sanierungsquoten fehlen ebenso wie der Konnex zur Raumordnung sowie zu (wahrscheinlich erforderlichen) rechtlichen Vorgaben.	Positiv sind die Erhöhung der Sanierungsquote (5%), PV-Förderung und Heizungsumstellung. Es gibt trotz Erfolgen Luft nach oben. Konnex zur Raumordnung (Zersiedelung) und zur nachhaltig zustehenden Wohnfläche pro Kopf fehlt, es gibt auch keinen Hinweis auf (wahrscheinlich erforderliche) rechtliche Vorgaben.	Fokussierung auf PV, keine weiteren Schwerpunkte. Die bisherige Politik und die Aussagen der Antwort legen ein weiter wie bisher nahe; dieses war nur bedingt erfolgreich.	Allein die Fokussierung auf die - begrüßenswerte - Mehrnutzung von Holz im Wohnbau ist zu wenig. Keine Aussagen zu brennenden Themen wie Abkehr von Fossilen etc.	Leistbares Wohnen in den Städten ist wichtig, wird allein aber nicht reichen.



Antworten

ÖVP: Wir wollen das Potential des 'Holzlandes Salzburg' noch stärker heben. Jährlich wächst in Salzburg mehr Holz nach, als genutzt wird. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dieses, in unserer nachhaltigen Forstwirtschaft produzierte Naturprodukt auch weiterhin als erneuerbar gilt und bestmöglich genutzt werden kann.

SPÖ: Klimaschutz braucht qualifizierte Arbeitsplätze. Wenn bis 2040 kein Haushalt mehr mit Öl oder Gas heizen soll, ist es österreichweit ab jetzt notwendig, jetzt jeden Tag, 7 Tage die Woche, 300 Heizsysteme tauschen. Damit uns das als Gesellschaft gelingt, haben wir als SPÖ auf Bundesebene mit der Klima-Aktion 20.000 einen Plan vorgelegt, wie wir dieses Ziel bekämpfen wollen. Die Klimakrise ist die wichtigste Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage unserer Zeit. Das zeigt sich nicht nur im Großen, sondern auch am Kleinen, wie die finanziellen Hürden im Zusammenhang mit dem Tausch von Heizkesseln zeigen. Damit der Ausstieg gerecht erfolgt und überhaupt machbar ist, muss die Förderung für einkommensschwache Haushalte beim Tausch des Heizkessels auch über das Jahr 2025 hinausgehend verankert werden.

Grüne: Wie bereits zu Frage 3 ausgeführt, muss die Sanierungsquote deutlich gesteigert werden. Durch Sanierungen wird der Energieverbrauch von Gebäuden drastisch reduziert. Durch den Einbau eines klimaneutralen Heizsystems, idealerweise in Verbindung mit der Installation einer Photovoltaik-Anlage, gelingt der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern Öl und Gas.

NEOS: Im geförderten Mietwohnbau (Ressortzuständigkeit NEOS, Landesrätin Andrea Klambauer) werden bereits jetzt 100% der Gebäude mit Photovoltaikanlagen gebaut. Dies passiert aber nicht aus Zwang, sondern aufgrund der Wirtschaftlichkeit dieser Form der Energieerzeugung in Zusammenhang mit zielgerichteten Fördermaßnahmen. Deshalb haben wir auch die Sanierungsförderung, die PV-Anlagen miteinschließt, verdoppelt. Wir sind überzeugt, dass genau diese Kombination aus Wirtschaftlichkeit und passender Fördermaßnahme auch im weiteren Gebäudesektor zu einer sehr hohen Quote an Bauten mit PV-Anlagen führen wird. Wie hoch dieser nach der nächsten Legislaturperiode sein wird, hängt jedoch auch von anderen Faktoren ab (u.a. Fachkräftemangel) und kann daher nicht seriös geschätzt werden. Unser Ziel ist, die richtigen politischen Maßnahmen zu setzen, um den höchstmöglichen Anteil zu erreichen.

FPÖ: Das Land soll auf die Verwendung nachhaltiger heimischer Rohstoffe, wie etwa Holz aus der Region, zurückgreifen und diese im geförderten Wohnbau einsetzen. Wir Salzburger Freiheitliche sind ein verlässlicher Partner, wenn es um den Rohstoff Holz und dessen Verwendung, speziell im geförderten Wohnbau, geht. Dazu haben wir bereits im November 2019 einen Antrag eingebracht, der ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung des Holzanteiles im geförderten Wohnbau vorsieht.

KPÖ+: Der beste Klimaschutz ist, leistbares Wohnen in den Städten zu ermöglichen. So bekommt man die Zersiedelung, mitsamt Versiegelung und Verkehrslawine, am ehesten in den Griff.



Frage 5.1: Was kann das Land tun, um Bestandsbauten (v.a. die mit einem sehr hohen Energieverbrauch) zu sanieren? Kann das Land Salzburg auf den Fachkräftemangel in den Bau- und Ausbaugewerken reagieren, um die Sanierungsquote zu verbessern? Falls ja, wie?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Die Wohnbauförderung für thermische Sanierungen soll in der nächsten Legislaturperiode weiterentwickelt werden, um ihre Akzeptanz noch weiter zu erhöhen.	Klimaschutz braucht qualifizierte Arbeitsplätze. Mit der Klimaktion 20.000 der Bundes-SPÖ soll dies erreicht werden. Siehe Pkt 5.	Verwiesen wird auf das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz des Bundes, das den Ersatz aller Öl- und Gaskessel bis 2040 vorsieht. Die Energieberatung des Landes soll weiterhin kostenlos sein und die Förderungen für einkommensschwache Haushalte sind beizubehalten. Zudem brauche es eine Qualifizierungsoffensive für Green Jobs.	Verwiesen wird auf die Erhöhung der Sanierungsförderung in der letzten Legislaturperiode, gefordert die Abschaffung von Doppelgleisigkeiten sowie die Zusammenlegung der Energie- und Sanierungsförderung der Wohnbauförderung sowie die Abstimmung auf Bundesförderungen. Zudem brauche es Facharbeiterqualifizierungen.	Auch bei der Sanierung von Bestandsbauten wird der Einsatz von Holz vorgeschlagen. Ansonsten gibt es keine Vorschläge.	Der Erhalt von Bestandsbauten sei dem CO2-intensiven Neubau vorzuziehen. Mittel der Wohnbauförderung sollen hier einfacher zugänglich gemacht werden, was den Kostendruck senkt. 1,2 Mrd. in der aktuellen Legislaturperiode zweckentfremdete Mittel sollen hierfür herangezogen werden.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	++++-----	++++-----
Bewertung S4F	Wohnbauförderung wird genannt. Keine Aussage zur Erhöhung der Sanierungsquote und zum Heizungstausch Richtung Erneuerbare (zB durch rechtliche Rahmenbedingungen). Dass allein eine (verstärkte?) Beratung zum Phase Out Öl führt, ist zu bezweifeln. Keine Aussagen zum Phase Out Gas.	Hinweis auf Aktion 20.000 der Bundes-SPÖ für eine Qualifizierungsoffensive ist Sinn, offen bleibt, was in Salzburg dazu passieren soll.	Hinweise auf das Erneuerbare Wärmegesetz, Landesförderungen sowie eine Green Jobs Offensive gut. Wenig zukunftsgerichtete Aussagen über Förderungen hinaus (damit werden erfahrungsgemäß nur ein Teil der Adressaten erreicht). 5% Sanierungsrate so nicht erreichbar. Grundstücks- und Baukosten sind angesprochen.	Durchaus innovative Ansätze der Weiterentwicklung; mit Hinweis auf die bisherige Dynamik der Sanierung wird Zielerreichung als machbar angesehen.	Allein die Fokussierung auf die - begrüßenswerte - Mehrnutzung von Holz im Wohnbau ist zu wenig. Keine Aussagen zu brennenden Themen wie Abkehr von Fossilen etc.	Fokus auf Erhaltung der Bestandsbauten und Förderungen ist eher ideologische Aussage, keine Aussagen zu konkreten Maßnahmen, zu Sanierungsquote oder zum Thema Fachkräftemangel. Gefahr, sich auf Nebenschauplätzen zu verlieren.



Antworten

ÖVP: Für die thermische Sanierung von Bestandsgebäuden gibt es attraktive Förderungen in der Wohnbauförderung. Diese soll in der kommenden Legislaturperiode weiterentwickelt werden, um ihre Akzeptanz noch weiter zu erhöhen.

SPÖ: Klimaschutz braucht qualifizierte Arbeitsplätze. Mit der Klimakation 20.000 der Bundes-SPÖ soll dies erreicht werden. Siehe Pkt 5.

Grüne: Die Tage von Öl, Gas und Kohle sind gezählt. Auf Bundesebene setzen wir uns für das Inkrafttreten des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes ein, das den stufenweisen Umstieg auf erneuerbare Heizungen bis 2040 regelt. Bis dahin müssen alle Öl- und Gaskessel ausgebaut und durch Wärmepumpen, Biomasse, Geothermie, Nah- oder Fernwärmenetze, die durch zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien basieren, ersetzt werden. Die Energieberatung Salzburg soll weiterhin die Salzburger*innen bei der Umsetzung der Wärmewende kostenlos unterstützen. Für Menschen mit geringem Einkommen muss es auch zukünftig Förderungen geben, wie z.B. „Sauber Heizen für alle“. Damit werden die Umstellungskosten auf eine klimafreundliche Heizung bis zu 100 Prozent übernommen. Bereits jetzt stellt das Land für Sanierungen attraktive Förderungen zur Verfügung. Über die Wohnbauförderung werden etwa bis zu 50 Prozent der Investitionskosten vom Land übernommen. Zusätzlich ist die Landesförderung auch mit den Förderungen des Bundes kombinierbar, womit die Förderquote noch weiter gesteigert werden kann. Durch gestiegene Grund- und Baupreise muss sich der Fokus der Bauwirtschaft auf Sanierungen und Bauen im Bestand verlagern. Zusätzlich setzen wir auf eine Qualifizierungsoffensive für Green Jobs. Sie bieten Sicherheit und Stabilität auf lange Zeit.

NEOS: Im Bereich der Bestandsbauten wurde die Sanierungsförderung signifikant erhöht, wobei Komfortsanierungen wie die Erneuerung von Badezimmern zugunsten thermischer Sanierungen gestrichen wurden. Insgesamt konnte dadurch innerhalb kurzer Zeit die Sanierungsrate erheblich gesteigert werden:

- 2022: 3.282 Projekte – 18,8 Millionen Euro ausbezahlte Förderung
- 2021: 2.600 Projekte – 10,5 Millionen Euro ausbezahlte Förderung
- 2020: 1.211 Projekte – 6,4 Millionen Euro ausbezahlte Förderung

Angesichts sehr hoher Baustandards und schon heute ansprechender Sanierungsraten ist die Zielerreichung machbar, sofern die nächsten 18 Jahre konsequent gehandelt wird. Verbesserungspotential sehen wir in Salzburg durch die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten im Sanierungsbereich. Die Zusammenlegung der Energie- und der Sanierungsförderung der Wohnbauförderung sowie die Abstimmung auf Bundesförderungen ist umzusetzen. Im Bereich der Eigenheimsanierung möchten wir das Fördersystem hin zu Sanierungskonzepten entwickeln sowie das Modell der Sanierungsbegleitung umsetzen. Die bestehende Sanierungsförderung in Form verlorener Zuschüsse soll um die Möglichkeit der Gewährung eines verzinslichen Förderungsdarlehens ergänzt werden. Insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen kann dies die Durchführung umfassender Sanierungen ermöglichen.

Zur Behebung des Engpasses bei Fachkräften braucht es eine regionale Strategie: Dazu gehören die Förderung von Aus- und Weiterbildungen für bestehende Hilfskräfte. Aber auch die Erleichterung qualifizierter Zuwanderung.

FPÖ: Auch bei Bestandsbauten ist es hinsichtlich Sanierungen möglich, auf Holz aus heimischer Erzeugung zurückzugreifen. Daher wird auf die Beantwortung zu Frage 5 verwiesen.

KPÖ plus: Bei der Sicherung von leistbarem Wohnraum in den Städten spielt die Erhaltung von Bestandsbauten eine wichtige Rolle, die vor dem Abriss und dem CO₂-intensiven Neubau durch Investoren geschützt werden müssen. Bei der Sanierung von Bestandsgebäuden sollten Mittel der Wohnbauförderung einfacher zugänglich gemacht werden, insbesondere bei gemeinnützigen Wohnanlagen. Das spart den BewohnerInnen Betriebs- und Energiekosten, senkt so den Wohnkostendruck und hilft, den Energieverbrauch zu reduzieren. Nachdem seit dem Amtsantritt von LH Haslauer über 1,2 Milliarden Euro aus der Wohnbauförderung zweckentfremdet wurden, sollte die Landesregierung im Sinne einer Wiedergutmachung nicht knausern. Die Förderungen sollten großzügig bemessen sein, zumal ein Verfehlen der Klimaschutzziele für Salzburg und die ganze Republik mit milliardenschweren Strafzahlungen verbunden wäre.



Frage 5.2: Welche Maßnahmen sieht ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode bei Neubauten vor, um den Klimaschutz weiter zu verbessern?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Die bereits sehr hohen Anforderungen in Bezug auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energieträger sollen auf Basis der kommenden EU-Richtlinien weiterentwickelt werden.	Keine Antwort	Unterstützt wird das Ziel des Erneuerbaren Wärmegesetzes, das bei Neubauten Gasheizungen verbietet. Zudem wird eine PV-Pflicht für alle Neubauten vorgeschlagen.	Verwiesen wird auf maßgebliche CO2-Reduktionen im Gebäudesektor in den letzten Jahren. Der Umstieg auf Solar-Technologien gewinne seit der Energiekrise an Akzeptanz. Zudem soll Salzburg durch Anreize Pionierland der Kreislaufwirtschaft im Bau werden.	Verwiesen wird auf die in Pkt. 5 angesprochene Ausweitung von Holz im geförderten Wohnbau.	Bei Neubauten sollten ambitioniertere Vorgaben hinsichtlich der Energieeffizienz und der Verkehrslösungen beschlossen werden. Der Fokus müsse auf verdichtetem Wohnen liegen. Luxusbauten müssten begrenzende Regeln bekommen.
Punkte	+++++-----		+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Hinweis auf geschaffene Standards, sowie die kommenden EU-Richtlinien sind korrekt. Im Neubau hat Salzburg bereits einen sehr hohen Standard erreicht.		Klimaschutz in Neubauten ist eher ein Nebenschau- platz, insofern ist die Antwort passend; relevanter wären Raumordnungs-Regelungen, um die Zersiedelung zu stoppen. Die rechtliche Solarverpflichtung ist gut, da kaum ein Objekt ohne Wohnbauförderung errichtet wird, besteht diese aber de facto bereits.	Hinweis auf geschaffene Standards, keine Verschärfung geplant. Im Neubau hat Salzburg bereits einen sehr hohen Standard erreicht.	Allein die Fokussierung auf die - begrüßenswerte - Mehrnutzung von Holz im Wohnbau ist zu wenig. Keine Aussagen zu brennenden Themen wie Abkehr von Fossilen etc	Fokus auf verdichtetes Wohnen und erforderliche Neugestaltung der Wohnbauförderung. Klimaschutz in Neubauten ist eher ein Nebenschau- platz, insofern ist die Antwort oK; relevanter wären Raumordnungs-Regelungen, um die Zersiedelung zu stoppen.



Antworten

ÖVP: Bei den Neubauten ist das Anforderungsniveau sowohl im Bereich der Energieeffizienz als auch bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger bereits sehr hoch. Hier gilt es die Anforderungen auf Basis der kommenden EU-Richtlinien weiterzuentwickeln.

SPÖ: keine Subantwort

Grüne: Wir unterstützen das Ziel des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes (EWG), wonach bereits ab sofort keine neuen Gasheizungen bei Neubauten mehr eingebaut werden dürfen. Darüber wollen wir eine PV-Pflicht auf allen Neubauten (Wohnbau und Gewerbe).

NEOS: In Ressortverantwortung von Landesrätin Andrea Klambauer konnte in den vergangenen 5 Jahren die CO₂- Reduktion im Gebäudesektor durch Maßnahmen der Wohnbauförderung erheblich gesteigert werden. Konkret wurden die hohen, thermischen Baustandards für den geförderten Neubau durch gezielte Förderanreize für klimafittes Bauen verstärkt. Damit der Anteil energieneutraler Bauten signifikant steigt, muss der Umstieg auf Solar-Technologien attraktiver gemacht werden. Seit den hohen Energiepreisen wurde deutlich, dass die Bereitschaft für den Umstieg auf nachhaltige Energieträger vorhanden ist. Im Bereich des Neubaus birgt die Kreislaufwirtschaft enorme Potentiale: Hier sind in Salzburg bereits mehrere renommierte Pilotprojekte entstanden. Das Land kann durch gezielte Investitionen in Forschung bewerkstelligen, dass Salzburg zum Kreislaufwirtschaftspionier wird. Aufgabe des Landes ist es, günstige Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

FPÖ: siehe Frage 5

KPÖ+: Bei Neubauten sollten ambitioniertere Vorgaben hinsichtlich der Energieeffizienz und der Verkehrslösungen beschlossen werden. Gerade bei Neubauten im Luxus-Segment braucht es Regeln – kein Luxus-Apartment und keine Anlagen-Immobilie braucht eine Tiefgarage mit Platz für fünf Porsches. Ein Fokus sollte auf verdichtetes Wohnen liegen: Keine Wohnform ist so energieeffizient und klimaschonend wie ein Mehrparteienhaus. Das ist bei der Neugestaltung der Wohnbauförderung und in der Raumordnungspolitik zu berücksichtigen.



Frage 5.3: Durch welche konkreten Maßnahmen (rechtliche Regelungen, Förderungen...) will Ihre Partei sicherstellen, dass die geplante Stilllegung von 26 000 Ölkesseln tatsächlich erfolgt?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Rechtliche Regelungen, attraktive Förderungen, Bewusstseinsbildung und Beratung würden das Ziel der Stilllegung von Ölkesseln erreichen, das Erneuerbare Wärme-gesetz dabei helfen.	Keine Antwort	Die Ziele des Erneuerbare Wärme-gesetz werden unterstützt. Anlagen, die mit Öl-, Flüssiggas oder Kohle geheizt werden sollen bis 2035, jene mit fossilem Gas geheizt bis spätestens 2040 stillgelegt werden. Die Energieberatung und das umwelt.service.salzburg sollen ausgebaut werden.	Der weitere Ausbau der Wohnbaudatenbank soll dabei helfen, Haushalte mit Ölkesseln zu identifizieren. Eine Möglichkeit wären Rauchfangkehrer:innen, die über Förderungen informieren und mit Zustimmung der jeweiligen Haushalte Daten zu Heizsystemen weitergeben.	Ein Bonus und die Förderung zum Umstieg werden befürwortet, nicht aber, gesetzliche Fristen für den Tausch von Heizungen, da erneuerbare Energien auch eine Frage des Preises und für viele schlicht nicht leistbar oder auch gar nicht machbar seien.	Der Ersatz der verbleibenden Ölheizungen sollte mit Förderungen attraktiver gestaltet werden. Um eine breite Zustimmung zu diesem Kraftakt zu bekommen, sei sicherzustellen, dass verbindlichere Austauschvorgaben sozial abgefedert werden.
Punkte			+++++---	++++-----	++++-----	++++-----
Bewertung S4F	Die Vorschläge basieren auf der bisherigen Strategie; es ist fraglich, ob das Ziel so erreicht werden kann. Hinweis auf rechtliche Regelungen sinnvoll.		Es gibt den Wunsch nach Kompetenzbündelung beim Bund. Ob mit dem EWG das Ziel betreffend Ölkessel des Masterplan Klima+Energie 2030 erreichbar ist, bleibt offen. Ansage des phase out Gas ist mutig. Offen bleibt, wie das erreicht werden soll und wie mit Bestandsbauten, die zB über kein hydraulisches System verfügen, umgegangen werden soll.	Ausbau der Wohnbaudatenbank, Information von Ölkesselbesitzern sind korrekt, aber business as usual, ergänzt um mehr Information wird die Zielerreichung nicht möglich machen.	Reduktion grundsätzlich befürwortet, aber ohne Zwang; keine konkret bewertbare Aussage zu Förderhöhen oä. Nur mit Förderungen wird es nicht funktionieren.	Hinweise auf Förderungen, rechtliche Umsetzung sind zu unkonkret. Allein mit Förderungen wird das Ziel nicht zu erreichen sein.



Antworten

ÖVP: Sowohl durch rechtliche Regelungen (Phase-out von Ölkesseln), durch attraktive Förderungen wie auch Bewusstseinsbildung und Beratung ist das Ziel des Ersatzes von 26.000 realistisch erreichbar. Das geplante Erneuerbare Wärmegesetz (EWG) auf Bundesebene wird hier einen wertvollen Beitrag liefern.

SPÖ: keine Subantwort

Grüne: Auch hier unterstützen wir die Ziele des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes (EWG) zur Erfüllung des Phase-Out-Plans. Die Bündelung der notwendigen Kompetenzen soll beim Bund liegen. Zentrale oder dezentrale Anlagen zur Wärmebereitstellung in bestehenden Bauten sollen, soweit sie für den Betrieb mit flüssigen fossilen Brennstoffen oder mit fossilem Flüssiggas geeignet sind oder mit festen fossilen Brennstoffen betrieben werden, bis zum Jahr 2035 stillgelegt werden. Soweit sie mit gasförmigen fossilen Brennstoffen betrieben werden, sollen diese Anlagen bis zum Jahr 2040 stillgelegt werden. Wir werden diesen Weg konsequent vorantreiben. Außerdem wollen wir die Energieberatung des Landes Salzburg weiter ausbauen und so die Salzburgerinnen und Salzburger kostenlos beim Umstieg unterstützen. Gleiches gilt für die betriebliche Beratung über das umwelt service salzburg.

NEOS: Der weitere Ausbau der Wohnbaudatenbank soll dabei helfen, Haushalte mit Ölkesseln zu identifizieren. Eine Möglichkeit wären Rauchfangkehrer:innen, die über Förderungen informieren und mit Zustimmung der jeweiligen Haushalte Daten zu Heizsystemen weitergeben.

FPÖ: Im Gebäudebereich liegen neben dem Verkehr die größten Einsparungspotenziale für CO₂. Die Reduktion fossiler Brennstoffe muss aus unserer Sicht aber sozial verträglich sein. Ölheizungen spielen in Österreich immer noch eine große Rolle bei den Heizsystemen und treffen vor allem die ältere Generation, die ein Leben lang ihr Eigenheim abbezahlt haben und jetzt in der Pension oft auch nicht die ausreichenden Mittel haben, umzurüsten. Einen Bonus und die Förderung zum Umstieg befürworten wir, nicht aber, dass diese Menschen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Erneuerbare Energien sind auch eine Frage des Preises und für viele schlicht nicht leistbar oder auch gar nicht machbar.

KPÖ+: Der Ersatz der verbleibenden Ölheizungen sollte mit Förderungen attraktiver gestaltet werden. Um eine breite Zustimmung zu diesem Kraftakt zu bekommen, ist sicherzustellen, dass verbindlichere Austauschvorgaben sozial abgedeckt werden.



Frage 6: Welche Veränderungen den Klimaschutz betreffend sieht ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode beim Land vor?

6.1. Welche Umsetzungsmaßnahmen braucht es im Bereich des Amtes der Landesregierung (zB „klimaneutrale Landesverwaltung, Einführen eines strikten Treibhausgasbudgets für jeden Ressortbereich...)? Wie will Ihre Partei das gegebenenfalls umsetzen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Es wird eine lange Liste von vorgesehenen bzw. bereits auf Schiene und in Umsetzung befindlichen Klimaschutzmaßnahmen bei Beteiligungsunternehmen des Landes vorgelegt. Darunter PV- und Geothermie-Anlagen, die Umstellung von Fuhrparks oder die Anlage von Magerwiesen und Bienenorte beim Flughafen.	Der Neubau des Landesdienstleistungszentrums wird als Vorbild genannt. Auch, weil dadurch das Anmieten von zum Teil älteren Liegenschaften mit schlechterer Energiebilanz nicht mehr nötig ist.	Genauso wie es längst selbstverständlich ist, die finanziellen Folgen von Gesetzen verpflichtend darzustellen, soll in Zukunft ein Klimacheck alle Maßnahmen, die das Land setzt, auf ihre Klimatauglichkeit prüfen. Vorgeschlagen wird ein Salzburger Klima- und Energiegesetz. Betont wird auch die Beschaffung von nachhaltigen und fair gehandelten Gütern.	Hauptziel, dass auf öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden und des Landes PV-Anlagen angebracht werden. Beim Errichten von neuen Gebäuden der öffentlichen Hand sei es wichtig, dass diese modern und klimaneutral errichtet werden. Transparente Treibhausgas-Budgets der Ressorts werden stark befürwortet.	Das neue Landesdienstleistungszentrum sowie das neue Bezirksgericht Seekirchen werden als vorbildhafte Beispiele genannt, Treibhausgas-Budgets für die Ressorts werden strikt abgelehnt.	Als Beispiele werden Anreizmodellen zur klimaschonenden Verkehrsmittelwahl beim Arbeitsweg (zum Beispiel Arbeitszeit-Gutschriften für Bedienstete, die mit dem Rad oder mit Öffis fahren) sowie vorbildhafte Sanierungen landeseigener Gebäude genannt.
Punkte	+++++-----	++++-----	+++++++--	++++-----	++++-----	++++-----
Bewertung S4F	Es gibt ausschließlich Aussagen zu durchgeführten und geplanten Maßnahmen in Landesbeteiligungen, keine Zukunftsaussagen. Auch wenn die Einsparmöglichkeiten im eigenen Bereich des Landes nicht überbordend sind, wäre die Vorbildwirkung trotzdem sehr wichtig.	Mehr Vernetzung und die personelle Anpassung sind positiv, aber keine programmatische Aussage Richtung forcierten Klimaschutz/Energiewende.	Ein Klimabericht macht noch keine Reduktion. Doch, würden die Ansagen umgesetzt, wären die Vorschläge ein großer Schritt, insbesondere die rechtliche Verankerung der im Masterplan vorgesehenen sektoralen Minderungsziele.	Transparenz bei den THG-Budgets der Ressorts sinnvoll, aber keine verbindlichen THG-Budgets, keine weiteren Ideen für den eigenen Bereich (Fuhrpark, Beschaffung, klimaneutrale Verwaltung...)	Genannt wird Nutzung von Dachflächen für PV; keine expliziten THG-Budgets für Ressorts, offenbar kein prioritäres Thema. Auch wenn die Einsparmöglichkeiten im eigenen Bereich des Landes nicht überbordend sind, wäre die Vorbildwirkung trotzdem extrem wichtig.	Hinweise auf Leuchtturmprojekte ok, offenbar aber keine klare Vorstellung, möglicherweise auch, weil die KPÖ mit den Strukturen im Land nicht vertraut ist, Abwertung weil die Vorbildfunktion wichtig ist.



Antworten

ÖVP: Die vorgesehenen bzw. bereits auf Schiene und in Umsetzung befindlichen Klimaschutzmaßnahmen bei den Beteiligungsunternehmen des Landes sind auszugsweise: Gemeinnützige Salzburger Landeskliniken Betriebsgesellschaft mbH: • Errichtung von Photovoltaik-Anlagen in einer gesamten Größenordnung von ca. 1MW Peakleistung. Fast 2/3 davon sollen alleine im kommenden Jahr am Parkhaus des Landeskrankenhauses errichtet werden. • Errichtung einer Geothermieanlage, die Wärme und Kälte aus aktivierten Bohrpfählen für den derzeit in Planung befindlichen Neubau der inneren Medizin 3 zur Verfügung stellen wird (Inbetriebnahme 2027). • Ertüchtigung der Wärmeübergabestationen der Fernwärme in den Gebäuden der SALK. • Errichtung einer Wärmerückgewinnungsanlage im Bereich der Zentralküche. Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H.: • Mit Beginn 2023 werden in den nächsten 10 Jahren gswb Wohnobjekte mit jährlich insgesamt rund 1400 Wohnungen thermisch saniert • und PV-Anlagen, wo immer es technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, nachgerüstet. Salzburger Flughafen GmbH: Bis zum Jahr 2040 wird eine Klimaneutralität angestrebt. Beispiele für das Erreichen dieses Zieles: Regenerative Energieversorgung: • PV-Anlagen mit Ertrag von ca. 290.000 kWh/a bereits in Betrieb • Errichtung einer PV-Anlage am Parkhaus im Jahr 2023 mit einem Ertrag von ca. 1.000.000 kWh/a • weiterer Ausbau auf PV-Potenzialflächen Fuhrpark: • Mit Stand Februar 2023 werden 39% des gesamten Fuhrparks elektrisch betrieben (inkl. Cargo-Highloader, 2 Passagierbusse, 2 E-Ground Power Units) • Umstellung von herkömmlich betriebenen Fahrzeugen auf CO₂-neutrale Antriebe bis zum Jahr 2040 Mobilitäts- und Verkehrsmaßnahmen • Bereitstellung von E-Ladestationen auf der Landseite (20 Ladeplätze bis 4,5 kW, 5 Ladeplätze bis 11 kW, 1 Ladeplatz bis zu 22 kW und 2 Schnellladeanlagen bis 150 kW) bereits umgesetzt • 50 E-Ladeplätze für Abfertigungsgeräte auf der Luftseite • Sukzessiver Ausbau der Ladeinfrastruktur nach Bedarf Beleuchtung • Umstellungsgrad auf LED aktuell bei 45% • Sukzessive Umstellungen werden laufend vorgenommen. Weiters fördert der Flughafen die Biodiversität mit z.B. Magergraswiesen, einem Eidechsen-Habitat einen Standort für Bienenvölker. Messezentrum Salzburg GmbH: Bestehend: • 100% Öko-Strom Bezug • Wärmebedarf wird über Fernwärme gedeckt • Betreiber auf den Dächern der Hallen 2/6, 7, 8, 9 mit einer Gesamtfläche von 3.000qm (ca. 300kWp) • Kombi-Ticket für ÖPNV bei Publikumsveranstaltungen • Strikte Mülltrennung im Bürobetrieb • Bereitstellung von E-Bikes • Beteiligung an Kosten für Klimaticket • Unterstützung von Home-Office (1 Tag pro Woche) 2023 geplant • LED-Umbau: Umstellung der letzten Hallen 2/6 und 3/5 • PV: Errichtung einer eigenen Anlage mit einer Leistungen von ca. 550kWp • Zusätzliche Errichtung von E-Auto-Schnellladestationen (4 Ladepunkte) 2024 geplant • Schrittweiser Ausbau der PV-Kapazitäten (z.B. Halle-10 mit 15.000 qm)

SPÖ: Das Land Salzburg hat auch im wichtigen Bereich Klimaschutz als Vorbild zu agieren. Mit dem Neubau des Landesdienstleistungszentrums am Hauptbahnhof in Salzburg macht das Land dahingehend einen wichtigen Schritt. Auch, weil dadurch das Anmieten von zum Teil älteren Liegenschaften mit schlechterer Energiebilanz nicht mehr nötig ist.

Grüne: Das Land Salzburg nimmt eine wichtige Vorbildfunktion ein – hier muss es gelingen, klimafreundliches Handeln sichtbar zu machen. Genauso wie es längst selbstverständlich ist, die finanziellen Folgen von Gesetzen verpflichtend darzustellen, soll in Zukunft ein Klimacheck alle Maßnahmen, die das Land setzt, auf ihre Klimatauglichkeit geprüft werden. Ein jährlicher Klimabericht wird verpflichtend eingeführt. Wir setzen uns für eine klimaneutrale Verwaltung ein. Die Beschaffung von nachhaltigen und fair gehandelten Gütern wird - in Orientierung zum österreichischen Aktionsplan zur nachhaltigen Beschaffung - zum Standard. Zudem setzen wir GRÜNE uns für ein Salzburger Klima- und Energiegesetz ein, in dem unter anderem die Reduktion der Treibhausgasemissionen, die Erhöhung des Anteils von Erneuerbarer Energie und die nachhaltige Beschaffung verbindlich verankert sind.

NEOS: Beim Land ist es unser Hauptziel, dass auf öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden und des Landes PV-Anlagen angebracht werden. Beim Errichten von neuen Gebäuden der öffentlichen Hand ist es wichtig, dass diese modern und klimaneutral errichtet werden. Ad 6.1. Es sollte strenger kontrolliert werden, welche Ressorts es nicht schaffen, die Klimaziele einzuhalten. Wir sind dafür, dass transparent aufgezeigt wird, welche Ressorts die Klimaziele erreichen und einhalten, um auch den Salzburger:innen aufzuzeigen, wer sich wirklich für das Klima einsetzt in der Regierung.

FPÖ: Mit der Errichtung des LDZ beim Salzburger Hauptbahnhof und der BH-Salzburg Land in Seekirchen wird ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gesetzt. Auch die Nutzung von Dachflächen landeseigener Gebäude für PV-Anlagen schreitet stetig voran. Treibhausbudgets für Ressortbereiche wird es mit uns allerdings nicht geben.

KPÖ: Das Land Salzburg als großer Dienstgeber hat mehrere Hebel, um Leuchtturmprojekte voranzutreiben. Das beginnt mit Anreizmodellen zur klimaschonenden Verkehrsmittelwahl beim Weg zur und von der Arbeit (zum Beispiel Arbeitszeit-Gutschriften für Bedienstete, die mit dem Rad oder mit Öffis fahren) und reicht bis zum Umgang mit landeseigenen Immobilien (Sanierung vs. Abriss und emissionsintensiver Neubau). Hier braucht es ein Bündel an Maßnahmen, die teils über die gesamte Verwaltung, teils an die Ressort- und Verwaltungsbereiche angepasst sind.



Frage 6.2: Würde Ihre Partei die Personalkapazität des Landes Salzburg – in den Bereichen Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Energie und Biodiversität – erhöhen? Falls ja, um wie viel?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Essenz	Wenn es neue Aufgaben notwendig machen, werden personelle Aufstockungen befürwortet. Eine konkrete Zahl zu nennen sei allerdings angesichts des breit gefächerten Spektrums seriöser Weise nicht möglich.	Personelle Anpassungen für den Klimaschutz seien nötig, um die gesteckten Ziele zu erreichen, der konkrete Bedarf müsse erhoben werden, der Austausch und die Vernetzung von Wissen sollen gestärkt werden.	Die Klimakoordination sei durch die letzte Strukturreform zwar in den Rang eines Referates erhoben worden, Für die Vielzahl der Aufgaben sei der Personalstand im Bereich Klima/Energie aber jedenfalls deutlich zu niedrig.	Die Erhöhung des Personalstandes könnte zwar entlasten, sei aber in Zeiten des Personalmangels ohnedies schwierig. Als zielführender wird eine bessere Qualifizierung angesehen.	Die klare Antwort lautet Nein	Der Erhalt der ökologischen und klimatischen Bedingungen unseres Lebens sind entscheidend. Deshalb sollten die Personalkapazität unverzüglich und kontinuierlich dem Bedarf angepasst werden; eine Obergrenze festzulegen sei aus gegenwärtiger Sicht nicht zielführend.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Die Ansage, dass der Personalstand im Bereich Klima/Energie bei neuen Aufgaben anzupassen sei, ist positiv zu werten, derzeit wird wohl keine Personalknappheit gesehen. Es fehlen aber konkrete Vorschläge für das Ausmaß der Aufstockung.	Mehr Vernetzung und die personelle Anpassung sind positiv. Es fehlen aber konkrete Vorschläge für das Ausmaß der Aufstockung.	Die Ansage, dass der Personalstand im Bereich Klima/Energie zu niedrig sei, ist positiv zu werten. Es fehlen aber konkrete Vorschläge für das Ausmaß der Aufstockung.	Auch wenn die Einsparmöglichkeiten im eigenen Bereich des Landes nicht überbordend sind, wäre die Vorbildwirkung trotzdem wichtig. Eine Personalstandserhöhung wird nicht befürwortet.	Schon jetzt ist deutlich zu wenig Personalkapazität gegeben, um die Aufgaben in guter Qualität meistern zu können; ist als Absage an forcierte Klima- und Energiepolitik zu werden.	Ja zur Erhöhung des Personalstandes ist positiv, aber keine Quantifizierung.



Antworten

ÖVP: Wenn es neue Aufgaben notwendig machen, bekennen wir uns auch zu entsprechenden Anpassungen des Personalbedarfs in allen Bereichen. Eine konkrete Zahl hier zu nennen ist allerdings angesichts des breit gefächerten Spektrums seriöser Weise nicht möglich.

SPÖ: Wenn das Land die eigenen Ziele (Masterplan Klima + Energie 2030 / 2050) ernst nimmt, wovon wir ausgehen, werden in einigen Bereichen auch personelle Anpassungen nötig sein. Der konkrete Bedarf müsste erhoben werden. Die Vernetzung von Wissen wird im Klimaschutz immer wichtiger. Daher befürworten wir diesen Austausch auch. In welcher Form dieser Austausch, diese Vernetzung stattfinden soll, ist für uns offen.

Grüne: Mit der letzten Strukturreform wurde die Klimakoordination in den Rang eines Referates erhoben; für die Vielzahl der Aufgaben ist der Personalstand im Bereich Klima/Energie aber jedenfalls deutlich zu niedrig.

NEOS: Ja, das Personal zu erhöhen, klingt natürlich immer schön, um zu entlasten und ist auch nicht abzulehnen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass es vor allem in Zeiten des Fachkräftemangels schwierig ist, neues geeignetes Personal zu finden. Deshalb ist es uns wichtig, an der Wurzel des Problems anzupacken und die Ausbildungen in diesem Bereich attraktiver zu gestalten, um somit in Zukunft eine geeignete langfristige Lösung zu fördern.

FPÖ: Nein

KPÖ+: Ja, die besten Konzepte sind nur so viel wert wie ihre Umsetzung. Der Erhalt der ökologischen und klimatischen Bedingungen unseres Lebens sind entscheidend. Deshalb sollten die Personalkapazität unverzüglich und kontinuierlich dem Bedarf angepasst werden; eine Obergrenze festzulegen ist aus gegenwärtiger Sicht nicht zielführend.



Frage 6.3: Befürwortet ihre Partei einen Klimarat oder ein vergleichbares Forum, welches einen Austausch von Wissenschaftler*innen, der Zivilgesellschaft und Vertreter*innen des Landes erleichtert und in zentrale legislative Vorhaben konsultativ eingebunden wird? Welchen Stellenwert würde Ihre Partei dessen Empfehlungen einräumen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Verwiesen wird auf diverse Bürger*innenräte sowie die Jugendlandtage, die auch fortgeführt werden sollen. Ein Klimarat wird nicht angesprochen.	Keine Antwort	Ein Klimarat analog dem bundesweiten Projekt wird befürwortet. Expert*innen und Initiativen wie „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“ sollen künftig stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Es soll mehr Beteiligungsprojekte geben, bei denen sich die Salzburger*innen aktiv mit ihren Ideen und Projekten zum Klimaschutz einbringen können.	Ein Klimarat wird befürwortet, weil Maßnahmen und politische Vorhaben zum Klimaschutz auf gesellschaftliche Akzeptanz und Vertrauen treffen, wenn Expert:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft etc. zusammentreten und aktiv und transparent in den politischen Prozess miteingebunden werden.	Die klare Antwort lautet Nein	Ein Klimarat wird ausdrücklich empfohlen, um eine gesellschaftliche Spaltung zu verhindern, die nicht entlang der realen ökologischen vs. fossil-kapitalistischen Interessensgegensätze verläuft, sondern mitten durch die Gesellschaft.
Punkte	+++++-----		+++++++---	+++++-----	+++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Bei der Erarbeitung des Masterplanes Klima+Energie 2023 gab es regional mehrere Bürger*innenräte und einen Jugendrat. Es ist klar, wie Bürger*innenräte tatsächlich gesehen werden und was mit den Ergebnissen geschehen soll.		Bekanntnis zur Bürger*innenbeteiligung analog dem Klimarat auf Bundesebene sowie Hinweis auf Einbindung der Klimabewegung ist positiv.	Bekanntnis zu Bürger*inneneinbindung ist positiv, keine Details zu Umfang. Hinweis: Bei der Erarbeitung des Masterplanes Klima+Energie 2023 gab es regional mehrere Bürger*innenräte und einen Jugendrat.	Klare Ablehnung zur Bürger*inneneinbindung bei Klima/Energie/Nachhaltigkeitsfragen sehen wir negativ.	Klimarat wird sehr befürwortet. Keine Aussage über Zusammensetzung, Umsetzung und Art der Einbindung.



Antworten

ÖVP: Einen eigenen Klimarat gibt es in Salzburg in dieser Form zwar nicht, dennoch wird diesem Themenkomplex natürlich in vielerlei Hinsicht Rechnung getragen und in die Entscheidungsfindung an den entsprechenden Stellen einbezogen. Diese Kultur des "Gehörtwerdens" manifestiert sich ua. in den diversen BürgerInnenräten, von denen es auch in der kommenden Legislaturperiode im Land Salzburg mehrere geben wird, oder den sehr erfolgreich und mit durchwegs positiver Resonanz veranstalteten Jugendlandtagen. Es wird laufend das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft und Zivilgesellschaft gesucht und der konstruktive Austausch im Rahmen von runden Tischen, Informationsveranstaltungen etc. gepflegt.

SPÖ: keine Subantwort

Grüne: Wie auf Bundesebene, wo wir diese Forderung des Klimavolksbegehrens nach Einsetzung eines Klimarats durchsetzen konnten, wollen wir das auch in Salzburg tun. Expert*innen und Initiativen wie „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“ wollen wir künftig stärker in politische Entscheidungen einbeziehen. 2019 startete das Land einen Bürger*innenbeteiligungsprozess zum Klimaschutz. Wir wollen in Zukunft mehr Beteiligungsprojekte starten, bei denen sich die Salzburger*innen aktiv mit ihren Ideen und Projekten zum Klimaschutz einbringen können. Der österreichweite Klimarat hat in seinem Endbericht mehr als 90 Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele vorgeschlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vorschläge weiter-verfolgt und umgesetzt werden

NEOS: Ja, wir NEOS sind davon überzeugt, dass Maßnahmen und politische Vorhaben zum Klimaschutz auf gesellschaftliche Akzeptanz und Vertrauen treffen, wenn Expert:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft etc. zusammentreten und aktiv und transparent in den politischen Prozess miteingebunden werden.

FPÖ: Nein

KPÖ+: Ja, dieser Empfehlung ist von hoher Priorität. Ein solches Forum ist entscheidend, um die Zustimmung zum Erhalt unseres Klimas und unserer Umwelt zu gewinnen, die für die erforderlichen Maßnahmen notwendig ist. Das größte Risiko ist eine gesellschaftliche Spaltung, die nicht entlang der realen ökologischen vs. fossil-kapitalistischen Interessensgegensätze verläuft, sondern mitten durch die Gesellschaft. Ein solches Forum ist umso wichtiger, als den politischen Eliten in Österreich eine Tradition der demokratischen Einbindung von BürgerInnen eher fehlt.



Frage 7: Laut Salzburger Beteiligungsbericht 2022 ist das Land Salzburg an 72 Unternehmungen beteiligt. Braucht es Ihrer Ansicht nach Vorgaben, um den Klimaschutz als Querschnittsthema in diesen Unternehmungen zu stärken? Wenn ja, welche?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Nachhaltigkeit werde bereits in nahezu allen Bereichen der Landesverwaltung nicht nur thematisiert, sondern laufend implementiert.	Der Klima-, Umwelt- und Naturschutz müsse künftig mehr Aufmerksamkeit erfahren. Dafür sollte jedes Unternehmen zuerst selbst untersuchen, welche Potenziale gehoben werden können.	Notwendig erachtet werden verbindliche Klimaschutzprogramme zur Erreichung der Klimaziele für alle Unternehmen, an denen das Land Salzburg beteiligt ist.	Das Land Salzburg habe kaum, bis hin zu keinerlei Einfluss auf die Geschäftsführung. Es wäre zu befürworten, dass Unternehmen in der Landesbeteiligung im Bereich des Klimaschutzes unterstützt werden. Verpflichtungen werden abgelehnt.	Keine Antwort	Für alle Unternehmen, in denen öffentliche Mittel in Form von Beteiligungen eingespeist sind, seien verbindliche Klimashutzvorgaben zu machen. Die Klimaziele müssen jeweils maßgeschneidert sein.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++++---	+++++-----	+++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Antwort zu Frage 6 enthält eine Auflistung bereits erfolgter oder geplanter Aktivitäten; die Frage nach Vorgaben wird nicht beantwortet. Es gibt keine Vorgaben zB in Form verpflichtender Klimastrategien. Das Prinzip lautet: Einfach weiter so wie bisher. Einer Diskussion zB über den Flughafen wird (generell) ausgewichen.	Unternehmen sollen Potenziale selbst untersuchen. Es werden keine Vorgaben Richtung Klima/Energiekonzepte bei Beteiligungen gefordert. Ohne Druck seitens des Miteigentümers sind forcierte Klima-/Energiekonzepte nicht zu erwarten. Einer Diskussion zB über den Flughafen wird (generell) ausgewichen.	Die Forderung nach Klimaschutzprogrammen aller Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, wird positiv bewertet. Offen bleibt, wie das umgesetzt werden soll (zB bei Minderheitsbeteiligungen).	Land habe wenig Einfluss auf Geschäftsführung. Unterstützung ja, aber keine Vorgaben; offensichtlich keine Änderung geplant.	Keine Antwort	Allgemeine Aussage, geht aber in die richtige Richtung. Offen ist, wie das umgesetzt werden soll (zB bei Minderheitsbeteiligungen).



Antworten

ÖVP: Siehe hierzu Beantwortung Frage 6, welche die bereits umfangreichen Bemühungen hinsichtlich Klimaschutz im Bereich Beteiligungen des Landes unterstreicht und darlegt, dass dem Grundsatz der Nachhaltigkeit in nahezu allen Bereichen der Landesverwaltung nicht nur thematisiert, sondern laufend implementiert wird.

SPÖ: Der Klima-, Umwelt- und Naturschutz wird künftig mehr Aufmerksamkeit erfahren müssen – in der Politik, der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Auch die Unternehmungen mit Landesbeteiligungen sind davon nicht ausgenommen. Dafür sollte jedes Unternehmen zuerst selbst untersuchen, welche Potenziale gehoben werden können.

Grüne: Wir fordern verbindliche Klimaschutzprogramme zur Erreichung der Klimaziele für alle Unternehmen, an denen das Land Salzburg beteiligt ist.

NEOS: JA aber. Das Land Salzburg hat kaum, bis hin zu keinerlei Einfluss auf die Geschäftsführung. Es wäre zu befürworten, dass Unternehmen in der Landesbeteiligung im Bereich des Klimaschutzes unterstützt werden, wobei Vorgaben erstens schwierig einzuführen sind und unserer Ansicht nach der falsche Weg sind, um Unternehmen an den Klimaschutz heranzuführen.

FPÖ: Keine Antwort

KPÖ+: Ja, für alle Unternehmen, in denen öffentliche Mittel in Form von Beteiligungen eingespeist sind, brauchen wir verbindliche Klimaschutzvorgaben. Nachdem die Bandbreite von Zoo bis zum DomQuartier reicht, müssen die betrieblichen Klimaziele maßgeschneidert sein. Allen gemein ist, dass die Landesregierung als Eigentümerin eine Vorreiterrolle spielen muss.



Frage 7.1: Der Rechnungshof hat 2018 etwa empfohlen, den Gesellschaftsvertrag der Salzburger Parkgaragen GmbH zu ändern, damit die Gewinne an Stadt und Land Salzburg ausgeschüttet werden können. Unterstützt Ihre Partei diese Satzungsänderung? Würde Ihre Partei die Mittel für Verbesserungen im Bereich Klimaschutz nutzen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Diese Empfehlung werde zum jetzigen Zeitpunkt einer rechtlichen Prüfung unterzogen.	Der Unternehmensgegenstand soll auf die Förderung / finanzielle Unterstützung von Maßnahmen des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Land Salzburg ausgedehnt werden.	Der Gesellschaftszweck soll schnellstmöglich geändert und so die Gewinne der Parkgaragen-Gesellschaft für Verkehrsberuhigung und Öffis verwendet werden. Die freigewordenen Garagen-Millionen können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.	Gewinnausschüttungen an das Land von beteiligten Unternehmen werden unterstützt. Es sei wichtig, dass die Gelder dann vom Land transparent verwendet werden, dort darf dann auch der Klimaschutz nicht zu kurz kommen.	Die an die Gesellschafter auszuschüttenden Mittel sollen für den Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel genutzt werden, womit diesem Anliegen am besten gedient wäre.	Eine solche Satzungsänderung durch Stadt und Land und den Mitteleinsatz im Verkehrs-, Energie- und Wohn-, sowie Klimaschutzbereich werden befürwortet
Punkte	++++-----	+++++++---	+++++++---	++++-----	+++++++---	+++++++---
Bewertung S4F	Es gibt keine klare Aussage, nur einen Verweis auf die rechtliche Prüfung. Offenbar wird kein Bedarf für die Umsetzung gesehen.	Die Gewinne sollen für den ÖV genutzt werden. Es gibt keinen expliziten Klimafokus, gleichwohl ist der Ansatz positiv.	Ja zur Änderung des Gesellschaftszweckes ist positiv und wichtiges Signal.	Gewinnausschüttung ja, aber keine explizite Zweckbindung, offensichtlich nicht prioritär.	Bindung der Gewinne an ÖV ist positiv, kein expliziter Klimafokus.	Ja zur Änderung des Gesellschaftszweckes ist positives Signal.



Antworten

ÖVP: Diese Empfehlung wird zum jetzigen Zeitpunkt einer rechtlichen Prüfung unterzogen.

SPÖ: Die SPÖ fordert im Landtag bereits eine Änderung der Satzung der Parkgaragengesellschaft. Wir wollen, dass eine Änderung dahingehend erfolgt, dass der Unternehmensgegenstand auf die Förderung / finanzielle Unterstützung von Maßnahmen des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Land Salzburg ausgedehnt wird bzw. dass die Salzburger Parkgaragen Gesellschaft m.b.H. Gewinne an ihre Gesellschafterinnen ausschüttet, damit das Land Salzburg diese Mittel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der aktiven Mobilität zweckwidmen und einsetzen kann.

Grüne: Ja, diese Forderung unterstützen wir unbedingt. Wir haben diese auch schon mehrfach in Stadt und Land eingebracht. Zuletzt zeigte sich auch der Landesfinanzreferent als zuständiger Gesellschaftervertreter demgegenüber aufgeschlossen. Wir wollen den Gesellschaftszweck schnellstmöglich ändern und so die Gewinne der Parkgaragengesellschaft für Verkehrsberuhigung und Öffis verwenden. Die freigewordenen Garagen-Millionen können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

NEOS: Unsere Partei unterstützt die Gewinnausschüttungen an das Land von beteiligten Unternehmen, um dieses Geld bestmöglich zu verwänden. Es ist uns wichtig, dass die Gelder dann vom Land transparent verwendet werden, dort darf dann auch der Klimaschutz nicht zu kurz kommen.

FPÖ: Die an die Gesellschafter auszuschüttenden Mittel sollen unserer Ansicht nach für den Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel genutzt werden, womit diesem Anliegen am besten gedient wäre.

KPÖ+: Ja, diese Empfehlung hat KPÖ PLUS-Gemeinderat Kay-Michael Dankl im Zuge der Debatte um die Erweiterung der Mönchsberggarage wiederholt aufgegriffen. Eine solche Satzungsänderung durch Stadt und Land und den Mitteleinsatz im Verkehrs-, Energie- und Wohn-, sowie Klimaschutzbereich befürworten wir.



Frage 7.2: Derzeit wird Fernwärme in der Stadt Salzburg durch die Salzburg AG überwiegend aus fossilen Brennstoffen bereitgestellt. Wie schnell und durch welche Maßnahmen soll hier eine Dekarbonisierung erfolgen? Welchen Beitrag kann/soll die Landespolitik hier leisten?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Verwiesen wird auf die Wärmestrategie der Salzburg AG und den Masterplan 2030, der u.a. 50 % Fernwärme im Raum Hallein-Salzburg ausweist. Notwendig sei die Nutzung von Abwärme, die Kooperation mit dem Straßenbau, die regulatorische Vereinfachung und die Generalsanierung von Gebäuden mit Einzelheizanlagen.	Keine Antwort	Gefordert wird von der Salzburg AG eine solide und zukunftsfitte Planung in der Wärmeversorgung. Darüber hinaus müssen Gemeinden und kommunale Initiativen beim Aufbau von Nahwärmelösungen unterstützt werden. Verwiesen wird auch hier auf den Masterplan 2030 und dessen Ziele.	Das Ziel müsse sein, in naher Zukunft größtenteils auf erneuerbare Energien zu setzen. Dafür seien auch in der nächsten Legislaturperiode wieder Maßnahmen zu treffen, um es für Unternehmen machbar zu gestalten, auf fossile Brennstoffe zu verzichten.	Projekte, wie jene der Firma Leube Gruppe, wo Abwärme des großen Leube-Ofens in das Fernwärmenetz der Umlandgemeinden eingespeist wird und CO ₂ -neutrale Wärme weitergegeben wird, sollen von Seiten der Landespolitik unterstützt werden.	Die Landesregierung als größte Eigentümerin der Salzburg AG sei in einer Schlüsselposition, um die Dekarbonisierung im öffentlichen Interesse voranzutreiben, auch wenn sie für die Aktiengesellschaft Salzburg AG nicht profitabel sein sollte.
Punkte	+++++++---		+++++++---	+++++-----	+++++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Die Umstellung von derzeit ca. 75% Anteil an fossiler Aufbringung im FW-System der Stadt wird in einem umfassenden Prozess erfolgen müssen. Stichwort Versorgungssicherheit. Die Salzburg AG setzt derzeit erste Schritte, die positiv sind.		Das Bekenntnis ist grundsätzlich positiv, es fehlt aber die Antwort auf die Frage der konkreten Politikaktion sowie des Zeitplanes. In der "SALZBURG 2050 Partnerschaft" des Landes mit der Salzburg AG gibt wird ein Stufenplan einer Dekarbonisierung des Fernwärmesystems angesprochen.	Landesregierung soll „wieder Maßnahmen treffen, um es für Unternehmen machbar zu gestalten, auf fossile Brennstoffe zu verzichten“, ist Rückschritt gegenüber den bisherigen Vereinbarungen in der "SALZBURG 2050 Partnerschaft" zwischen Land und Salzburg AG	Keine aktive Politik in Richtung Dekarbonisierung des FW-Systems erkennbar. Es existiert eine "SALZBURG 2050 Partnerschaft" des Landes mit der Salzburg AG, wo der Stufenplan einer Dekarbonisierung des Fernwärmesystems angesprochen ist.	Das Bekenntnis zur Dekarbonisierung der Fernwärme im Zentralraum ist grundsätzlich positiv, es fehlt aber die Antwort auf die Frage der konkreten Politikaktion sowie des Zeitplanes.



Antworten

ÖVP: Der Anteil der CO₂ neutralen Aufbringung konnte seit 2005 nahezu verdoppelt und auf 28% der Gesamtaufbringung gesteigert werden. Mit der Klima- und Energiestrategie SALZBURG 2050 setzt sich Salzburg wie bereits in den obigen Antworten dargelegt, das sehr ambitionierte Ziel, bis 2050 energieautonom und nachhaltig zu sein. Die Raumwärme und das Warmwasser sollen bereits 2040 gänzlich aus Erneuerbaren und Fernwärme bereitgestellt werden. Im Masterplan 2030 ist überdies vorgesehen, mindestens 50% der Fernwärme im Zentralraum Hallein – Salzburg aus erneuerbaren Energieträgern zu erzeugen. Die Umsetzung der Wärmestrategie der Salzburg AG mit der damit verbundenen Dekarbonisierungs-Zielsetzungserreichung wird zu einer wesentlich differenzierteren Wärmearaufbringung als heute führen. Der eingeschlagene und fix geplante Dekarbonisierungspfad der Salzburg AG: + 28% Siesenheim I (Biomasse) und industrielle Abwärme (Stand 2022) + 12% Siesenheim II (Biomasse, seit 02/2022 in Bau, Lieferung ab Q4/2023) = 40% dekarbonisiert bis 2024 + 20-25% Abwärmeauskoppelung BM-HKW Kaindl (beschlossen, Lieferung ab 2026/27) = 60-65% dekarbonisiert bis 2027. Darüber hinaus werden zur Erreichung der vollständigen CO₂ neutralen Fernwärme-Aufbringung bis 2040 zusätzliche Aufbringungsschwerpunkte verfolgt. Beispielsweise: Nutzung industrieller Abwärme, Reststoffverbrennung, Biomasse Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Saisonaler Wärmespeicher, Abwärme aus Geothermie, Großwärmepumpen. Die Salzburger Landespolitik leistet hierbei ihren Beitrag: • Verankerung des Fernwärme-Vorrangs in Förderrichtlinien sowie in weiterer Folge im Baurecht und Unterstützung des Anschlusses an die Fernwärme durch attraktive Förderungen für Fernwärmeanschluss und Heizungsumstellung • Regulatorische Erleichterung und Unterstützung bei der Erlangung von Dienstbarkeiten für den Fernwärme-Ausbau • Ausreichende Förderdotierung für den Fernwärme-Ausbau. Um die Fernwärmeverdichtung und den -ausbau weiter voranzutreiben sollten die für die Straßenerhaltung zuständigen Abteilungen von Land und Stadt Salzburg eingebunden und gemeinsam Regelungen festgelegt werden, um angemessene Forderungen und Kosten für die Oberflächeninstandsetzung bei Fernwärmeanschlüssen und -ausbauprojekten zu definieren. Ein Hindernis für den Ausbau und die Verdichtung des Fernwärmenetzes sind jene Gebäude, in denen keine Zentralheizungen vorhanden sind, sondern Etagen- und Wohnungsheizungen (z.B. Öl, Gas). Solche Objekte können in der Regel nur durch eine Generalsanierung an die Fernwärme angeschlossen werden. Aus diesem Grund sollten durch das Land bzw. die Stadt Salzburg besondere Anreize für Bauträger und Eigentümergemeinschaften geschaffen werden, um solche Generalsanierungen anzustoßen.

SPÖ: keine Subantwort

Grüne: Der Ausbau von einer effizienten und ökologischen Nahwärmeversorgung in unseren Gemeinden und Städten ist ein Gebot der Stunde. Als Energieträger können zum Beispiel heimische Biomasse, Abwärme, Geo- und Solarthermie dienen. In der Landesregierung haben wir bereits eine zusätzliche Anschlussleistung sowie die Dekarbonisierung der Fernwärme im Masterplan Klima + Energie 2030 beschlossen. Wir fordern von der Salzburg AG eine solide und zukunftsfitte Planung in der Wärmeversorgung. Darüber hinaus müssen Gemeinden und kommunale Initiativen beim Aufbau von Nahwärmelösungen unterstützt werden.

NEOS: Das Ziel ist es, in naher Zukunft größtenteils auf erneuerbare Energien zu setzen. Dafür muss die Landesregierung auch in der nächsten Legislaturperiode wieder Maßnahmen treffen, um es für Unternehmen machbar zu gestalten, auf fossile Brennstoffe zu verzichten.

FPÖ: Es sind Projekte, wie jene der Firma Leube Gruppe, womit Abwärme des großen Leube-Ofens in das Fernwärmenetz der Umlandgemeinden eingespeist wird und CO₂-neutrale Wärme weitergegeben wird, die es von Seiten der Landespolitik zu unterstützen gilt.

KPÖ+: Diese Abhängigkeit ist das Ergebnis einer über Jahre verfehlten Strategie. Welche Rolle dabei die Verstrickung mit der OMV und russischen Konzernen spielte, wird innenpolitisch aufzuarbeiten sein. Eine Dekarbonisierung muss von höchster Priorität sein und von der Salzburg AG, der Stadt- und der Landesregierung konsequent verfolgt werden. Die Landesregierung als größte Eigentümerin der Salzburg AG ist in einer Schlüsselposition, um diese Dekarbonisierung im öffentlichen Interesse voranzutreiben, auch wenn sie für die Aktiengesellschaft Salzburg AG nicht profitabel sein sollte.



Frage 8: Sollte die Entwicklungszusammenarbeit des Landes einen stärkeren Fokus auf den Klimaschutz legen? Unterstützt Ihre Partei die finanzielle Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit des Landes? Falls ja, bis auf welchen Betrag?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Es wird auf die Kriterien der Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit verwiesen, die Klima beinhalten. Das 2019 auf 1 Mio. Euro erhöhte Budget für Entwicklungszusammenarbeit wird weiterhin begrüßt.	Die Entwicklungszusammenarbeit liegt derzeit bei einer Million Euro und sollte verdoppelt werden.	Verwiesen wird auf das Ziel von NGOs, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, und auf die Erhöhung der Bundes-EZA-Mittel im Jahr 2022 sowie Extramittel des Klimaministeriums für klimarelevante Projekte. Ein entsprechender Fokus soll auch auf Landesebene erfolgen.	In Abstimmung mit dem entwicklungspolitischen Beirat könne ein Schwerpunkt zu Klima geschaffen werden. Durch die starke Erhöhung der Fördermittel in den letzten Jahren und die Kleinteiligkeit der Salzburger EZA-Initiativen wird eine finanzielle Ausweitung derzeit nicht, bei Bedarf allerdings schon befürwortet.	Eine Ausweitung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wird nicht befürwortet. Hilfe vor Ort sei wichtig. Es gäbe aber in Entwicklungsländern dringendere Probleme als Klimaschutz.	Befürwortet wird eine deutliche Aufstockung, die aus Mitteln, die andernfalls in teure Prestigeprojekte der Landesregierung fließen, finanziert werden sollen. Für die Höhe der Förderungen brauche es Infos über Projektpartnerschaften und Wirkungsprognosen.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++++-----
Bewertung S4F	Mit dem Verweis auf die Erhöhung der Mittel 2019 und die Förderrichtlinien wird eine Erhöhung der Mittel nicht befürwortet. Im Wege der Mitgliedschaft im Klimabündnis stellt Salzburg über das Umweltressort auch Mittel bereit; diese wurden allerdings nicht indexiert.	Die Verdoppelung der Mittel ist sehr ambitioniert, aber es wird keine klare Fokussierung auf Klimathemen genannt. Hinweis auf Förderung über Klimabündnis wie in Spalte I.	Es gibt einen Hinweis auf Bundesmittel und die Unterstützung eines "entsprechenden Fokus" in Salzburg, aber keine Zahlenangabe. Hinweis auf Förderung über Klimabündnis wie in Spalte I.	Mit Hinweis auf Erhöhung der Mittel und die Kleinteiligkeit der Salzburger EZA plausible Antwort; zukunftsorientierter Hinweis auf Klimaschutzschwerpunkt. Hinweis auf Förderung über Klimabündnis wie in Spalte I.	Hilfe vor Ort wird positiv gesehen, aber kein Klimafokus und keine Mittelausweitung.	Unverbindliche Unterstützung einer Erhöhung der Mittel in Salzburg ist positiv, aber keine konkreten Angaben über Höhe.



Antworten

ÖVP: Das Land Salzburg legt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bereits jetzt einen großen Wert darauf und hält in seinen Grundsätzen und Kriterien für die Förderung von Auslandsprojekten ua. fest: „Maßnahmen zum aktiven Klimaschutz, Anpassungen an den Klimawandel sowie Projekte zur Information über Aspekte des Klimaschutzes werden prioritär behandelt“. Die Salzburger Volkspartei bekennt sich zu dem Beitrag, den unser Bundesland im Rahmen der Entwicklungshilfe für benachteiligte Regionen leistet und unterstützte auch die Entscheidung im Jahr 2019, das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit auf 1 Mio. Euro zu verdreifachen.

SPÖ: Ja. Die Entwicklungszusammenarbeit liegt derzeit bei einer Million und sollte verdoppelt werden.

Grüne: Grundsätzlich unterstützen wir das Ziel, dass Österreich 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Auch wenn dieses Ziel noch nicht erreicht ist, steht seit der GRÜNEN Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für humanitäre Hilfe und EZA so viel Geld wie nie zuvor zur Verfügung. Die Entwicklungszusammenarbeit bekommt in diesem Jahr 12 Millionen Euro zusätzlich, wodurch das Budget für direkte Projekthilfe auf 137 Millionen Euro steigt. Das Klimaschutzministerium stellt erstmals 70 Millionen Euro für klimarelevante Projekte zur Verfügung, bis 2026 werden 340 Millionen Euro in den globalen Klimaschutz investiert. Einen entsprechenden Fokus unterstützen wir auch auf Landesebene.

NEOS: Bei Regierungsantritt der NEOS wurden die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf eine Million Euro im Jahr verdreifacht und werden seitdem jährlich angepasst. Diese sollen vor allem die aus Salzburg kommenden EZA-Initiativen bei ihren Projekten unterstützen. Durch die Budgeterhöhung wurden zudem jährliche Großprojekte ermöglicht. So wurde eine Brunnenanlage in Syrien, welche Wasser für 40.000 Menschen bereitstellt, wiederaufgebaut. Derzeit ist das Fokusland Äthiopien, hier werden vor allem Projekte zur ländlichen Entwicklung, nachhaltigen Landwirtschaft und Frauenförderung umgesetzt. NEOS-Landesrätin Klambauer beratend zur Seite steht der entwicklungspolitische Beirat des Landes, der im Rahmen selbst entwickelter Richtlinien eine Förderempfehlung abgibt. Künftig kann anstelle eines regionalen Schwerpunktes ein thematischer Schwerpunkt mit Fokus Klimaschutz angedacht werden, dies sollte jedenfalls in Abstimmung mit dem entwicklungspolitischen Beirat geschehen, der diesem Vorschlag aber wohl aufgeschlossen entgegensteht. Durch die starke Erhöhung der Fördermittel in den letzten Jahren und die Kleinteiligkeit der Salzburger EZA-Initiativen scheint eine finanzielle Ausweitung derzeit nicht notwendig, wir werden uns bei Bedarf allerdings vehement dafür einsetzen.

FPÖ: Hilfe vor Ort sehen wir jedenfalls positiv, eine Ausweitung der Gelder befürworten wir allerdings nicht. Wir sind auch der Meinung, dass es in Entwicklungsländern gänzlich andere Problemfelder gibt als den Klimaschutz und dort insbesondere bei existenziellen Lebensgrundlagen Hilfe notwendig ist. Uns ist jedoch wichtig, dass das Geld in konkrete Projekte investiert wird und nicht irgendwo versickert. Es muss den Menschen vor Ort geholfen werden und das Ankommen der Gelder dort sichergestellt sein.

KPÖ+: Ja und ja. Wir befürworten eine deutliche Aufstockung, die aus Mitteln, die andernfalls in teure Prestigeprojekte der Landesregierung fließen, finanziert werden sollen. Nachdem zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös abzuschätzen ist, welche Projektpartnerschaften zum Klimaschutz mit welchen Wirkungsprognosen abgeschlossen werden können, kann keine Obergrenze genannt werden.



Frage 9: Im eingangs zitierten Fortschrittsbericht 2022 wird angemerkt, dass die Expert*innen die – bereits absehbaren und nicht mehr vermeidbaren – Klimafolgen als zunehmend bedrohlicher und Gegenmaßnahmen als zunehmend dringlicher sehen. Wie würde Ihre Partei konkret Salzburg auf diesen Klimawandel vorbereiten? Wo sieht Ihre Partei hier die wichtigsten Maßnahmen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Klimawandelanpassung sei eine zunehmende Herausforderung, welcher künftig mit Beratungs- und Serviceangeboten für Gebietskörperschaften, Betriebe und weitere Betroffene seitens des Landes begegnet werden soll. Danach werden erneut Maßnahmen zur THG-Einsparung aufgezählt und auf Salzburgs Moore hingewiesen.	Betont wird die Begrünung von Städten, die Errichtung von öffentlichen Brunnen sowie Beschattungen, um Hitzeinseln zu reduzieren. Mit Verweis auf Projekte in Wien wird die Etablierung des Angebots von Fernkälte als Alternative zu CO2-verursachenden Klimaanlage vorgeschlagen. Ändern müsse sich auch der Wintertourismus aufgrund geringerer Schneefälle.	Wälder und Landwirtschaft sollen widerstandsfähiger gegenüber der Erderhitzung gemacht werden. Gefahrenzonenpläne und Hochwasserschutz seien anzupassen, Begrünungen und Beschattungen im städtischen Gebiet auszuweiten. Es brauche klare rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten. Innerhalb der Verwaltung soll ein Beratungs- und Begleitprogramm für Gemeinden geschaffen werden.	Grundlegend sei es wichtig, schnellstmöglich für ein klimaneutrales Salzburg zu sorgen und sich in Zukunft präventiv auf Klimakatastrophen wie Hochwasser und Hitzewellen vorzubereiten. Ohne große Veränderungen bei Energieproduktion, Wirtschaftsprozessen, Mobilität und Landwirtschaft werden solche Katastrophen immer mehr.	Beim Thema Forstwirtschaft und Wald könne das Land einen Beitrag leisten, gemeinsam mit den Grundeigentümern neue Strategien der Waldbewirtschaftung bzw. der Zusammensetzung der Wälder zu arbeiten. Naturschutz könne und müsse aber immer in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern erfolgen.	Notwendig seien mehr Tourismusangebote für SalzburgerInnen in unserer Region sowie Weiterentwicklungen in der Architektur und Stadtplanung, z.B. kühlende Gebäude im Sommer, Beschattung und Begrünung von Gebäuden und öffentlichen Flächen, mehr Brunnen und Sitzgelegenheiten, Stadt der kurzen Wege, natürliche Regenswasserspeicher, grüne und Windschneisen.
Punkte	++++-----	++++++-----	+++++++---	+++++-----	+++-----	+++++++---
Bewertung S4F	Im Wesentlichen wird nicht auf Klimawandelanpassung, sondern auf Klimaschutzmaßnahmen verwiesen. Themenverfehlung. Offenbar wurde das Thema Klimawandelanpassung bzw. die bestehende Strategie nicht rezipiert.	Es werden nur punktuelle Maßnahmen genannt, kein Gesamtkonzept und kein Hinweis auf erforderliche rechtliche Rahmenbedingungen. Das Problembewusstsein scheint aber vorhanden zu sein.	Der Fokus auf Klimaresilienz, und rechtlicher Fixierung der Klimawandelanpassungsstrategie sowie die Schaffung eines Beratungsprogrammes für Gemeinden sind wichtige und richtige Schritte. Die rechtliche Verankerung wäre einmalig in Österreich.	Nur generelle Aussage, aus der sich keine zukünftige Aktion ableiten lässt.	Nur punktuelle Ansatzpunkte; Antwort wird der Problemdimension nicht ansatzweise gerecht.	Einige Handlungsfelder zB in Richtung Freizeitverhalten, Skitourismus, Architektur und Stadtplanung genannt. Grundsätzlich richtige Ansätze, aber kein umfassendes Konzept; (rechtliche) Umsetzung bleibt offen.



Antworten

ÖVP: Klimawandelanpassung ist eine zunehmende Herausforderung, welcher wir künftig mit Beratungs- und Serviceangeboten für Gebietskörperschaften, Betriebe und weitere Betroffene seitens des Landes begegnen werden. Viele Lösungsansätze, die Salzburg im Kampf gegen den Klimawandel helfen, sind seit jeher auch Standpunkte der Salzburger Volkspartei. Nachfolgend finden Sie einige Beispiele, die unserer Meinung nach dazu beitragen sollen, die CO²-Emissionen zu reduzieren: Wir fördern regionale qualitative hochwertige Produkte anstatt importierter Billigware. Das hilft nicht nur den Salzburger LandwirtInnen, sondern unterstützt auch die Salzburger Wirtschaft. • Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, innerstädtisch als auch regional, wie zum Beispiel durch den S-Link. • Im Bereich der Energieversorgung liegt der Fokus klar auf erneuerbaren Energien. Hier wird allen voran der Ausbau von PV-Anlagen auf bereits versiegelten Flächen, wie zum Beispiel Dächer oder Parkplätzen, vorrangig vorangetrieben, sowie sollen Investitionen in Wasserkraft und Windräder für eine nachhaltige Energiewende in Salzburg sorgen. Seit mehr als 20 Jahren werden in Salzburg die Moore konsequent geschützt und renaturiert. Salzburg ist hier österreichischer Spitzenreiter. Die hohe CO²-Speicherfähigkeit von Mooren trägt einen wesentlichen Teil zur Emissionsreduzierung bei. Der Klimawandel stellt uns vor Herausforderungen, die jeden einzelnen Bereich, sei es im Privatleben oder in der Gesellschaft, beeinflussen wird. Jede Maßnahme im Kampf gegen den Klimawandel ist daher wichtig. Die Lösung kann nur durch gemeinsame Bestrebungen und durch Verbesserungen in allen Bereichen gelingen.

SPÖ: Die Auswirkungen sind bereits da. Die Zahl der Hitzetage hat sich in den letzten Jahren auch in Salzburg vervielfacht. Wenig Niederschlag oder zu viel Niederschlag sind längst keine Ausnahmen mehr. Auf diese Szenarien (Hochwasser, Dürre, ausreichend Trinkwasserversorgung, ausreichend Wasser für die Landwirtschaft, ...) müssen wir uns also vorbereiten. Außerdem steigen die Temperaturen. Deutlich spürbar vor allem in versiegelten, meist städtischen Gebieten. Darauf muss mehr Rücksicht genommen werden: Mehr Grün, mehr Schatten, mehr Wasserspender, etc. Zusätzlich wollen wir die Etablierung des Angebots von Fernkälte prüfen und in einem zweiten Schritt umsetzen. Um eine klimafreundliche und leistbare Kühlmöglichkeit für viele Haushalte zu schaffen, wird in Wien schon jetzt auf Fernkälte gesetzt. Dieses System braucht weniger Energie, ist effizienter als viele kleine Klimageräte und spart CO₂. Auch der Wintersport-Tourismus wird eine Änderung erfahren. Die Schneesicherheit wird es bis 1.000 – 1.200 Meter nicht mehr geben. Darauf muss sich ein Tourismusland wie Salzburg vorbereiten.

Grüne: Neben verstärkten Klimaschutzmaßnahmen sind Schritte zur Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels nötig. Klimaresilienz gilt hierbei als Maß für die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen der Klimakrise. Wälder und Landwirtschaft sollen widerstandsfähiger gegenüber der Erderhitzung gemacht werden. Gefahrenzonenpläne und Hochwasserschutz sind anzupassen, Begrünungen und Beschattungen im städtischen Gebiet sind auszuweiten. Für eine erfolgreiche Umsetzung der "Salzburger Strategie zur Anpassung an den Klimawandel" braucht es klare rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten. Innerhalb der Verwaltung soll ein Beratungs- und Begleitprogramm für Gemeinden geschaffen werden.

NEOS: In Hinblick auf den letzten Sommer, wo es zu Höchsttemperaturen und Trockenperioden gekommen ist und nun ein Winter folgt, der sich auch stark von den letzten unterscheidet, wird klar, dass der Klimawandel bereits zu einem gewissen Teil eingetroffen ist. Grundlegend ist es wichtig schnellstmöglich für ein Klimaneutrales Salzburg zu sorgen. Es ist wichtig sich in Zukunft präventiv auf Klimakatastrophen wie Hochwasser und Hitzewellen vorzubereiten. Ohne große Veränderungen bei Energieproduktion, Wirtschaftsprozessen, Mobilität und Landwirtschaft werden solche Katastrophen immer mehr.

FPÖ: Es gilt konstruktiv am Ausbau der erneuerbaren Energie zu arbeiten. Beim Thema Forstwirtschaft und Wald kann das Land einen Beitrag leisten, gemeinsam mit den Grundeigentümern neue Strategien der Waldbewirtschaftung bzw. der Zusammensetzung der Wälder zu arbeiten. Naturschutz kann und muss aber immer in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern erfolgen.

KPÖ+: Man muss über die Zukunft des für Salzburg wichtigen Tourismus diskutieren. Ein Tourismus, der immer stärker auf Flugreisende aus aller Welt setzt, während die SalzburgerInnen sich z.B. den Ski-Urlaub vor Ort nicht mehr leisten können und ihrerseits wegfliegen, wird in Zeiten des Klimaschutzes keine Zukunft haben. Es braucht mehr Angebote für TouristInnen aus der Nähe (eine Tagesreise mit dem Zug) und mehr Angebote für SalzburgerInnen im eigenen Bundesland. Auch dass Skigebiete in niedriger und mittlerer Höhe wenig Perspektive haben, gehört ernst genommen. Weitere Maßnahmen, die Prävention und Adaption betreffen, sind Weiterentwicklungen in der Architektur und Stadtplanung (z.B. kühlende Gebäude im Sommer, Beschattung und Begrünung von Gebäuden und öffentlichen Flächen, mehr Brunnen und Sitzgelegenheiten, Stadt der kurzen Wege, natürliche Regenwasserspeicher, grüne und Windschneisen).



Frage 10: Der Verlust an Biodiversität, plakativ das „Artensterben“, gilt als eines die drängendsten globalen Probleme aktuell. Die Europäische Biodiversitätsstrategie und die darauf basierende Österreichische Biodiversitätsstrategie 2030+ legt einen ambitionierten Plan vor, nicht nur das Artensterben zu stoppen, sondern Biodiversität wieder zu fördern. Welche Maßnahmen sind für Sie prioritär, um das Artensterben zu mildern und mittelfristig zu stoppen?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Der Nationalpark Hohe Tauern und der Ankauf der Weitwörther Au werden als Vorbildprojekte genannt. Vorgeschlagen wird die Fortführung des Programms für Streuobstwiesen, der Aufbau von regionalem Wiesensaatgut sowie die Umsetzung der Initiative „Natur in Salzburg“ mit Gemeinden und Schulen.	Erreicht werden müssen Eigentümer mit größeren Flächen. Monokulturen sollen durch geänderte Förderregime zurückgedrängt werden, Gespräche mit Eigentümern Ängste und Sorgen nehmen. Da Tiere Lebensräume brauchen, müssten Biotop-Kartierungen ausgeweitet werden.	Es gibt ein Bekenntnis zur Österreichischen Biodiversitätsstrategie. Für alle Natura2000-Gebiete sollen Managementpläne erstellt und veröffentlicht werden. Die für den Klimaschutz besonders wichtigen Ökosysteme – Wälder, Moore, Auen – sollen zusätzlich gefördert bzw. revitalisiert, die Bewusstseinsbildung im Bereich Naturschutz/Biodiversität verstärkt werden.	Verwiesen wird auf das Engagement für Umweltthemen und Umweltschutz, etwa durch Anträge zur Ökologisierung des Steuersystems, zur Reform der Raumordnung, zum Biodiversitätsschutz etc. Mit einer Regierungsbeteiligung sei es leichter, Maßnahmen einzubringen aber auch als Opposition könne Druck ausgeübt werden.	Verwiesen wird auf die Pläne der Europäischen Biodiversitätsstrategie und den Green Deal, die abgelehnt werden. Betont wird das Prinzip „Schutz durch Nutzung“, da die regionale Land- und Forstwirtschaft sowie die Jägerei für unsere Naturlandschaften sorgen.	Prioritär seien für Salzburg im Sinne der sechs Ziele der österreichischen Strategie ein Stopp der Zersiedelung und des Flächenfraß, die Schaffung und Vernetzung von Schutzgebieten, der Erhalt und die Wiederherstellung von Mooren und Auen sowie eine verbesserte Integration der Biodiversitätsziele in die Raumplanungspolitik.
Punkte	+++++-----	+++++-----	+++++-----	+++-----	+-----	+++++-----
Bewertung S4F	Es gibt Hinweise auf Aktivitäten des Naturschutzressorts, aber keine Aussagen zur Zukunft der Politik in der Biodiversitätskrise. Offenbar wird kein über die bisherigen Aktivitäten hinausgehender Handlungsbedarf gesehen.	Es müsse Bewusstsein geschaffen werden. Aber keine Aussagen zur Zukunft der Politik in der Biodiversitätskrise. Offenbar wird kein über die bisherigen Aktivitäten hinausgehender Handlungsbedarf gesehen.	Die Umsetzung der Biodiv-Strategie des Bundes in Salzburg und verstärkte Bewusstseinsbildung als Ziele sind sinnvoll, aber nicht sehr fortschrittlich. Wichtig wären zB eine Fokussierung auf besonders gefährdete Systeme und auf THG-Senken (Moore), rechtliche Vorgaben in diese Richtung im Naturschutzgesetz.	Hinweis auf Anträge im Bundesparlament in diese Richtung, aber keine konkrete Aussage zu Maßnahmen auf Landesebene.	Biodiversitätsstrategie und Vorgaben werden abgelehnt, detto Green New Deal, dafür "Schutz durch Nutzung" empfohlen; fachlich ist das absolut negativ.	Fokus auf Wohnpolitik. keine klaren Maßnahmen oder wie vorgegangen werden könnte. Offensichtlich war noch keine Zeit, sich damit auseinander zu setzen.



Antworten

ÖVP: Das Land Salzburg setzt bereits jetzt viele Maßnahmen, um die Artenvielfalt zu bewahren und zu erhöhen. Im Herbst 2019 wurde vom Land Salzburg die Initiative „Streuobst als Naturschutzprojekt“ gestartet. In Summe wurden seither 2412 Hochstamm-Streuobstbäume auf 111 Betrieben neu gepflanzt und die landesweite Streuobstwiesenfläche damit verdoppelt. Streuobstwiesen sind ein charakteristisches Element der Kulturlandschaft und wahre Hotspots der Biodiversität. Dank ihres reichhaltigen Nahrungs- und Strukturangebots (Blütenblätter, Früchte, Nektar und Pollen der Obstbäume) bieten sie Lebensraum für mehr als 5000 Tier- und Pflanzenarten und dienen beispielsweise Schmetterlingen, Wildbienen und anderen Insekten als Nahrung. Salzburg hat als dezidiertes Ziel den Aufbau von regionalem Wiesensaatgut, dies ist ein Schwerpunkt des Natur- und Klimaschutzes. Eine wichtige Grundlage dabei ist regionales gebietseigenes Saatgut von Streuwiesen und Kleinseggenriedern. Mit der Initiative „Natur in Salzburg“ möchten wir die Artenvielfalt fördern. Die wichtigsten Mitstreiter bei diesem Projekt sind die Salzburgerinnen und Salzburger selbst, die leidenschaftlich ihrem Garten und Grünflächen naturnah pflegen und gestalten. Die Förderung der Biodiversität ist aber nicht nur auf den eigenen Garten zu reduzieren, sondern geschieht mit den Initiativen „Natur in der Gemeinde“ und „Natur in der Schule“ auch auf öffentlichen Flächen. Die Gemeinden werden dadurch zu Multiplikatoren im Kampf gegen das Artensterben. Insgesamt wird durch die Initiative der strukturreiche Lebensraum für Kleinstlebewesen, aber auch für Reptilien und Vögel exponentiell erhöht. Durch den Ankauf der Antheringer-Au ist es uns gelungen ein einzigartiges Naturschutzgebiet zu erwerben. Gemeinsam mit der Weitwörther-Au wird daraus ein insgesamt 820 Hektar großes Paradies für Tiere und Pflanzen. Mit dem Nationalpark Hohe Tauern haben wir eines der größten Schutzgebiete in ganz Europa direkt vor unserer Haustüre. Dort befindet sich auch das erst zweite, dafür größte und einzige in einem Nationalpark liegende Wildnisgebiet Österreichs. 92 % der Fläche wurden in diesem Gebiet mit der höchsten naturschutzfachlichen Einstufung bewertet. Zahlreiche seltene Pflanzen und Tierarten haben hier ihren Lebensraum. Derartige Flächen sind für den Erhalt und die Stärkung der Biodiversität in unserem Land unerlässlich und es gilt, dies für zukünftige Generationen zu erhalten.

SPÖ: Ja, das Artensterben ist noch nicht im Bewusstsein vieler Menschen und Akteure angekommen. Der Klimawandel schon eher. Freilich kann jeder seinen Beitrag leisten, um die Biodiversität zu fördern, beispielsweise im eigenen Garten, so es überhaupt einen eigenen gibt. Eigentümer größerer Flächen haben da einen größeren Hebel. Daher wird die Politik die Zusammenarbeit mit diesen Akteuren suchen und fördern müssen. Beispielweise waren Monokulturen bei uns nicht derart verbreitet, wie sie es mittlerweile sind. Das hat mit Förderregimen genauso zu tun wie mit Ertragsmaximierung. Tiere brauchen aber ihre Lebensräume. Auch Programme wie die Biotopkartierung sind wichtig. Leider stehen Grundstücksbesitzer dieser oft skeptisch und ablehnend entgegen. Hier müssen die Sorgen genommen und Wissen erhöht werden.

Grüne: Die biologische Vielfalt ist in Gefahr. Wir GRÜNE bekennen uns im Land Salzburg zur ambitionierten und konsequenten Umsetzung der österreichischen Biodiversitätsstrategie 2030+ im Land Salzburg und verbessern den Status unserer gefährdeten Arten und Lebensräume. Für alle Natura2000-Gebiete werden Managementpläne erstellt und veröffentlicht. Die für den Klimaschutz besonders wichtigen Ökosysteme – Wälder, Moore, Auen – werden zusätzlich gefördert bzw. revitalisiert. Wir setzen uns für verstärkte Bewusstseinsbildung im Bereich Naturschutz und Biodiversität ein.

NEOS: Wir NEOS engagieren uns schon immer sehr stark für Umweltthemen und Umweltschutz. So fordern wir seit 2013 die CO₂-Steuer und haben im Zuge unserer parlamentarischen Arbeit zahlreiche Anträge zur Ökologisierung des Steuersystems, zur Reform der Raumordnung, zum Biodiversitätsschutz etc. eingebracht. Nachhaltiges Wirtschaften und Leben sowie der Kampf gegen den Klimawandel sind uns ein ganz wichtiges Anliegen. Umwelt- und Klimaschutz spielen daher bei fast allen unseren Überlegungen eine wichtige Rolle. Wir wollen die Lebensqualität auf unserem Planeten für kommende Generationen nachhaltig sichern. Natürlich wird es mit einer Regierungsbeteiligung leichter sein, klimapolitische Maßnahmen an den Tisch zu bringen, aber auch von der Oppositionsbank aus kann Druck auf die Regierenden Parteien ausgeübt werden.

FPÖ: Die Pläne der Europäischen Biodiversitätsstrategie und den Green Deal lehnen wir Freiheitliche ab. Das Käseglockenprinzip wird uns in Österreich nicht weiterbringen, im Gegenteil. Zudem sind viele in Brüssel gemachten Vorgaben zu pauschal und scheren die Mitgliedsstaaten, die unterschiedlichste topografische und wirtschaftliche Voraussetzungen haben, über einen Kamm. Dass unsere Landschaft und auch die heimischen Arten in Salzburg nach wie vor so vielfältig sind, liegt an der Bewirtschaftung durch Land- und Forstwirtschaft, aber auch der Jagd, die sich in Salzburg über Jahrhunderte um die Natur gekümmert hat und kümmert. Wir stehen zu dem Prinzip „Schutz durch Nutzung“.

KPÖ+: Prioritär sind für Salzburg, auch im Sinne der österreichischen Strategie, ein Stopp der Zersiedelung und des Flächenfraß, die Schaffung und Vernetzung von Schutzgebieten, der Erhalt und die Wiederherstellung von Mooren und Auen, sowie eine verbesserte Integration der Biodiversitätsziele in die Salzburger Raumplanungspolitik.



Frage 11: Bei den Maßnahmen des Masterplan Klima- und Energie 2030 ist eine „Lücke“ von 331kt CO₂eq ausgewiesen, die in der nächsten Legislaturperiode noch geschlossen werden muss. Mit welchen Maßnahmen soll diese Lücke geschlossen werden?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Zusammenfassung	Die größten Hebel für ein Schließen der Lücke lägen auf Bundes- bzw. EU-Ebene. Für den Beitrag auf Landesebene ist ein schrittweiser Prozess notwendig, um weitere Maßnahmenprogramme in allen Sektoren auszuarbeiten.	Speziell bei der Fernwärme-strategie (Stichwort Erdwärme), beim Ausbau der erneuerbaren Strominfrastruktur (Wind und PV) aber auch beim Ausbau der Öffis sowie dem Radfahren und zu Fuß gehen wird Potenzial gesehen.	Diese Lücke sei durch Maßnahmen auf EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zu schließen. Alle Sektoren brauchen weitere Anstrengungen. Die Schließung der Lücke müsse über verbindliche und gesetzlich verankerte Reduktionspfade erreicht werden.	Weitere Maßnahmen seien nötig, diese müssten aber transparent den Menschen vermittelt werden, damit Blockaden überwunden und Fortschritte erzielt werden können. In Bezug auf die Energie-wende wird nochmals auf die Behebung des Fachkräftemangels verwiesen.	Der Anteil Österreichs, insbesondere der Anteil Salzburgs, am weltweiten CO ₂ -Ausstoß sei äußerst gering. Erneuerbare Energien sollen ausgebaut, Regionalität gefördert werden, aber alles mit Augenmaß und in Relation. Es wird keine Verpflichtung gesehen.	Salzburg habe allein in der Landeshauptstadt bis zu 10.000 leerstehende Wohnung. Gelänge es, nur einen Teil dieser Wohnungen zu aktivieren und die Spekulation mit Wohnraum zu beenden, könnten viele Menschen in der Stadt wohnen, die jetzt Tag pendeln müssen. CO ₂ würde so eingespart, auch durch weniger notwendigen Neubau.
Punkte	++++-----	++++-----	+++++++--	++++-----	++-----	++++-----
Bewertung S4F	Dem "Lückenschluss" kommt offenbar kein hoher Stellenwert zu, wenn bis dato noch keine Vorstellungen über Maßnahmen vorliegen. Es macht kein gutes Bild, wenn man ohnedies weit vom Ziel weg ist und keine Ideen hat, wie diese Lücke geschlossen werden könnte.	Potenzial werden bei Fernwärme, Erneuerbarer Strominfrastruktur und beim Ausbau des ÖV gesehen, aber keine weiteren Maßnahmen genannt. Es macht kein gutes Bild, wenn man ohnedies weit vom Ziel weg ist und keine Ideen hat, wie diese Lücke geschlossen werden könnte.	Hinweise sind positiv. Die rechtliche Verankerung von Reduktionspfaden wäre wichtig und gut; allerdings: bis ein derartiges Gesetz wirksam wird, sind die Ziele 2030 vermutlich schon verfehlt. Hinweis: Die sektoralen Zielpfade ergeben sich eigentlich aus dem Masterplan Klima+Energie 2030.	Der Masterplan wurde 2019 erarbeitet, dem "Lückenschluss" kommt offenbar kein hoher Stellenwert zu, wenn bis dato noch keine Vorstellungen über Maßnahmen vorliegen.	Offenbar keine Priorität, die Maßnahmenlücke zu schließen, Hinweis auf "Überschaubarkeit" der Salzburger Emissionen lässt Bewusstsein für Problemdimension und Klimagerechtigkeit vermischen.	Fokus auf Wohnraumpolitik, keine klaren Maßnahmen oder wie vorgegangen werden könnte; offenbar konnte sich die KPÖ inhaltlich noch nicht tiefer mit dieser Frage auseinandersetzen.



Antworten

ÖVP: Diese ausgewiesene Lücke ist bei der Erarbeitung des Masterplans im Jahr 2019 noch nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt worden. Die größten Hebel für ein Schließen der Lücke liegen auf Bundes- bzw. EU-Ebene. Für den Beitrag auf Landesebene ist ein schrittweiser Prozess notwendig, um weitere Maßnahmenprogramme in allen Sektoren auszuarbeiten.

SPÖ: Wir müssen in allen acht Bereichen noch besser werden. Speziell bei der Fernwärmestrategie (Stichwort Erdwärme), beim Ausbau der erneuerbaren Strominfrastruktur (Wind und PV) aber auch beim Ausbau der Öffis, sowie dem Radfahren und zu Fuß gehen sehen wir noch Potenzial.

Grüne: Diese Lücke ist durch Maßnahmen auf EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zu schließen - viele davon haben wir bereits in den vorangegangenen Fragen konkret benannt. Die notwendigen Anstrengungen umfassen alle Sektoren, von Gebäuden über Verkehr, Industrie, Landwirtschaft bis zu Abfallwirtschaft und Energie. Wir wollen die Lücke über verbindliche und gesetzlich verankerte Reduktionspfade erreichen.

NEOS: Damit diese Lücke bis 2030 geschlossen werden kann, braucht es ambitionierte Ziele, die verfolgt werden müssen. Dabei ist es aber auch wichtig, realistisch zu bleiben und zu betrachten, welche Maßnahmen tatsächlich und ohne politische Blockaden umgesetzt werden können. Der rasche Ausbau an erneuerbaren Energien kann nur gewährleistet werden, wenn bürokratische Auflagen und damit verbundenen Maßnahmen verkürzt werden. Der Bau von PV-Anlagen, Windrädern oder auch der Heizungstausch kann nur vorstattgehen, wenn dementsprechend Fachkräfte vorhanden sind. Daran gilt es in der nächsten Legislaturperiode zu arbeiten. Darüber hinaus müssen alle politischen Maßnahmen transparent und offen an die Bevölkerung kommuniziert bzw. die Bevölkerung bestmöglich eingebunden werden. Damit wird sowohl die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen gefördert als auch ein Anreiz gesetzt, um das Individualverhalten anzupassen.

FPÖ: Der Anteil Österreichs, insbesondere der Anteil Salzburgs, am weltweiten CO₂-Ausstoß ist nicht nur überschaubar, er ist äußerst gering. Wir stehen dazu, erneuerbare Energien auszubauen, Regionalität zu fördern und Abhängigkeiten zu reduzieren, aber alles mit Augenmaß und in Relation.

KPÖ+: Salzburg hat allein in der Landeshauptstadt bis zu 10.000 leerstehende Wohnung. Das ist mehr als jede zehnte Wohnung. Gelingt es, auch nur einen Teil dieser Wohnungen zu aktivieren und die Spekulation mit Wohnraum zu beenden, könnten viele Menschen in der Stadt wohnen, die jetzt Tag für Tag pendeln müssen. Diese Wohnungen sind bereits gebaut und ihre Nutzung verursachen, anders als Neubauten, keine Emissionen. Mehr leistbare Wohnungen in der Stadt reduzieren den Druck auf den Speckgürtel und sparen viele Autofahrten sparen. Verehr, der erst gar nicht entsteht, muss dann nicht verlagert werden. Hinzu kommt, dass sich viele leerstehende Wohnungen im verdichteten Wohnbau befinden, der in Sachen Wärme effizienter ist als z.B. alleinstehende Einfamilienhäuser.



Frage 12: Welchen Stellenwert misst Ihre Partei dem Klimaschutz, der Energiewende und der Anpassung an die Klimafolgen bei? Macht Ihre Partei eine Teilnahme in der nächsten Landesregierung von ambitionierten Klimazielen und konkreten Maßnahmen, um diese glaubhaft zu erreichen, zwingend abhängig?

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Essenz	In einem Regierungsprogramm mit der ÖVP werde dem Klimaschutz, der Energie- und Mobilitätswende ein prioritärer Stellenwert eingeräumt werden. Diese seien untrennbarer Teil einer Zukunftsvision für Salzburg	In einer Regierungsbeteiligung möchte die SPÖ den Klimaschutz vorantreiben und beispielsweise endlich Windradprojekte in Salzburg umgesetzt wissen, da die Auswirkungen des Klimawandels die einfachen Menschen treffen.	Ambitionierte und verbindliche Klimaziele sind für die Grünen absolute Koalitionsbedingung. Damit diese in einer Regierungsbeteiligung verhandelt werden können, brauche es aber eine entsprechende politische Mehrheit.	Wie bereits in den letzten fünf Jahren werde sich die Partei auch in der nächsten Legislaturperiode bei einer Beteiligung in der Regierung auf ambitionierte Klimaziele stützen.	Die Teilnahme an einer Regierung wird nicht zwingend von Klimaschutzmaßnahmen abhängig gemacht, Regionalität, erneuerbare Energien und Naturschutz seien aber wichtig.	Eine Teilnahme an der nächsten ÖVP-geführten Landesregierung scheint für KPÖ PLUS eher unwahrscheinlich. Ambitionierte Klimaziele und verbindliche Maßnahmen wären aber eine Bedingung.
Punkte	+++++++---	+++++-----	++++++++-	+++++-----	+++-----	++++++++-
Bewertung S4F	Implizit kann herausgelesen werden, dass die Ziele der Klima- und Energiestrategie hohen Stellenwert haben. Wenn tatsächlich die Umsetzung der Ziele der Klimastrategie verbindlich gemacht werden soll, dann liegt viel Arbeit vor der nächsten Regierung.	Klimaschutz soll, falls die Partei der Landesregierung angehören sollte, "vorangetrieben" werden, Windkraft wird als Beispiel genannt. Klare Ziele/Bedingungen werden aber nicht genannt.	Verbindliche Klimaziele als Koalitionsbedingung wären ein echter Fortschritt zu bisherigen Koalitionsvereinbarungen, allerdings hier noch ohne Spezifizierung. Es würde reichen, die Ziele des Masterplanes verbindlich zu verankern. Positionierung aber positiv.	Beteiligung in einer Regierung soll sich auf "ambitionierte Klimaziele" stützen; aber keine Aussage zu verbindlichen Zielen/Koalitionsbedingungen.	Keine Bedingungen in Hinblick auf Klimapolitik, Klimaschutz/Klimawandelanpassung offenbar kein politischer Fokus.	Verbindliche Klimamaßnahmen als Koalitionsbedingung wären ein echter Fortschritt zu bisherigen Koalitionsvereinbarungen. Es würde reichen, die Ziele des Masterplanes verbindlich zu verankern.



Antworten

ÖVP: Das Prinzip der Nachhaltigkeit und die Grundsätze der öko-sozialen Marktwirtschaft sind in der DNA der Salzburger Volkspartei seit jeher fest verankert. Der Klimaschutz und die hierfür zwingend erforderlichen Ziele der Energiewende und auch der Mobilitätswende, welche unter Landeshauptmann Wilfried Haslauer bereits in den vergangenen Jahren sprichwörtlich auf Schiene gebracht werden konnten, sind untrennbarer Teil jener Vision, die wir für die kommenden Jahre und Jahrzehnte für die Entwicklung Salzburgs haben. Sollten wir von der Salzburger Bevölkerung das Vertrauen bekommen, diese Arbeit auch in Zukunft leisten zu dürfen, wird in unserem Verantwortungsbereich ein Regierungsprogramm erarbeitet werden, in welchem dem Klimaschutz, der Energiewende und natürlich auch der Mobilitätswende ein prioritärer Stellenwert eingeräumt werden wird.

SPÖ: Der Klimaschutz ist, neben der Förderung der Biodiversität, eines der drängendsten Aufgaben von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wen treffen die Auswirkungen des Klimawandels als erstes? Sicher nicht die Wohlhabenden, diese werden es sich richten. Ja, wir wollen, sofern wir der nächsten Landesregierung angehören, den Klimaschutz vorantreiben und beispielsweise endlich Windradprojekte in Salzburg umgesetzt wissen.

Grüne: Klima- und Umweltschutz sowie der Umstieg auf grüne Energie stehen bei uns an erster Stelle. Nur mit den GRÜNEN wird es in Salzburg mehr Klimaschutz geben! Ambitionierte und verbindliche Klimaziele sind für uns absolute Koalitionsbedingung. Damit wir eine Regierungsbeteiligung verhandeln können, braucht es aber zuerst eine entsprechende politische Mehrheit. Um diese zu erreichen, bitten wir um deine Stimme!

NEOS: Für uns NEOS hat der Klimawandel schon immer eine essenzielle Rolle eingenommen und wird auch weiterhin einen wichtigen Teil unserer politischen Arbeit beanspruchen. Wie bereits in den letzten fünf Jahren werden wir uns auch in der nächsten Legislative, bei einer Beteiligung in der Regierung, auf ambitionierte Klimaziele stützen.

FPÖ: Wir legen unser Hauptaugenmerk auf Regionalität, den Ausbau erneuerbarer Energien, sowie Naturschutz in Zusammenarbeit mit Grundeigentümern, sowie der Forst- und Landwirtschaft. Nein, machen wir nicht.

KPÖ+: Wir messen dem Themenkomplex einen sehr hohen Stellenwert bei. Eine Teilnahme an der nächsten ÖVP-geführten Landesregierung scheint für KPÖ PLUS, auch wenn der Einzug in den Landtag bei Überspringen der 5-Prozent-Hürde gelingt, eher unwahrscheinlich. Ambitionierte Klimaziele und verbindliche Maßnahmen wären aber eine Bedingung.



Frage 13: Welche Frage(n), die Ihnen wichtig erscheint, haben wir vergessen zu stellen? Was möchte ihre Partei uns sonst noch mitteilen?

Antworten
<p>ÖVP: Uns ist vor allem folgende abschließende Feststellung wichtig: es ist wesentlich, die Themen Klimaschutz-Energiewende-Naturschutz immer gesamtheitlich zu sehen, zu bearbeiten und nicht durch widersprüchliche Ansätze und Forderungen gegeneinander auszuspielen. Unser Ansatz ist, dass die vielen Herausforderungen, vor denen wir in den nächsten Monaten und Jahren in Salzburg stehen, nur gemeinsam meistern können. Denn: gemeinsam ist alles machbar.</p>
<p>SPÖ: Wir bedanken uns für Ihr Interesse an unseren politischen Inhalten. Vor allem aber auch dafür, dass Sie aus Ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen einen gesellschaftlichen Auftrag ableiten.</p>
<p>Grüne: keine weiteren Anliegen genannt</p>
<p>NEOS: Unsere Partei möchte noch hervorheben, dass die NEOS Landesrätin, Andrea Klambauer, vieles im Bereich des Klimaschutzes erreichen konnte.: Die Förderung der Holzbauweise wurde spürbar ausgebaut. Damit sind Holzbauten, die zuvor nicht kostendeckend errichtet werden konnten, im geförderten Wohnbau angekommen. Seit 2021 werden Mobilitätskonzepte in der Wohnbauförderung abgebildet. Bei Vorliegen eines Mobilitätskonzepts (Mobility Points, Car-Sharing, Bike-Sharing, Öffi-Zugang) wird das Unterschreiten von Parkplätzen bei Wohnbauprojekten gefördert. Erste innovative Projekte haben das erfolgreich umgesetzt. Bei der Förderung von PV- Anlagen für Privatpersonen hat Salzburg nun einen der höchsten Fördersätze Österreichs. Im ersten Halbjahr 2022 wurden so um 50% mehr PV- Anlagen für Privatpersonen gefördert als im gesamten Vorjahr. Vorreiter ist Salzburg auch bei der Förderung von Bauteilaktivierungen. Die Bauteilaktivierung ist ein Heiz- und Kühlungs-system, welches kostengünstig errichtet werden kann und damit effizient Energie gespart wird. Die Entwicklung der Sanierungsförderung zeigt, dass die Schwerpunktsetzung auf energetische/thermische Sanierungen vor 2 Jahren genau der richtige Weg war. Die Anzahl der geförderten Sanierungen hat sich verdreifacht. Wir stehen dafür ein, weiterhin langfristige Veränderung voranzutreiben, um die Klimaziele zu erreichen und Salzburg Klimaneutral zu gestalten.</p>
<p>FPÖ: keine weiteren Anliegen genannt</p>
<p>KPÖ: keine weiteren Anliegen genannt</p>

